ÖAW
Österreichische Akademie der Wissenschaften

# EUROPÄISCHE INTEGRATION – EUROPÄISCHE IDENTITÄT?

## Impulstexte und Diskussionsbeiträge aus der Sitzung der philosophisch-historischen Klasse der Österreichischen Akademie der Wissenschaften vom 20. März 2014

ÖAW: Forschung und Gesellschaft 8

ÖAW
Österreichische Akademie
der Wissenschaften

# EUROPÄISCHE INTEGRATION – EUROPÄISCHE IDENTITÄT?

## Impulstexte und Diskussionsbeiträge aus der Sitzung der philosophisch-historischen Klasse der Österreichischen Akademie der Wissenschaften vom 20. März 2014

ÖAW: Forschung und Gesellschaft 8

# Inhalt


| | Seite |
|---|---|
| **Editorial** | |
| Brigitte Mazohl | 5 |
| **Impulstexte** | |
| Michael Metzeltin<br>Europäische Identität und Europäische Integration | 8 |
| Oliver Jens Schmitt<br>Europäische Geschichte als Geschichte seiner Regionen – eine Perspektive aus dem Südosten des Kontinents | 35 |
| Gerda Falkner, Patrick Müller<br>Die EU in der globalen Politikgestaltung: Gestaltungspotenziale und Hindernisse | 58 |
| **Diskussionsbeiträge** | |
| Michael Gehler | 66 |
| Barbara Horejs | 68 |
| Thomas Olechowski | 69 |
| Gerald Stourzh | 70 |
| Erich W. Streissler | 73 |
| Waldemar Zacharasiewicz | 74 |
| **Europa aus der Sicht eines Zeitzeugen** | |
| Leopold Rosenmayr<br>Mein großes und mein kleines Europa | 78 |

# Editorial

Brigitte Mazohl

Brigitte Mazohl ist o. Professorin für Österreichische Geschichte an der Universität Innsbruck, seit 2008 wirkliches Mitglied der philosophisch-historischen Klasse der ÖAW, seit 2013 Präsidentin der philosophisch-historischen Klasse der ÖAW.

Liebe Leserin, lieber Leser!

Spätestens seit dem Inkrafttreten des Vertrages von Maastricht im Jahr 1993 dürfte „Europa" auch als politisches Projekt bei den verschiedenen europäischen Mitgliedstaaten angekommen sein. Dennoch lässt sich ein gemeinsames Bewusstsein für eine kollektive europäische Identität nach wie vor bei den Bewohnern und Bewohnerinnen der einzelnen Nationalstaaten kaum bis gar nicht erkennen.

Die Frage danach, warum die gemeinsame Geschichte nicht auch eine gemeinsame historische Gedenkkultur hervorgebracht habe, beschäftigt seither die unterschiedlichen Wissenschaften in den verschiedenen europäischen Ländern. Bereits im Jahre 2000 wurde vom dafür geradezu prädestinierten „Institut für Europäische Geschichte" in Mainz (heute Leibnitz-Institut für Europäische Geschichte) in der Villa Vigoni am Centro Italo-Tedesco n Loveno di Menaggio am Como-See – selbst ein prominenter Ort europäischer Begegnungen – eine internationale Tagung veranstaltet, die sich in einem interdisziplinären Austausch Fragen der europäischen Erinnerungskultur und dem Vorhandensein (oder auch nicht Vorhandensein) von europäischen „Lieux de mémoire" widmete.[1]

Als ein gemeinsamer Erinnerungsort von europäischer Reichweite wurde damals die Institution der Universität genannt, deren übergreifendes Netz ja tatsächlich, ausgehend von Italien und Frankreich, im Verlaufe der Neuzeit ganz Europa umspannte. Als nicht minder „europäisch" kann die Institution „Akademie" angesehen werden, als deren Ursprung gern die „platonische" Akademie angeführt wird. Aber auch ohne den Rückgriff auf die Antike lässt sich das Phänomen „ Akademie" – jedenfalls in der Neuzeit – durchaus als ein europäisches begreifen.

[1] Vgl. Brigitte Mazohl-Wallnig, Europäische Lieux de mémoire. Tagung im Centro Italo-Tedesco Villa Vigoni in Loveno di Menaggio, 20.–23. März 2000, in: L´Homme. Zeitschrift für feministische Geschichtswissenschaft 11/2 (2000), Das Geschlecht der Europa, S. 284–288

Es bot sich daher an, das Thema „Europäische Integration/Europäische Identität" auch in einer Klassensitzung der philosophisch-historischen Klasse der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) aufzugreifen und durch Expertinnen und Experten der unterschiedlichen Disziplinen diskutieren zu lassen.

Im Rahmen der Klassensitzung vom 20. März 2013 wurde zunächst mit drei Kurzbeiträgen in die Thematik eingeführt. Anschließend brachten verschiedene Diskussionsbeiträge aus dem Plenum der Klassensitzung weitere ergänzende Überlegungen ein.

Als Spezialist für Identitätsfragen eröffnete der Romanist und Sprachwissenschaftler Michael Metzeltin die Vortragsreihe. Ausgehend von verschiedenen Medienwahrnehmungen, die die Komplexität des europäischen Staatengebildes widerspiegeln, geht Metzeltin der Frage der Annäherung an eine europäische Identität anhand mehrerer Faktoren, wie Identitätsgefühl, Bewusstwerdung, Territorialisierung, Historisierung, Sprachengebrauch, Institutionalisierung und schließlich Medialisierung und Globalisierung nach.

Ausgehend von eigenen Forschungen zur Geschichte Südosteuropas geht Oliver Jens Schmitt auf die Probleme der Regionalisierung in der Europäischen Union und in Südosteuropa ein, das erst teilweise Mitglied der EU ist.

Gerda Falkner, die sich als Politologin unter anderem intensiv mit dem EU-Beitritt Österreichs beschäftigt hat, untersucht in dem gemeinsamen Beitrag mit Patrick Müller Gestaltungsmöglichkeiten der EU in verschiedenen Feldern der Politik.

In der anschließenden Diskussion nahmen mehrere Mitglieder der ÖAW, in deren Forschungstätigkeit das Thema „Europa" in unterschiedlicher Weise im Blickpunkt steht, Bezug auf die in den Impulsreferaten präsentierten Ausführungen.

Die vorliegende Broschüre umfasst drei ausführliche Impulstexte, auf denen die Vorträge in der Klassensitzung basierten, sowie die Beiträge der anschließenden Diskussion. Als dritten Teil enthält die Publikation einen ausführlicheren und später verschriftlichten Diskussionsbeitrag von Leopold Rosenmayr, in dem er seine sehr persönlichen Gedanken und Erfahrungen zu „Europa" aus der Sicht eines Zeitzeugen darlegt.

Brigitte Mazohl
Klassenpräsidentin der philosophisch-historischen Klasse der ÖAW

# Impulstexte

Michael Metzeltin[1]

Michael Metzeltin ist emer. o. Professor der Romanistik an der Universität Wien, Obmann der Kommission Südosteuropa-Türkei-Schwarzmeerregion der ÖAW, seit 2004 wirkliches Mitglied der philosophisch-historischen Klasse der ÖAW.

# Europäische Identität und Europäische Integration

## Medienwahrnehmungen

In den heutigen Medien werden Europa und die Europäische Union u.a. als Patchwork, als Schutzgemeinschaft, als Interessenbündnis wahrgenommen:

„Ich sehe Europa nicht als konventionelle Supermacht, sondern eher als kreatives Patchwork von Traditionen und Ideen. Je heterogener eine Gesellschaft ist, umso einfallsreicher ist sie. Europa muss sich koordinieren, um Schaden abzuwenden, darf aber dabei seine kulturelle Vielfalt nicht verlieren." (James, 2013, 9)

„Gefährdete Nationen begreifen, dass der Erhalt der multinationalen Institution, der sie zugehören, in ihrem ureigenen Interesse ist; die Rückkehr zu Nationalstaaten wäre für sie eine Gefahr." (Snyder, 2013, 25–26, bezüglich des Interesses der kleineren Staaten Osteuropas an der EU)

„Eine neue Staatenordnung zu gründen, die nicht mehr auf dem Prinzip der Balance of Power beruht, sondern auf der Integration der Interessen." (Fischer/Stern, 2013, 71, bezüglich des EU-Prozesses)

Die Verschiedenheit solcher Wahrnehmungen spiegelt die Komplexität des europäischen Staatengebildes wider.

## Staat und Nation

Die heutigen Staaten Europas sind grundsätzlich als Nationalstaaten konzipiert worden. Um sie zu verstehen, muss man auch heute noch präsent halten, dass in ihrer Konzeption

[1] Seine Schwerpunkte sind die Bereiche „Sprache und Denken" (cf. *Theoretische und angewandte Semantik. Vom Begriff zum Text*, Wien 2007), „Textualität und Gesellschaft" (cf. *Textanthropologie*, Wien 2012; mit M. Thir) und „Nationalstaatlichkeit und Identität" (cf. *Wege zur Europäischen Identität. Individuelle, nationalstaatliche und supranationale Identitätskonstrukte*, Berlin 2010; mit Th. Wallmann).

zwei Begriffe unmittelbar verknüpft werden: „Staat“ und „Nation“. Der Begriff „Staat“ betrifft die territoriale und politische Gestaltung, der Begriff „Nation“ die Identitätsbildung der Bevölkerung. Stehen kulturelle Aspekte wie Religion, Sprache und Tradition im Vordergrund, spricht man von der sogenannten *Kulturnation*, welche auf dem Gedanken fußt, dass die Nation aus einem kulturell homogenen Volk bestünde. Die Kulturnation (oder Volksnation) impliziert tendenziell einen hohen Ausschlusscharakter gegenüber anderen Gruppen und Individuen. Demgegenüber steht die Vorstellung der *Staatsnation* (oder Willensnation). Im Zuge der Französischen Revolution entsteht die französische Nation aus dem Dritten Stand, einem Sammelbecken hinsichtlich Bildung, Herkunft, Finanzkraft, Interessenlagen und Sprache unterschiedlichster Menschen. Das einigende Band einer solcherart konzipierten Nation ist vielmehr das Gefühl der Solidarität und der Gleichheit in Verbindung mit dem Willen, eine Nation zu sein und als solche eine Schicksals- und Errungenschaftsgemeinschaft zu bilden. Diese Staatsnation führt zu einem schwächeren Grad an Kohärenz und Homogenität.

Kulturgemeinschaft und Errungenschaftsgemeinschaft sind auch für die heutige europäische Integration leitende Vorstellungen.

## Die Europäischen Gemeinschaften als Identitätsquelle

Aus einigen der heutigen Europäischen Staaten sind nach dem Zweiten Weltkrieg die Europäischen Gemeinschaften hervorgegangen. Diese wurden durch einen Vertragsschluss souveräner Nationalstaaten begründet, die in der Vergangenheit die gegenseitigen Unterschiede überbetont hatten. Eine „Europäische Identität“ ist nach dem Zweiten Weltkrieg im Bewusstsein der Menschen eher nicht vorhanden, sie muss durch die konkrete Ausgestaltung von Zusammenarbeit und Solidarität unter den Staaten, aber auch unter den Bürgerinnen und Bürgern neu geschaffen werden. In ihren Anfängen hat sich die Frage nach einer gemeinsamen Identität insbesondere deshalb nicht gestellt, da die Gemeinschaften vorrangig eine wirtschaftliche Zusammenarbeit darstellten. Mit der in den folgenden Jahrzehnten ständig wachsenden Tendenz, mehr und mehr Politikfelder gemeinschaftlich zu führen, entwickelte sich die zukünftige Union immer stärker von einer wirtschaftszentrierten Gemeinschaft zu einer Art Supra-Staat mit eigenen Organen, insbesondere einem eigenen Parlament und einer „Regierung“ in Gestalt der Kommission.

Auf der Gipfelkonferenz von Paris 1972 beratschlagen die Staats- und Regierungschefs über die veränderte Situation der Europäischen Gemeinschaften, die sich in ihrem Inneren, wie in ihren Außenbeziehungen vor ständig wachsenden Herausforderungen sehen:
„In dem Augenblick, da die gemäß den Regeln der Verträge und unter Bewahrung des von den sechs ursprünglichen Mitgliedstaaten bereits geschaffenen Werks beschlossene

Erweiterung Wirklichkeit wird und der Europäischen Gemeinschaft eine andere Dimension gibt, da sich in der Welt Ereignisse vollziehen, die die weltpolitische Lage tiefgreifend verwandeln, da ein allgemeines Streben nach Entspannung und Zusammenarbeit spürbar ist, das dem Interesse und dem tiefen Wunsch aller Völker entspricht, da besorgniserregende Währungs- und Handelsprobleme es erforderlich machen, nach dauerhaften Lösungen zu suchen, die eine Expansion in der Stabilität begünstigen, da sich für viele Entwicklungsländer der Abstand vergrößert, der sie von den Industrienationen trennt, und diese Länder zu Recht eine Steigerung der Hilfe und eine gerechtere Verwendung der Reichtümer verlangen, da die Aufgaben der Gemeinschaft zunehmen und ihr neue Verantwortungen übertragen werden, ist für Europa die Stunde gekommen, sich der Gemeinsamkeit seiner Interessen, der Fülle seiner Fähigkeiten und der Bedeutung seiner Pflichten klar bewusst zu werden, muss Europa imstande sein, seiner Stimme in der Weltpolitik Gehör zu verschaffen, den eigenständigen Beitrag zu leisten, der seinen menschlichen, geistigen und materiellen Möglichkeiten entspricht, und gemäß seiner Berufung zu Weltoffenheit, Fortschritt, Frieden und Zusammenarbeit seine eigenen Konzeptionen in den internationalen Beziehungen zu vertreten." (*Erklärung der Pariser Gipfelkonferenz*, 1972)
Die Pariser Gipfelkonferenz erkennt die große Notwendigkeit eines geeinten und geschlossenen Auftretens Europas und beruft sich auf einen „europäischen Geist" und auf Grundwerte wie „Demokratie, Meinungsfreiheit, Freizügigkeit von Personen und Ideen sowie Mitverantwortung der Völker über ihre frei gewählten Vertreter". Die Notwendigkeit zur Festlegung gemeinsamer Interessen, Positionen und Werte mündet in einen echten Identitätsdiskurs. 1973 wurde daher in Kopenhagen ein explizites *Dokument über die europäische Identität* verabschiedet, in dem von einem gemeinsamen Erbe, eigenen Interessen und einer gemeinsamen Zivilisation die Rede ist. Trotz der Vielfalt an nationalen Kulturen gebe es eine gemeinsame Lebensauffassung, die vor allem von den Grundsätzen der repräsentativen Demokratie, der Rechtstaatlichkeit, der sozialen Gerechtigkeit und der Achtung der Menschenrechte bestimmt sei. Auch die Europäische Ordnung mit ihren Organen, dem gemeinsamen Markt und der Zollunion sei Bestandteil der Europäischen Identität.

## Die Charta der Europäischen Identität

Einen deutlich weitergehenden Schritt zur Explizierung und Festschreibung einer Europäischen Identität setzte 1995 der Kongress der Europa-Union Deutschland, eines Zweigs der Union Europäischer Föderalisten, mit einer *Charta der Europäischen Identität*. Angeregt wurde die Abfassung einer solchen Urkunde durch den ehemaligen tschechischen Präsidenten Václav Havel in einer Ansprache vor dem Europäischen Parlament 1994. Havel sprach sich für eine deutlichere Betonung des gemeinsamen Geistes und der

zivilisatorischen Werte Europas aus. Die Charta verstehe sich als Antwort auf die Neuerungen innerhalb des Unionsgefüges, welche im Zuge der Ratifizierung des Maastrichter Vertrages vollzogen wurden und die Gemeinschaft vor allem in administrativer, politischer und ökonomischer Hinsicht verdichteten, jedoch kaum zu einem stärkeren Zusammengehörigkeits- und Solidaritätsgefühl der Bevölkerung beitrügen. Dieses herzustellen bzw. ins Bewusstsein zu rufen, sei Anliegen der Charta: „Der europäische Zivilisationsprozess, wie er von unseren Vorfahren und uns in Gang gesetzt wurde, hat uns zu einer Entwicklungsstufe geführt, auf der wir alle voneinander abhängig sind. Wir können dieses gemeinsame Schicksal mitgestalten oder erdulden." (*Charta der europäischen Identität*, 1995) Die Union sei aber nicht nur eine Schicksals- sondern auch eine Wertegemeinschaft, die Toleranz, Humanität und Brüderlichkeit präge. Als gemeinsame Grundlage werden die Gedanken der antiken Welt und des Christentums angesehen, die in den geschichtlichen Epochen der Renaissance, des Humanismus und der Aufklärung eine Fortentwicklung zu den heute in Europa weitverbreiteten Werten von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Geltung von Grund- und Menschenrechten gefunden haben. „Die in fruchtbarer Wechselwirkung entstandenen Schöpfungen der Kultur und der Kunst, die Entdeckungen der Naturgesetze und ihre Anwendung zum Wohle der Menschen, das kritische Denken im Erkennen und Urteilen haben bewirkt, dass die Menschen in freier Selbstbestimmung ohne Not friedlich miteinander leben und arbeiten können. Europa hat diese Werte in der ganzen Welt verbreitet." (ib.) Zielsetzung der Charta ist es, die Bürger und Bürgerinnen von der Europäischen Idee zu überzeugen und sie zur Mitwirkung am Europäischen Einigungswerk zu bewegen. Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels sind eine Steigerung der Partizipation der Bürgerinnen und Bürger sowie der Transparenz der Politik. Eine „knapp gefasste und verständliche Verfassung" (ib.) mit einer festgeschriebenen Ordnung und einem Grundrechtekatalog sollte den Bürgerinnen und Bürgern zur Abstimmung vorgelegt werden. Als essenziell wird überdies eine planvolle Kultur- und Bildungspolitik eingefordert: „Europäer ist man nicht von Geburt, sondern wird es durch Bildung" (ib.).

## Das Identitätsgefühl

Trotz solcher ehrgeiziger Überlegungen und Vorhaben der politischen und intellektuellen Europäischen Eliten ist das Gefühl einer Europäischen Identität bei den Bürgerinnen und Bürgern der Union nicht in derselben raschen Geschwindigkeit gewachsen wie die wirtschaftliche und politische Gemeinschaft. Eine Umfrage von Eurobarometer zeigt, dass sich bisher eine Europäische Identität bestenfalls neben den fortbestehenden nationalen Identitäten etablieren konnte: „Ende 2004 fühlen sich 47 % der EU-Bürger zugleich als Bürger

ihres Landes und als Europäer. 41 % der Befragten hingegen sehen sich nur ihrer ‚nationalen' Staatsangehörigkeit verbunden. Die Menschen, die sich als ‚Europäer und Bürger ihres Landes' fühlen, repräsentieren 7 % der befragten Bevölkerung und diejenigen Personen, die sich nur als Europäer fühlen, machen nur einen geringen Prozentsatz (3 %) aus." (*Eurobarometer*, 2005) Die Europäische Union wird in den Augen vieler Bürgerinnen und Bürger noch vorrangig als (wirtschaftlicher) Zusammenschluss von Staaten und nicht von Menschen verstanden: „Die Wirtschaft wurde zum Motor der europäischen Einigung. Gleichzeitig wird erkennbar, dass wirtschaftlicher Erfolg allein nicht ausreicht, um eine europäische Identität zu begründen." (*Charta der europäischen Identität*, 1995) Immerhin betrachten seit dem Jahre 2012 50 % der EU-Bürger die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union als eine gute Sache. (http://www.europarl.europa.eu/pdf/eurobarometre/2013/)

Ein weiterer wesentlicher Grund für das wenig entwickelte Identitätsgefühl der Unionsbürger und -bürgerinnen mag in dem noch immer mehr oder weniger stark präsenten Nationenbewusstsein gesehen werden. Die Idee der Völker mit ihren spezifischen kulturellen und sprachlichen Besonderheiten wirkt heute nach wie vor eher als Grundlage der Nationalstaaten nach und erhält die Diskontinuitäten unter den Nationen Europas anstatt die gegenseitige Integration zu fördern. Das nationalstaatliche Prinzip ist weiterhin ein starker Kohäsionsfaktor innerhalb der einzelnen Staaten und wirkt dem Entstehen einer Europäischen Identität und einer fortwährenden Annäherung der Bürger und Bürgerinnen entgegen, mit kritischen Stimmen wie die der Politikwissenschaftlerin Susan George: „Il n'y pas un peuple européen mais des peuples aux histoires et aux cultures différentes, qu'il faut respecter et apprécier car ce sont elles précisément qui font l'exceptionnelle richesse de ce continent. Pourquoi dire que les Français et les Hollandais, ou les Hongrois et les Espagnols, forment un seul et même peuple quand c'est le génie des uns et des autres qui fait la diversité créatrice de l'ensemble? Nous sommes des peuples ayant certaines choses en commun, sur lesquelles il s'agit de construire tout en respectant notre altérité." (George, 2005, 132 f)

## Staatsbildende Identitätsfaktoren

Das Wachsen und die Entwicklung der Europäischen Union zeigt, dass sie auf dem Wege zu einem neuen Staatengebilde ist. Um dieses Projekt voranzubringen, ist neben der wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Vernetzung und Zentralisierung auch die Schaffung eines tragfähigen Europäischen Identitätsbewusstseins der Bürgerinnen und Bürger vonnöten, da nur so die Basis für Solidarität und Stabilität des gemeinsamen Zusammenlebens geschaffen werden kann. Die Europäische Identität kann dabei kein Produkt zufälliger gruppendynamischer Vorgänge sein, sondern sollte vielmehr das willentliche Kon-

strukt einer politischen und geistigen Elite sein, die wie bei der Bildung nationalstaatlicher Identitäten folgende Faktoren berücksichtigt:

- Bewusstwerdung
- Territorialisierung
- Historisierung
- Sprachengebrauch
- Textkanonisierung
- Institutionalisierung
- Medialisierung
- Globalisierung

Chronologisch können diese Faktoren nacheinander oder parallel wirken.

## Der Faktor der Bewusstwerdung

Der Prozess der Bewusstwerdung einer Gruppe, eines Volkes oder einer Nation geht von einer sogenannten Elite aus, die danach trachtet, die Gruppe von anderen abzugrenzen und damit eigene Interessen gegenüber jenen Anderer durchsetzen zu können. Zu diesem Zweck ist es nötig, Merkmale der Klassifikation für die eigene wie für andere Gruppen aufzustellen und den Gruppen sodann entsprechende Bezeichnungen zu geben. Erst nach und nach stellt sich das Bewusstsein, eine eigene Gruppe zu sein, auch in weiteren Gesellschaftsschichten ein, wodurch der Grundstein für die Bildung einer kollektiven Identität gelegt wird. Es ist Aufgabe der Elite, die klassifizierenden Merkmale und das Gruppenbewusstsein über Diskurse zu entwickeln.

Historisch gesehen ist Europa grundsätzlich von der Koexistenz vieler Völker und Staaten bestimmt, die zahllose Kriege um Territorium und Ressourcen geführt haben. Das Motiv der Durchsetzung einzelstaatlicher Interessen war dabei oberste Maxime interstaatlicher Handlungen. Dennoch entstand schon im Mittelalter da und dort ein protoeuropäisches Bewusstsein. Einzelnen Herrschern gelang es, sich zu über-staatlichen emblematischen Persönlichkeiten zu entwickeln, die zwischen den einzelnen Gruppen und Völkern Verbindungen herstellten: „Im Spätmittelalter und der Frühen Neuzeit wurden als Bilder der Einheit allegorische Figuren eingesetzt. Die Führungsfiguren wie Papst, Kaiser, Könige oder Königinnen stellten gleichfalls Personifizierungen von Einheit dar.“ (Schmale, 2008, 21)
Das Heilige Römische Reich deutscher Nation stiftete mit seiner starken Rückbindung an die römisch-christliche Kultur einen wesentlichen Kohärenzfaktor. Die bewusste Wahrnehmung Europas als zusammenhängendes Ganzes auch in größeren Kreisen geschah

jedoch durch die Wahrnehmung einer Bedrohung „von Außen", von Völkern, gegen die man sich verteidigen und schützen wollte: „Das Vordringen der Osmanen nach Westen und die Entstehung eines machtvollen Reiches, das bis 1453 das gesamte frühere Byzantinische Reich absorbiert hatte und das 16. Jahrhundert nach dem Sieg bei Mohács in Ungarn 1526 sowie der Belagerung Wiens 1529 praktisch an das Heilige Römische Reich deutscher Nation grenzte, warf das Problem politischer Einheit in Europa neu auf und schuf zudem die Grundlage für ein Identitätsdenken." (Schmale, 2008, 21) Diese Frontstellung führte zu einer bewussten Abgrenzung vom Osmanischen Reich, wobei man dessen Zugehörigkeit zur islamischen Welt als klares Abgrenzungskriterium heranziehen konnte. Nicht zuletzt aus diesem Grund wurde der christliche Charakter Europas nunmehr stark betont, sodass die Idee einer Christlichen Republik (*res publica christiana*) seit dem 16. Jahrhundert zu einer dominierenden Vorstellung im europäischen Identitäts- und Alteritätsdiskurs wurde. Dieser Gegensatz wurde schon im 15. Jahrhundert vom Humanisten Enea Silvio Piccolomini in seinen Türkenreden entwickelt, in denen auch die Vorstellung vom Hause Europa vorkommt. („in Europa, id est in patria, in domo propria", http://www.europa.clio-online.de)
Die Aufklärung und die antiklerikalen Tendenzen der Französischen Revolution haben jedoch ein neues Wertesystem basierend auf der *Déclaration des Droits de l'Homme et du Citoyen* (1789) und den von ihr inspirierten Grundrechtstexten geschaffen, die Freiheit, Gleichheit und Solidarität der Menschen in den Vordergrund rückten. Vor allem das neue Freiheitsverständnis wurde auch auf die Völker übertragen und so zum Ausgangspunkt für nationale Unabhängigkeitsbewegungen und führte dadurch aus gesamt-europäischer Perspektive zu stark zentrifugalen Bewegungen. Die allmähliche Durchsetzung der parlamentarischen Demokratie mit den Prinzipien der Mitbestimmung und der Gewaltenteilung und eines für alle gleichermaßen geltenden Rechtssystems in den neuen Nationalstaaten bietet andererseits die Grundlage, auf der später eine neue gemeinsame europäischen Gesellschaftsordnung aufgebaut werden wird.

Die Elite der frühen Europäischen Gemeinschaften wird von Schmale folgendermaßen dargestellt: „Die gesellschaftlichen Träger dieser Diskurse sind relativ genau benennbar. Es handelt sich in erster Linie um hohe und höchste Regierungsmitglieder, weniger im Vordergrund stehende Politiker und Diplomaten, Abgeordnete auf nationaler, regionaler und kommunaler sowie, nach Einrichtung entsprechender parlamentarischer Versammlungen beim Europarat, der EGKS und der WEU (1955) und nach Gründung u.a. der ‚Europäischen Parlamentarier-Union' (EPU, 1947, Initiative von Richard Coudenhove-Kalergi) auf europäischer Ebene, Mitglieder der verschiedenen Europabewegungen und -vereinigungen, Mitglieder politischer Parteien und im allgemeinen Wortsinn Intellektuelle, Publizisten, Schriftsteller und Wissenschaftler." (Schmale, 2008, 118) Dieser Gruppe überzeugter Europäerinnen und Europäer musste es in weiterer Folge gelingen, ein breit getragenes Eu-

ropäisches Bewusstsein zu erwecken, um so zu einer Zusammenarbeit aller Bürgerinnen und Bürger zu gelangen.

Die Bewusstseinsbildung der Eliten der Europäischen Union ist ein langsam voranschreitender Prozess. Der *Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft* (1957) basiert nicht auf dem Gedanken einer gemeinsamen Europäischen Identität, sondern intendiert vielmehr die „Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und die schrittweise Annäherung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten" (Art. 2 EGV). Der erst in den 1970er-Jahren manifest werdende Identitätsdiskurs brachte das *Dokument über die europäische Identität* (1973) der Staats- und Regierungschefs hervor, das wesentliche Europäische Gemeinsamkeiten herausstellt, jedoch in Verbindlichkeit und rechtlicher Bedeutung mit jenen der Gemeinschaftsverträge nicht vergleichbar ist. Im *Vertrag über die Europäische Union* (1992) finden sich erstmals in einem Gemeinschaftsvertrag ein explizites Bekenntnis zu den „Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und der Rechtsstaatlichkeit" (EUV, Präambel) und der Hinweis auf ein „gemeinsames kulturelles Erbe" (Art. 128 EUV). Die Vorstellungen über ein geordnetes Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger sind jedoch noch sehr allgemein gehalten und stellen eher einen Grundkonsens über das Bestehen einer Europäischen Identität als deren Beschreibung dar, wie auch die Formulierung des Artikels F deutlich macht: „Die Union achtet die nationale Identität ihrer Mitgliedstaaten, deren Regierungssysteme auf demokratischen Grundsätzen beruhen." Neben den dominierenden nationalen Identitäten besteht eine gewisse gemeinsam geteilte Vorstellung einer demokratischen Europäischen Ordnung.

In der konsolidierten Fassung des EUV (Maastricht 2002) wird die Gemeinsamkeit der Grundsätze eigens betont: „Die Union beruht auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit; diese Grundsätze sind allen Mitgliedstaaten gemeinsam." (Art. 6 EUV) Hier wird bewusst gemacht, dass die 1992 allgemein formulierten Grundsätze eine faktische Gemeinsamkeit aller Staaten der Union, ein sie charakterisierendes Merkmal seien. Dieser Artikel 6 des EUV erfährt durch den Verfassungsvertrag bzw. Vertrag von Lissabon eine neuerliche Spezifizierung, wobei die Grundsätze als Werte deklariert werden: „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet." (Art. 2 EUV)

Den bislang qualitativ bedeutsamsten Schritt im Prozess der Bewusstmachung einer gemeinsamen Identität in primärrechtlichen Gemeinschaftstexten gehen der Verfassungsvertrag bzw. der Vertrag von Lissabon in der Formulierung der neuen Präambel zum *Ver-*

*trag für eine Europäische Union* (EUV). Die Europäische Union solle aus dem „kulturellen, religiösen und humanistischen Erbe Europas, aus dem sich die unverletzlichen und unveräußerlichen Rechte des Menschen sowie Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit als universelle Werte entwickelt haben", (Präambel EUV) schöpfen. Ferner besagt Artikel 3 EUV in der Fassung nach Lissabon: „Sie [die EU] wahrt den Reichtum ihrer kulturellen und sprachlichen Vielfalt und sorgt für den Schutz und die Entwicklung des kulturellen Erbes Europas." Es wird allerdings im Diskurs der Europäischen Vertragsurkunden nicht recht deutlich, worin das kulturelle, humanistische und religiöse Erbe Europas genau bestehe.

## Der Faktor der Territorialisierung

Eine sich ihrer Eigenständigkeit bewusste Gemeinschaft trachtet danach, die für ihr Fortkommen nötigen Ressourcen abzusichern und definiert üblicherweise ein eigenes Territorium, dessen Grenzen sie festlegt und verteidigt. Da die Definition des Territoriums auf verschiedenen Formen von Besetzung und auf Konventionen beruht, ist es nicht automatisch stabil, sodass man die Einheit und Unteilbarkeit des Territoriums üblicherweise in grundlegenden Texten, wie etwa Verfassungen, verankert. Durch die Abgrenzung nach Außen wird überdies ein gewisser Grad des Zusammenhalts und der Zusammengehörigkeit unter den Bürgerinnen und Bürgern hergestellt. So bestimmt die erste Französischen Verfassung von 1791: „Le Royaume est un et indivisible." (Art. II–1)

Das Territorium der Europäischen Union ist grundsätzlich die Summe der Staatsgebiete seiner Mitgliedsstaaten. Ihr Gebiet liegt überall dort, wo Unionsrecht zur Anwendung gelangt. Die theoretische Grundlage für einen solcherart konzipierten Staatsbegriff kann etwa in den Ausführungen des Rechtspositivisten Hans Kelsen gesehen werden, für den der Staat nichts anderes als die Summe aller Rechtsnormen, also eine ideelle Größe ohne vorgegebene territoriale Bestimmung oder Abgrenzung ist. Das Staatsgebiet ist in dieser Betrachtungsweise nur der räumliche Geltungsbereich des Normengeflechts (Kelsen, 1925, 138)

Die Europäische Union präsentiert sich derzeit als offenes Gebilde, als Bündnis, welches bereit ist, in Zukunft weitere Staaten aufzunehmen. Artikel 49 des EUV regelt die Beitrittsmöglichkeit: „Jeder europäische Staat, der die in Artikel 2 genannten Werte achtet und sich für ihre Förderung einsetzt, kann beantragen, Mitglied der Union zu werden." Die Schwäche dieser Formulierung liegt darin, dass sie durch den Gebrauch des Syntagmas „jeder europäische Staat" einen Europabegriff voraussetzt, der höchstwahrscheinlich in einem breiteren geographischen Sinne zu interpretieren ist. Die Grenzziehung Europas kann je nach angewandtem Kriterium recht unterschiedlich aussehen. Geographische, politische, geostrategische, kulturelle und religiöse Grenzen sind nicht notwendigerweise

deckungsgleich. Wenn jedoch die Europäische Union mehr sein soll als die Durchführung eines abstrakten Normengeflechts, so muss sie sich für eine bestimmbare Territorialität entscheiden. Eine derartige Abgrenzung zeichnet sich etwa im *Dokument über die europäische Identität* (Kopenhagen 1973) ab, in dem das Verhältnis der damaligen Europäischen Gemeinschaften zu den Mitgliedstaaten des Europarats, zu den Ländern des Mittelmeerbeckens, Afrikas und des Nahen Ostens, zu den Vereinigten Staaten, zu den übrigen Industrieländern wie Japan und Kanada, zu der UdSSR, zu China, zu den anderen asiatischen Ländern und zu den Ländern Lateinamerikas angesprochen wird.

Die bisherige formale Unbestimmtheit und gewählte Offenheit des Europabegriffes eröffnet einen gewissen Spielraum, Länder an der Peripherie des europäischen Kontinents je nach geopolitischer Opportunität als eher europäisch oder eher außereuropäisch darzustellen. Es existieren mehr oder weniger konkrete Vorstellungen insbesondere seitens der Unionseliten, welche weiteren Länder man sich in Zukunft als Teile des Unionseuropa vorstellen könne. Seit dem 18. Jahrhundert unterscheidet man ein europäisches und ein asiatisches Russland, eine europäische und eine asiatische Türkei. Russland, das „seit dem späten 18. Jahrhundert und umso mehr seit dem Wiener Kongress bis zum Ersten Weltkrieg ein tragender Pfeiler des europäischen Mächtesystems war" (Schmale, 2008, 145), wurde in Zeiten des Kommunismus und des Kalten Krieges immer stärker zu einem Gegenüber, von dem man sich abgrenzte. So kommt es, dass auch heute noch Russland eher nicht als Teil der Europäischen Gemeinschaft, sondern vielmehr als Außenmacht, als externer Partner angesehen wird. „Die EU auf der einen, Russland auf der anderen Seite können sich gegenseitig viel bieten." (*Genscher*, Tagespiegel, 2008)

Offen bleibt das genaue Verhältnis zur Türkei. Im Gegensatz zu Russland wurden die Repräsentanten des Osmanischen Reiches zu den Verhandlungen des Wiener Kongresses von 1814/15 nicht eingeladen. Die nach dem Ersten Weltkrieg neu konstituierte Türkei hat sich insbesondere durch die Bemühungen von Mustafa Kemal Atatürk dem Westen angenähert und bereits im Jahre 1959, also deutlich früher als die meisten 2004 bzw. 2007 neu aufgenommenen Staaten das offizielle Beitrittsgesuch an die damalige EWG gestellt. Verschiedene Regierungen der europäischen Staaten sprechen sich heute für eine stärkere Anbindung der Türkei an die Europäische Union aus. Unklar bleibt aber die definitive Form dieser Anbindung.

## Der Faktor der Historisierung

Zur Identitätsbildung eines Nationalstaates gehört auch die Konstituierung einer eigenen Geschichte. Diese wird durch die bewusste Selegierung und Zusammenstellung von Fakten (re)konstruiert. Die solcherart hervorgebrachte gemeinsame Geschichte ist eine Art

Manifest der gemeinsamen Eroberungen, Leistungen und Errungenschaften des Volkes, seines Kampfes mit den anderen und seiner gelebten Solidarität und Zusammengehörigkeit. Ein häufiger Wesenszug von Nationalgeschichten ist, dass ihr Beginn lange vor der eigentlichen Staatsgründung angesetzt wird.

Die Geschichte Europas ist traditionell die Geschichte der einzelnen Völker und Staaten und ihrer wechselseitigen Interaktion. Es lassen sich dennoch Phasen von stärker gesamteuropäischer Ausgestaltung der politischen und gesellschaftlichen Landschaft Europas ausmachen. Das Reich Karls des Großen umfasst im Wesentlichen große Teile Frankreichs, Deutschlands und Italiens und könnte in Bezug auf seine geographische Ausdehnung durchaus mit dem Gebiet der Europäischen Gemeinschaften in den 1950er Jahren verglichen werden. Die vereinheitlichenden Tendenzen der Kapitularien Karls des Großen etwa in Fragen der territorialen Verwaltung, der militärischen Organisation, der Reform des Bildungswesens oder der gemeinsamen Währung stifteten innerhalb seines Reiches die Grundlage für völkerübergreifende Gemeinsamkeiten. Der übernationale Charakter des karolingischen Reiches setzt sich in der Ausgestaltung des Sacrum Romanum Imperium fort, das sich unter der Dynastie der Ottonen seit dem 10. Jahrhundert herausbildete und große Teile Europas mit einschloss, wenngleich es immer wieder seine konkrete Gestalt veränderte.

In der nationalen Geschichtsschreibung werden derartige Phasen der Kohärenz und Gemeinsamkeit im Allgemeinen nicht besonders hervorgehoben. Selbst die nationalen Historiographen können jedoch nicht umhin anzuerkennen, dass es im Lauf der Zeit prägende geistesgeschichtliche und ideologische Entwicklungen und Fortschritte gab, welche nicht einzelne Staaten, sondern große Teile Europas als Ganzes erfassten. Eine besondere Rolle spielte die Zeit der Aufklärung mit ihren Forderungen etwa nach Grund- und Menschenrechten. Trotz dieser evidenten historischen Gemeinsamkeiten wird im Diskurs der Europäischen Gemeinschaften eher die Notwendigkeit der Überwindung der traumatischen Ereignisse des Zweiten Weltkriegs, der blutigen und grausamen Vergangenheit des Kampfes der Völker und Staaten zur Durchsetzung partikulärer Interessenlagen betont und der Blick auf die zukünftige Kooperation zur Sicherung des Friedens gerichtet, wie es z.B. Artikel 1 der Kopenhagener Erklärung verdeutlicht: „Die neun europäischen Staaten, deren Vergangenheit ebenso wie die egoistische Verteidigung falsch verstandener Interessen sie zur Zerrissenheit hätte drängen können, haben ihre Gegnerschaft überwunden und in Erkenntnis der fundamentalen europäischen Notwendigkeiten beschlossen, sich zusammenzuschließen, um das Überleben einer Zivilisation zu sichern, die ihnen gemeinsam ist."

Der Geschichtsbezug der Europäischen Union reicht also tendenziell – im Gegensatz zum Vorgehen der nationalen Historiographie – nicht besonders weit in die Vergangenheit zurück, sondern setzt in zahlreichen Reden oder Dokumenten mit dem Ende des Zweiten

Weltkrieges und dem Beginn der Einigung über eine künftige Zusammenarbeit ein, sodass ein Begriff wie ‚Einheit' eine ganz besondere Bedeutung erhält, wie Schmale beobachtet hat: „Angesichts der Kriegsgeschichte des europäischen 20. Jahrhunderts, der Abermillionen Toten, der Völkermorde, des Holocaust und der riesigen materiellen Schäden, versteht es sich geradezu von selbst, dass ‚Einheit' so etwas wie ein heiliges Wort darstellt." (Schmale, 2008, 20) Die Bewertung der Zeit vor der Unionsgründung ist dabei oftmals eine pauschaliert negative, wie in der Feststellung von Robert Schuman in seiner berühmten Erklärung vom 9. Mai 1950: „La contribution qu'une Europe organisée et vivante peut apporter à la civilisation est indispensable au maintien des relations pacifiques. En se faisant depuis plus de vingt ans le champion d'une Europe unie, la France a toujours eu pour objet essentiel de servir la paix. L'Europe n'a pas été faite, nous avons eu la guerre." (http://www.robert-schuman.eu/fr/declaration-du-9-mai-1950)

Es mag angesichts der traumatisierenden Ereignisse des letzten Weltkrieges nur allzu verständlich sein, Abkehr von der Vergangenheit und Orientierung an Zukünftigem walten zu lassen, dennoch muss die gemeinsame Geschichte mit ihren trennenden aber auch verbindenden Aspekten auch in den unionseuropäischen Diskursen in ihrer Komplexität aufgearbeitet und geordnet werden, um historisch bedingte zwischenstaatliche Konflikte zu verstehen und zu überwinden und so eine gemeinsame historische Identität aufbauen zu können. zu diesem Bemühen können neue Geschichtswerke wie *Una historia europea de Europa. ¿de un Renacimiento a otro? (Siglos XV–XX)* von Charles-Olivier Carbonell, Dominique Biloghi, Jacques Limouzin, Frédéric Rousseau und Joseph Schultz (2001; französische Fassung 1999) beitragen. Zur Historisierung gehören aber auch die Bemühungen, „vermeintliche oder wirkliche Begrenzungslinien" wie der Rankesche Primat der Romanischen und Germanischen Völker, die Hajnal-Linie oder das lateinische gegenüber dem orthodoxen Christentum innerhalb Europas kritisch zu durchleuchten, wie es Gerald Stourzh in seinem Aufsatz *Statt eines Vorworts: Europa. Aber wo liegt es?* (Stourzh, 2002, IX–XX) getan hat.

## Der Faktor des Sprachengebrauchs

Es ist für jegliche Gemeinschaft, insbesondere aber für Nationalstaaten im Allgemeinen kennzeichnend, eine Sprache oder Sprachvariante bewusst auszuwählen und durch explizite Regelung und Homogenisierung zu fördern. Ungeachtet der real gegebenen sprachlichen Vielfalt und Variationen wird die gewählte Sprache besonders gefördert und ihr einheitlicher Gebrauch propagiert. Die identitätsbildende Bedeutung der Sprache für eine Kulturnation schildert knapp und treffend der Slawist Ulrich M. Schmid anhand des Russischen: „Eine russische Kulturnation im engeren Sinne gab es ebenfalls noch nicht lange:

Sie hatte sich erst seit den Napoleonischen Kriegen herausgebildet. Zuvor definierten sich Adlige über ihren sozialen Status und hatten vielmehr mit den französischen Aristokraten gemein als mit ihren russischen Dienern. Das Russische war [...] zunächst die Rede des einfachen Mannes, die erst durch die romantischen Institutionen eines Nationalepos und eines Nationaldichters zur nationalen Literatursprache geadelt wurde. Im Falle Russlands war beides schnell zur Hand: Im Jahr 1797 wurde das angeblich altrussische ‚Igorlied' entdeckt, dessen Authentizität bis heute umstritten ist. Und mit Alexander Puschkin (1799–1837) erschien bald auch jenes Genie, das bis heute den innersten Kern der russischen Nationalkultur bildet." (Schmid, 2014, 24)

Europa ist einerseits ein Raum großer sprachlicher Vielfalt, andererseits haben sich seit der Antike immer wieder völkerübergreifende Sprachen herausgebildet. Das expandierende Imperium Romanum führte das Latein im Zuge von Romanisierungsprozessen vor allem in den westlich gelegenen Gebieten (Italien, Gallien, Hispanien, Britannien, aber auch Dakien und Nordafrika) als Sprache der Verwaltung und der transregionalen mündlichen Kommunikation ein. Nach dem Zerfall des Weströmischen Reiches war die Ära der lateinischen Sprache keinesfalls zu Ende. Die Epochen der karolingischen Renaissance, des Humanismus und der Renaissance mit ihren an antiker Schriftlichkeit ausgerichteten Bildungsidealen hielten den Gebrauch des Lateins in vielen Bereichen mündlicher und schriftlicher Kommunikation aufrecht. Latein war für den Klerus nicht nur Sprache des Kultes, sondern auch der Bildung und der Gerichtsbarkeit. Über den kirchlichen Bereich hinaus war das Latein in den fürstlichen Kanzleien in den Dienst der Administration und des Vertragswesens gestellt. Wenngleich das Latein als Sprache einer elitären Minderheit innerhalb der Gesamtbevölkerung anzusehen ist, so ist es doch ebendiese Gesellschaftsschicht, die den für das Fortkommen Europas so essenziellen länderübergreifenden politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Diskurs führte.

Einen wesentlichen Faktor europäischer Kohärenzstiftung stellten sodann die romanischen Volkssprachen dar, wie Michael Mitterauer festhält: „In unmittelbarer Kontinuität zum lateinischen Sprachraum der Antike steht nicht ‚Lateineuropa', sondern das Verbreitungsgebiet der romanischen Sprachen – in der Regel als ‚Romania' charakterisiert." (Mitterauer, 2009, 6) Durch die unter der Herrschaft Karls V. begründete Vormachtstellung der spanischen Habsburger etwa in Gebieten der Niederlande und Italiens kam es im 16. Jahrhundert zu einer zunehmenden Wichtigkeit des Spanischen in Europa. Der französische und österreichische Herrscherhof etwa waren wesentlich von dieser Sprache und den mit ihr einhergehenden kulturellen Besonderheiten geprägt. (Cichon, 2009, 12ff)

Obwohl Latein lange Zeit erste Sprache der Wissenschaften geblieben ist, führte das Erstarken der sich besonders ab dem 17. Jahrhundert formierenden Nationalsprachen zu einer schrittweisen Zurückdrängung des Latein als allgemeine Verkehrssprache. Der

intensiven sprachpolitischen Anstrengung Frankreichs ist es zuzuschreiben, dass das Französische zudem immer stärker als Sprache internationaler Abkommen und Verträge zur Anwendung gelangte. Insbesondere der 1714 zwischen Frankreich und Österreich zur Beendigung des Spanischen Erbfolgekrieges in französischer (statt bisher üblich in lateinischer) Sprache geschlossene Rastatter Frieden gilt als Wendepunkt der Sprachvorherrschaft des Latein in Europa. Französisch entwickelte sich zu einer (mit Einschränkungen) bis heute bedeutsamen Sprache der internationalen Politik und Diplomatie. Das politische Erstarken der USA zu einer Weltmacht zu Anfang des 20. Jahrhunderts brachte allerdings mit sich, dass das Englische insbesondere auch in der interstaatlichen Kommunikation und Verhandlung allmählich federführend geworden ist. Als Markstein des hegemonialen Wechsels vom Französischen zum (amerikanisch geprägten) Englischen wird zumeist der Friedensvertrag von Versailles (1919) angesehen, der erstmalig beide Sprachen gleichwertig verwendet. (Seidlhofer / Schendl, 2009, 28)

Die Europäischen Gemeinschaften sind in ihren Anfängen unzweifelhaft von einer Dominanz der französischen Sprache geprägt. Die Urschrift des EGKS-Vertrages ist ausschließlich französisch. Insbesondere der Gedanke der Gleichheit der Mitgliedstaaten und ihr Ziel einer friedvollen Kooperation führten jedoch zu einem Paradigmenwechsel. Der Vertrag über eine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (1957) überlässt in Artikel 217 die Sprachenfrage einem Beschluss des Ministerrates, welcher im Oktober 1958 Deutsch, Französisch, Italienisch und Niederländisch als gleichberechtigte Arbeits- und Amtssprachen nebeneinander einrichtet. Die Erweiterungen der Gemeinschaften führten dazu, dass für alle hinzukommenden Sprachen ebenfalls das Prinzip der Gleichwertigkeit eingefordert wurde, sodass die Europäische Union heute 24 Amts- und Arbeitssprachen zählt.

Die Arbeitsweise der Europäischen Organe ist wesentlich von der institutionalisierten Vielsprachigkeit geprägt. Im Europäischen Parlament werden die Debatten unter Berücksichtigung des gesamten Europäischen Sprachenspektrums geführt und Dokumente und Urkunden in alle Sprachen übersetzt. Dadurch kommt es jedoch zu erheblichen Kosten für Dolmetsch- und Übersetzungsdienste und zeitlichen Verzögerungen in der Herausgabe von Schriftstücken. Die internen Arbeitsregeln der Kommission sehen hingegen die Verwendung von lediglich drei Arbeitssprachen, nämlich Deutsch, Englisch und Französisch vor, weichen also aus Praktikabilitätsgründen von der Ratsverordnung zur Sprachenfrage ab. Die Statistiken zeigen, dass die Verwendung des Englischen tendenziell weiter zunimmt und dass dieser Prozess seinen Gipfelpunkt noch nicht erreicht haben dürfte.

Hat diese Monopolisierungstendenz gewisse Vorteile für eine schnelle und ökonomische Kommunikation, so birgt der drohende Verlust der Sprachenvielfalt aber auch schwerwiegende Nachteile in sich, da die Handhabung vielfältiger, verschiedener Grammatikstrukturen im Allgemeinen ein wesentlicher Faktor für hochkreative Denkstrukturen sein

dürfte. Der Sprachenverlust würde sich aber auch auf der Ebene der Begriffsvielfalt negativ auswirken. Wenngleich die modernen Nationalsprachen einen langen Prozess der relativen Angleichung der Denotationen hinter sich haben, stellen die begrifflichen Konnotationen nach wie vor einen großen inhaltlichen Reichtum dar. Im Bewusstsein dieses sprachlich-kulturellen Erbes verfolgt die Europäische Union auf offiziell-diskursiver Ebene auch für die Zukunft das Prinzip der Gleichrangigkeit der Sprachen, wie auch Artikel 7 des Reformvertrages klar zum Ausdruck bringt: „Dieser als ‚Vertrag von Lissabon' bezeichnete Vertrag ist in einer Urschrift in bulgarischer, dänischer, deutscher, englischer, estnischer, finnischer, französischer, griechischer, irischer, italienischer, lettischer, litauischer, maltesischer, niederländischer, polnischer, portugiesischer, rumänischer, schwedischer, slowakischer, slowenischer, spanischer, tschechischer und ungarischer Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist." (Art. 7 Vertrag von Lissabon)

Der in Artikel 22 der Charta der Grundrechte der EU positivierte Grundsatz der Vielfalt („Die Union achtet die Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprachen.") und das damit in enger Verbindung stehende Diskriminierungsverbot auf Grund der Sprache, gilt nicht bloß für die 24 Amtssprachen der Union, sondern nimmt in der neueren Entwicklung mindestens implizit ebenso auf die Regional- und Minderheitensprachen innerhalb des Unionsgebietes Bezug. (Art. 1 EUV)

Auch wenn alle Sprachen in dieser rechtlichen Sicht gleichwertig sind, so unterscheiden sie sich jedoch in ihrer historisch gewachsenen Ausdrucks- und Kommunikationsfähigkeit beträchtlich. Europa hat verschiedene Hochsprachen entwickelt, ohne die das Europäische Erbe nicht weitergeführt werden kann: „Die europäischen Hochsprachen bedürfen [...] auch der besonderen Aufmerksamkeit der nationalen und europäischen Sprachenpolitik. Hochsprachen sind [...] für die sprachliche und kulturelle Vielfalt Europas wichtiger als andere Sprachvarietäten und solche Sprachen, die (noch) keine Hochsprachen ausgebildet haben. [...] Das Hauptargument ist, dass in den europäischen Hochsprachen und ihren Vorformen besonders große und bedeutsame Anteile des Gedächtnisses, des kulturellen Erbes der Nationen und damit Europas insgesamt bewahrt sind und dass sie im Besonderen dazu geeignet sind, dieses Erbe weiterhin zu mehren." (Stickel, 2008, 81) In diesem Sinne ist im Jahre 2003 die *European Federation of National Institutes for Language* (EFNIL) gegründet worden, eine Netzwerkorganisation von Sprachakademien und zentralen Sprachinstituten aus den Ländern der EU, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die sprachliche Vielfalt insbesondere der Hochsprachen zu wahren und weiterzuentwickeln.

Die Sicherstellung der nunmehr einen besonderen Wert darstellenden sprachlichen Diversität richtet sich nicht zuletzt gegen die im Kontext der Europäischen Organe und ihrer Kommunikation mehr und mehr an Überhand gewinnende englische Sprache, deren rezeptive und aktive Beherrschung zu einem Schlüsselfaktor für das wirtschaftliche und po-

litische Reüssieren im Unionsraum geworden ist. Gegen die Überdominanz des Englischen als gemeinschaftliche Arbeitssprache könnte eingewandt werden, dass sie den Engländern und Iren einen politischen Machtvorteil zukommen ließe und die Sprecher der anderen Europäischen Nationalsprachen massiv benachteilige. Die Wiener Anglisten Barbara Seidlhofer und Herbert Schendl treffen hier aber eine feinsinnige Unterscheidung: „Das Besondere an diesem Prozess ist jedoch, dass es nicht das muttersprachliche Englisch der Briten oder der Iren ist, das hier in den europäischen Konferenzen weite Verbreitung findet, sondern nicht-muttersprachliches Englisch. [...] Dies bedeutet, dass die weite Ausbreitung des Englischen mit einer Reduktion der Bedeutung seiner Native Speaker einhergeht. Es bedeutet auch, dass dem nicht-muttersprachlichen Englisch ein privilegierter Status zukommt." (Seidlhofer / Schendl, 2009, 31) Es kann trotzdem kritisch angemerkt werden, dass das Europäische Gebrauchsenglisch – diese „lingua segretaria", wie sie der italienische Sprachwissenschaftler Francesco Sabatini nennt (cf. Serianni alla Dante, „Gli alleati dell'italiano", 2009) – doch keine neutrale, von den Muttersprachlern losgelöste Lingua franca darstellt, sondern vielmehr stark mit dem amerikanisch-internationalisierten Englisch, also einem traditionell außer- bzw. übereuropäischen Idiom gleichzusetzen ist. Die alternative Propagierung wenigstens von einer echten obligatorischen Europäischen Mehrsprachigkeit mit produktiv und rezeptiv verschiedenen Kompetenzgraden wäre im Sinne der Absicherung einer minimalen Europäischen Diversität auf der Ebene der Europäischen Institutionen wünschenswert. Eine rege Übersetzertätigkeit trägt ebenfalls zu einer großen Sprachkreativität bei, was die Europäische Union auszeichnet und weiter auszeichnen soll.

## Der Faktor der Textkanonisierung

Eine Gemeinschaft konstituiert ihre Identität diskursiv auch durch eine gemeinsame Texttradition, die in den Nationalstaaten zur sogenannten Nationalliteratur geführt hat. Es werden immer wieder entsprechend neue Texte geschaffen, alte werden neu bewertet und im Sinne der Gruppenidentität interpretiert. So können ein Kanon und eine selektive Literaturgeschichte entstehen.

Der deutsche Romanist Ernst Robert Curtius (1886–1956) hat in seinem Werk *Europäische Literatur und lateinisches Mittelalter* einen besonderen Blickwinkel auf die Literatur Europas entwickelt: Für ihn ist der Bezugspunkt von Kultur und insbesondere Literatur nicht ein einzelner Staat bzw. die Nationalliteratur, sondern vielmehr Europa in seiner Gesamtheit. Konsequenterweise lehnt Curtius all jene Tendenzen ab, die versuchen, nationale Geschichtsschreibungen und Literaturgeschichten gegeneinander abzugrenzen: „Europa ist nur ein Name, ein ‚geographischer Ausdruck' (wie Metternich von Italien sagte),

wenn es nicht eine historische Anschauung ist. Das kann aber nicht die altmodische Geschichte unserer Lehrbücher sein. Für sie existiert ja überhaupt keine europäische Geschichte, sondern nur ein Nebeneinander unverbundener Völker- und Staatengeschichten. Die Geschichte der heutigen und gestrigen Großmächte wird in künstlicher Isolierung vom Standpunkt der nationalen Mythen und Ideologien gelehrt. So wird Europa in Raumstücke zerlegt. Durch die Einteilung in Altertum, Mittelalter, Neuzeit wird es außerdem in Zeitstücke zerteilt." (Curtius, 1961, 16) Das Europa kulturell einigende Band sieht Curtius vornehmlich in der gemeinsamen lateinisch-klassischen Tradition.

Ein zweites einigendes Moment sei nach Curtius das Christentum, welches seit seiner Erhebung zur Staatsreligion im Römischen Kaiserreich nicht nur enorme räumliche Ausdehnung, sondern auch einen bedeutsamen Machtzuwachs erfahren hat. Im 16. Jahrhundert treten neue, aber wiederum Europa als Ganzes erfassende Strömungen auf: Humanismus, Renaissance, Reformation und Gegenreformation. Beide Quellen der Traditionsstiftung – lateinische Sprache und christliche Religion – bringen bedeutsame und bis heute fortwirkende Texte hervor. Die so entstandene literarische Tradition teilen die europäischen Völker als ein universales Erbe: Über Jahrhunderte hat sich ein Schatz an gemeinsamen Formen wie Textgattungen, Metaphern, rhetorischen und metrischen Formen, Stoffen, Interpretationsmethoden gebildet, die trotz sprachlicher und im Detail liegender kultureller Unterschiede und Vielfalt die Basis und Tradition für einen Kulturdiskurs darstellen, sodass man heute oftmals nicht wahrnimmt, dass die nationalen Dichtungen eigentlich gesamteuropäische Werke sind. „Die ‚zeitlose Gegenwart', die der Literatur wesensmäßig eignet, bedeutet, dass die Literatur der Vergangenheit in der jeweiligen Gegenwart stets mitwirksam sein kann. So Homer in Virgil, Virgil in Dante, Plutarch und Seneca in Shakespeare, Shakespeare in Goethes ‚Götz von Berlichingen', Euripides in Racines und Goethes ‚Iphigenie'. Oder in unserer Zeit Tausendundeine Nacht und Calderón in Hofmannsthal." (Curtius, 1961, 25)

Seit den 1980er Jahren entstehen Literaturgeschichten und Anthologien, die nicht mehr rein national, sondern stärker europäisch ausgerichtet sind. Als gelungenes Beispiel sei das vierbändige Werk *Collection textes et contextes* (1985–1987) von Christian Biet, Jean-Paul Brighelli und Jean-Luc Rispail genannt, das neben der französischen Literatur unter anderem auch große Autoren der italienischen, spanischen und englischen Literatur vorstellt. In jüngster Zeit gibt es Versuche, die europäische Literatur ohne einzelstaatlichen Ausgangspunkt in einer Synthese zu präsentieren, wie das Werk *Schnellkurs Europäische Literatur* von Gertrud Lehnert. Der Aufbau der Darstellung zeigt dennoch, dass einzelne Nationalliteraturen in bestimmten Epochen (Elisabethanische Literatur, Siglo de Oro, Grand Siècle) eine gewisse Vorrangstellung innehatten. Diese Versuche spiegeln sich auch in der universitären Lehre wider. So bietet etwa die Johannes Gutenberg Universität Mainz einen Bachelor-Studiengang mit dem Titel „Europäische Literatur" an, der folgendermaßen an-

gekündigt wird: „Komparatistik / Europäische Literatur ist ein international angelegter, interdisziplinärer literaturwissenschaftlicher Studiengang, an dem die Fächer Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft, Englische Philologie, Deutsche Philologie, Romanische Philologie und Slawische Philologie beteiligt sind. „Europäisch" ist dabei zunächst regional, dann kulturell zu verstehen und meint damit ähnlich wie der traditionelle Begriff „abendländisch" die historisch durch gemeinsame Traditionen begründete Verbundenheit der Literaturen Europas. Diese drückt sich außer in dem gemeinsamen Bezug auf die Antike und die Renaissance in einem einzelne Literaturen übergreifenden Repertoire von Formen, Gattungen, Verfahren, Themen, Motiven und in zahlreichen Austausch- und Rezeptionsprozessen aus. Gegenstand des BA-Studiengangs ist die in diesem Sinn verstandene europäische Literatur vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Ziel des Studiums ist es, ein Bewusstsein für die Vielfalt und den Zusammenhang der europäischen Literatur zu schaffen." (http://www.uni-mainz.de)

Auf Initiative der Europäischen Kommission und unter Beteiligung des Europäischen Buchhändlerverbandes, des Europäischen Schriftstellerkongresses und des Europäischen Verlegerverbandes wurde ein Europäischer Literaturpreis (*European Union Prize for Literature*) gestiftet und am 28. September 2009 in Brüssel zum ersten Mal an zwölf Autoren und Autorinnen aus zwölf verschiedenen EU-Ländern verliehen. (http://www.culture-blog.de) Ebenfalls wurde das Amt eines Botschafters des Literaturpreises der Europäischen Union zur Repräsentation des Literaturschaffens nach Außen eingeführt. Der für Bildungs- und Kulturagenden zuständige Kommissar (2009) Ján Figel streicht diesen repräsentativen Zweck des neuen Literaturpreises hervor: „Mit diesem Preis werden herausragende europäische Literaturtalente und das, was sie zu bieten haben, ins Rampenlicht gerückt. Die Stärke Europas bei Qualität und Kreativität seiner literarischen Produktion wird auf diesem Wege hervorgehoben." (http://www.euprizeliterature.eu)

## Der Faktor der Institutionalisierung

Nachdem eine Gemeinschaft ihre Eigenständigkeit erkannt und sie über eine gemeinsame Geschichte, Sprache und Literatur belegt hat, tendiert sie dazu, ihr Territorium zu einem selbständigen Staat auszugestalten. Die Institutionalisierung einer Gemeinschaft als Staat umfasst einerseits die Errichtung einer gemeinsamen Ordnung im Rahmen der Verfassungsgebung (Konstitutionalisierung), welche die Rechte und Pflichten der Regierenden und Regierten festschreibt, andererseits auch die Festlegung der den Staat vertretenden Symbole und Insignien mit epideiktischem Charakter.

Die Verträge der Europäischen Gemeinschaften und sodann der Europäischen Union schaffen eine staatsartige Ordnung im materiellen und formellen Sinn mit gemeinsamen

Organen und einer allgemein gültigen rechtlichen Grundlage für weitere gemeinschaftliche und nationale Gesetzgebung und Verwaltung. Die Unionsverträge richten ihren Fokus dabei üblicherweise stärker auf wirtschaftliche und institutionelle und weniger auf kulturelle und identitäre Fragestellungen. Der 2004 präsentierte Verfassungsvertrag jedoch, der bewusst an die Tradition der Verfassungen und deren kohärenzstiftende Grundfunktion rückbindet, kann als bedeutsamer Schritt zur Institutionalisierung einer Europäischen Identität angesehen werden, da er einige Aspekte kollektiver Kohärenz zusammenfasst und ausbaut. So erhalten etwa in Artikel I–8 die gemeinschaftlichen Symbole (Flagge, Hymne, Motto, Währung, Europatag) offiziellen Charakter. U. a. wegen des Widerstandes Großbritanniens gegen die staatsbildende Identität solcher Symbole sind sie zwar im Vertrag von Lissabon nicht enthalten, werden dennoch verwendet.

Die Europaflagge mit 12 goldenen Sternen auf blauem Hintergrund wurde am 9. Dezember 1955 durch einen entsprechenden Beschluss des Ministerkomitees des Europarats angenommen. Ihre Symbolik wurde in den amtlichen Erläuterungen folgendermaßen geschildert: „Gegen den blauen Himmel der westlichen Welt stellen die Sterne die Völker Europas in einem Kreis, dem Zeichen der Einheit, dar. Die Zahl der Sterne ist unveränderlich auf zwölf festgesetzt, diese Zahl versinnbildlicht die Vollkommenheit und die Vollständigkeit (...) Wie die zwölf Zeichen des Tierkreises das gesamte Universum verkörpern, so stellen die zwölf goldenen Sterne alle Völker Europas dar, auch diejenigen, welche an dem Aufbau Europas in Einheit und Frieden noch nicht teilnehmen können." Im Jahre 1985 wurde die Flagge des Europarates als Fahne der Europäischen Gemeinschaften übernommen und sie gilt heute als Symbol der Europäischen Union als Ganze und der Europäischen Kommission im Besonderen. Die übrigen Gemeinschaftsorgane verfügen über eigene Embleme, die sich an die Fahne anlehnen. (http://publications.europa.eu/code/de/de-5000200.htm)

Der Rat der Staats- und Regierungschefs übernahm im Jahre 1985 die Hymne des Europarates für die Europäischen Gemeinschaften. Diese Hymne entspricht der Melodie des letzten Satzes von Beethovens Neunter Symphonie („Ode an die Freude", 1823 vollendet), welche unter Rücksichtnahme auf die Europäische Vielfalt der Sprachen auf einen Text verzichtet. Die unterschiedlichen Arrangements der Hymne wurden von Herbert von Karajan vorgenommen.

Das Motto der Europäischen Union „In Vielfalt geeint" wurde im Jahr 2000 im Zuge eines Wettbewerbs von Schülerinnen und Schülern der damals 15 Europäischen Mitgliedstaaten ausgewählt. Durch diese Vorgehensweise sollten Anknüpfungspunkte an mögliche nationale Devisen vermieden und eine breite Akzeptanz geschaffen werden. Allerdings kann eine gewisse Verwandtschaft dieses Spruchs mit der Devise „E Pluribus Unum" der USA festgestellt werden.

Der Euro als Währung der Europäischen Union wurde zunächst nur als Buchgeld, ab 2002 auch als Bargeld eingeführt. Die konkrete Ausgestaltung von Münzgeld und Banknoten war von durchaus antithetischen Momenten geprägt. Während die Vorderseiten der Münzen überall gleich sind, wahrt man auf den Rückseiten die Tradition der nationalen Motivprägung. Für die Euro-Banknoten legte man ein besonderes Augenmerk auf eine möglichst neutrale Gestaltung, die keinen Ansatzpunkt für zwischenstaatliche Unstimmigkeiten bieten würde. Das wohldurchdachte und schlichte Design des Österreichers Robert Kalina, der als Motive Stilmerkmale der länderübergreifenden Architekturgeschichte (Romanik, Gotik, Renaissance, Barock, Rokoko, Eisen- und Glasarchitektur, Moderne) verwendete, wurde schließlich aus 44 Entwürfen ausgewählt. Gleichzeitig bildet diese Motivwahl durchaus konkrete Merkmale der Europäischen Kulturidentität ab und bietet Ansatzpunkte der Abgrenzung zu anderen Kulturkreisen.

Aber nicht nur Symbole können zeichenhaft für eine Europäische Einheit stehen. Der Verfassungsvertrag etablierte neue politische Machtträger, nämlich das Amt eines Europäischen Außenministers und das eines Präsidenten des Europäischen Rates. Auf diese Weise würden sich emblematische Ämter herausbilden, welche nach Innen als Verantwortungsträger und Identifikationsfiguren, nach Außen als befugte Stellvertreter und Repräsentanten der Union auftreten könnten. Durch die Umbenennung der gemeinschaftlichen Rechtsakte der Union leistete der Verfassungsvertrag einen weiteren Beitrag zur Europäischen Identitätsfindung. Aus den Verordnungen würden Europäische Gesetze, aus den Richtlinien würden Rahmengesetze. Durch eine derartige Terminologie würde den Rechtsakten ein besonderer Nachdruck verliehen, sie erhielten die (ideelle) Gleichwertigkeit mit nationalstaatlichen Normen und würden dadurch von den Bürgern in ihrer Verbindlichkeit besser wahrnehmbar. Dadurch könnte ein echtes Normenbewusstsein bei den Europäern und Europäerinnen geschaffen werden.

Der Prozess der Institutionalisierung der Europäischen Union, der durch den Verfassungsvertrag in besonderem Maß an Dynamik gewonnen hätte, wurde von Teilen der Europäischen Bevölkerung als zu weit gehend wahrgenommen, sodass die Referenden über den Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden ablehnend ausfielen. Die Europäische politische Elite entschied in Folge, den Vertrag von Lissabon als retardierendes Element in den Prozess der Europäischen Institutionalisierung einzubauen, welcher dennoch eine solide (minimalistische) Basis für zukünftige Zusammenarbeit bieten kann. So verzichtet der Reformtext auf staatstypische Symbole, das als „EU-Außenminister" konzipierte Amt wird unter dem wenig eingängigen Namen „Hoher Repräsentant für Außen- und Sicherheitspolitik" geführt. Rat und Parlament erlassen nicht – so wie im Verfassungsvertrag vorgesehen – Gesetze und Rahmengesetze, sondern weiterhin Richtlinien und Verordnungen. Bezeichnend für eine retardierende Tendenz im Institutionalisierungsprozess

der Union ist ferner auch die vorläufige Abwendung von der Bezeichnung „Verfassung" und damit auch von einem Rückbezug auf die Verfassungsidee.

## Der Faktor der Medialisierung

Eine als Staat konstituierte Gemeinschaft konkretisiert und propagiert ihre gemeinsame Kultur über das Schulwesen, die Massenmedien, die Errichtung von Gedenkstätten und die Abhaltung von Feiern und Manifestationen. Dadurch wird die kollektive, oft stereotype Kultur im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger des Staates wach und lebendig gehalten. Eine besondere Bedeutung im Rahmen der Medialisierung kommt der Etablierung von Feier- und Gedenktagen zu, da diese einerseits den Rahmen für Festlichkeiten und kollektive Erinnerungsakte bieten, andererseits ein bestimmtes Datum als zentral für die Gemeinschaft hervorheben.

Als Anfang der Europäischen Gemeinschaften wird bisweilen die Rede des französischen Außenministers Robert Schuman über den Vorschlag zur Begründung einer Produktionsgemeinschaft für Kohle und Stahl angesehen. Der 9. Mai 1950, Tag der Schuman-Erklärung, wurde daher 1985 am Mailänder Gipfel der Staats- und Regierungschefs als Europatag ausgerufen und entspricht einem nationalen Feiertag, an dem nun alljährlich Feiern und Kundgebungen stattfinden und Beamte und Bedienstete der Union frei haben.

Während der Europatag seine mediale Wirkung insbesondere im Binnenraum der Union erfüllt, sind vor allem die Unionssymbole auch wirksame Träger der Europaidee nach Außen. Der Artikel „Das unbekannte Europa als Vorbild" in Die *Presse* vom 20.07.2007 etwa zeichnet die Bedeutung der Europäischen Symbole für die Wahrnehmung Europas als kohärenter Raum mit eigenständiger Identität nach: „Washington. Da weht die Fahne, hoch oben auf dem Mast im Vorgarten des kleinen Hauses in Falls Church an der Kreuzung Vista Drive, Glenmore Drive. Doch es ist nicht etwa die amerikanische Fahne, die man hier im Vorort von Washington alle paar Straßenzüge sieht. Es ist eine blaue Fahne mit zwölf goldenen Sternen. „Ich bin Europäer", erklärt der Hausbesitzer die EU-Fahne in seinem Garten. Man trifft tatsächlich erst in der US-Bundeshauptstadt jemanden, der sich nicht in erster Linie als Österreicher, Deutscher oder Italiener sieht, sondern als Europäer. Der Mann, ein Grieche, muss nicht zum ersten Mal Auskunft über die Fahne geben. Dafür aber muss er zum ersten Mal nicht seine Antwort erklären: „Normalerweise fragen mich die Amerikaner: Was ist ein Europäer, Europa ist doch keine Nation?" Zwar präsentiert sich die Union weiterhin gegenüber Dritten nicht als Nation, in zunehmendem Maß jedoch als kohärente Schicksals- und Errungenschaftsgemeinschaft. Die Jahrhunderte der komplexen und verwobenen Geschichte Europas haben laut Silvio Vietta zur Herausbildung einer europäischen Politik-Ethik – bestehend aus: Demokratie, Öffentlichkeit, Diskurs, Kritik, In-

dividualität, Solidarität, Rechtssicherheit, Nachhaltigkeit, Friedfertigkeit und Wehrhaftigkeit – geführt (Vietta, 2007, 438), welche nunmehr auch das Handeln der Union gegenüber Drittstaaten nachhaltig prägt.

Das konkrete Handeln der Union im globalen Aktionsraum wird insbesondere vom paneuropäischen Fernsehsender *Euronews* dokumentiert und medial aufbereitet. Der Sender mit Sitz in Lyon ist eine Kooperation von über 20 öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten Europas, die seit 1993 im halbstündlichen Takt Nachrichten gefolgt von Wirtschaftsmeldungen und sonstigen Magazinen sendet. Auf Grund eines relativ restringierten Budgets ist der Sender auf die Bilder und Beiträge der nationalen Fernsehanstalten und internationalen Nachrichtenagenturen angewiesen. Die Sendungen werden auf Englisch, Französisch, Deutsch, Italienisch, Portugiesisch, Spanisch, Russisch und Arabisch, seit 2010 auch Türkisch, ausgestrahlt. Wenngleich schon diese Liste der Sprachen anzeigt, dass das Euronews-Projekt den Raum der Europäischen Union stark überschreitet, so bestehen dennoch unmittelbare Verbindungen zur Europäischen Union, wie etwa durch Verträge mit der Kommission über die Ausstrahlung unionsrelevanter Beiträge.

Auch im Zeitalter der Prädominanz elektronischer und virtueller Medien darf der Begriff der Medialisierung nicht auf ebendiese eingeengt werden. Als besonders nachhaltig erweist sich nach wie vor ein möglichst direkter Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern. Nicht zuletzt aus diesem Grund errichtet die Europäische Union in den einzelnen Mitgliedstaaten Vertretungen als Anlaufstellen für Interessierte, denen über Informationsbroschüren und Kurzpublikationen Einblicke in die vielfältigen Facetten der gemeinschaftlichen Politik gewährt werden sollen. Das Informationsbüro des Europäischen Parlaments und die Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich etwa sind seit Juli 2009 in einem eigenen, zentral gelegenen und damit äußerst repräsentativen *Haus der Europäischen Union* untergebracht. Die Inhalte der dort erhältlichen Broschüren umfassen einfache Erläuterungen zum aktuellen Europäischen Primärrecht (insbesondere zum Vertrag von Lissabon), zum organisatorischen Aufbau der Union bzw. zur Arbeitsweise der gemeinschaftlichen Organe (z.B. *Wie funktioniert die Europäische Union?; Europa in 12 Lektionen*), zur Europäischen Mehrsprachigkeit und ihrer Bedeutung (z.B. *Mehrsprachigkeit. Eine Brücke der Verständigung; Viele Sprachen für ein Europa; A field guide to the main languages of Europe*), zur Erweiterung der Union (z.B. *Die Erweiterung verstehen. Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union*) sowie zu den politischen Errungenschaften der Union (z.B. *50 Wege vorwärts. Europas größte Erfolge*).

Besonders bedeutsame Medialisierungen können in diesem Zusammenhang die pädagogisch-didaktischen Aufbereitungen zur Propagierung kollektiver Identitäten im schulischen Kontext sein. Die von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebene Schüler-

broschüre *Entdecke Europa!* (http://europa.eu/europago/explore/index.htm) geht in ihrer Darstellung der gemeinschaftlichen Identität im Prinzip nicht wesentlich anders vor, als es unser Schema der (supra)staatlichen Identitätsfindung vorzeichnet. Begonnen wird mit der Explizierung, dass Europa und die Europäer trotz bestehender Verschiedenheiten eine Einheit darstellen: „Wir kommen aus verschiedenen Ländern und sprechen unterschiedliche Sprachen, aber dieser Kontinent ist unsere gemeinsame Heimat" (Bewusstwerdung). Nach einer Präsentation einer physischen Karte Europas (in einer traditionellen Darstellung mit dem Ural als naturgegebener Grenze) finden sich Kurztexte etwa zu bedeutsamen europäischen Seen und Flüssen, zu Klima und Natur, und zur Landwirtschaft (Territorialisierung). Daran schließt eine schlaglichtartige Auswahl von Ereignissen und Epochen der europäischen Geschichte, sowie eine Auswahl von 40 bedeutsamen Europäern an (Historisierung, kulturelle Leistungen). Die folgende Darstellung der europäischen Sprachen beschränkt sich vorwiegend auf die Herausstreichung der drei vorherrschenden Sprachfamilien (germanisch, romanisch, slawisch), weist aber auch auf die Vielzahl der aus sprachwissenschaftlicher Sicht eher isoliert stehenden Sprachen in Europa hin (Antwort auf die Sprachenfrage). Zentral im argumentativen Verlauf der Broschüre mutet das Kapitel über „eine Völkerfamilie" an, welches nicht nur auf das über Jahrtausende geteilte Schicksal der Menschen anspielt, sondern ebenso auf die ethnische Durchmischung und die Interdependenz der vielfältigen Bräuche und Traditionen, sowie die gemeinsam geteilten Wertvorstellungen. All diesen Gemeinsamkeiten zum Trotz habe es Krieg und Zerstörung gegeben, welche in Hinkunft nur durch die Zusammenarbeit im Schoße der Europäischen Union ausgeschlossen werden könnten. Danach wird die Geschichte der Unionswerdung aufgebaut und ihre Funktionsweise skizziert (Historisierung, Institutionalisierung). Informationen über die Interaktion der Union mit ihren Nachbarstaaten werden zum Abschluss gegeben (Globalisierung).

## Der Faktor der Globalisierung

Jahrhunderte lang strebten die Staaten Europas danach, ihre Machtstellung auf außereuropäischen Gebieten zu behaupten und auszubauen. Wenngleich die Staaten in ihrer kolonisierenden Tätigkeit von ureigenen ökonomischen und geostrategischen Interessen angetrieben waren, so verbreiteten sie dennoch nicht zuletzt über ihre Sprachen europäisches Wissen und Gedankengut. Der Kolonialismus mit dem Zurückdrängen indigener Kulturen kann also zu einem großen Teil als ein globalisierendes europäisches Phänomen angesehen werden.

Nach dem Ersten und insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg kommt es mit dem Erstarken der USA und der UdSSR auch in zunehmenden Maß zu einer Auseinanderentwicklung der europäischen Staaten in Ost und West. Dies führte dazu, dass Europa an welt-

politischem Gewicht verlor. Die sich etablierenden Europäischen Gemeinschaften blieben über Jahrzehnte auf die Staaten Westeuropas beschränkt, erst die Erweiterungen ab 2004 gaben der Europäischen Union die Gestalt einer gesamt-europäischen Vereinigung. Parallel zu der räumlichen Expansion der Gemeinschaft kommt es auch immer stärker zu einem geschlossenen und selbstbewussteren Auftreten der Europäischen Union gegenüber Drittstaaten. Die Einführung des Euro, der sich rasch als eine der Weltwährungen etablieren konnte, trug ebenso zu einem erstarkenden Selbstbewusstsein der Unionseuropäer auf dem internationalen Parkett bei. Immer deutlicher wird die EU zu einer globalen Großmacht, die nunmehr auch von den Vereinigten Staaten und von Russland als solche wahrgenommen wird (Falkner / Müller, 2013). Nicht zufällig bekommt die gemeinsame Außenpolitik durch den Lissabonner Vertrag eine prädominante Rolle verliehen, sei es, dass das Amt des Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik eine politische Aufwertung erfährt, sei es, dass in den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) das „Auswärtige Handeln der Union" als neuer fünfter Teil eingefügt wird, während außenpolitische Regelungen bislang hauptsächlich nur im Vertrag über die Europäische Union (EUV) geregelt waren. Die EU als globaler Politikgestalter wird neuerdings auch von China deutlicher wahrgenommen, wie der Besuch des chinesischen Staats- und Parteichefs Xi Jinping am 31. März 2014 in Brüssel zeigt: „Xis Besuch bei der EU dürfte zum chinesischen Verständnis eines Staatenbundes beitragen, dessen Vielstimmigkeit und gelegentlich langsame Routine China immer wieder irritiert. Noch stehen aber die wirtschaftlichen Beziehungen, derzeit etwa die Verhandlungen über ein Investitionsabkommen, im Vordergrund." (Ackeret, 2014, 5)

Diese zunehmende Vormachtstellung der EU auf dem weltpolitischen Parkett bringt auch eine gewisse Vorbildrolle der Union mit sich, die sich etwa in der 2000 abgefassten Grundrechtecharta der Europäischen Union manifestiert, welche nicht nur die Rechte der Unionsbürgerinnen und -bürger, sondern weit darüber hinaus auch allgemeine Grund- und Menschenrechte festschreibt. Diese allgemeinen Prinzipien wie die Achtung der Würde des Menschen, das Recht auf Freiheit und Sicherheit oder die Verbote von Sklaverei, Folter und Zwangsarbeit hegen durchaus Ansprüche auf globale Geltung. Internationale humanitäre Hilfe und friedenssichernde Maßnahmen seitens der Europäischen Union sind ebenso als Kennzeichen einer immer stärkeren Globalisierung der Gemeinschaft zu deuten.

## Ausblick

Die Etablierung eines immer stärker einheitlichen, und die Bürger und Bürgerinnen direkt bindenden Rechtssystems, das zunehmend Vorrang vor den ehedem souveränen nationalen Normgeflechten genießt, ist als fortgeschrittenes Stadium auf dem Weg der Union zu

einem übernationalen Staat im positivrechtlichen Sinn zu sehen. Dieser Entwicklung stehen die nationalstaatlichen Traditionen gegenüber, was die Europäische Union zu einem dynamischen Spannungsfeld von politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Tendenzen macht. Die Bürger und Bürgerinnen der EU müssen sich heute zwischen unionseuropäischer Zentripetalität und nationaler, bisweilen auch regionaler Zentrifugalität bewegen. Für die weitere Etablierung der Union muss diese ihren Bürgern und Bürgerinnen nicht nur allgemeine Verhaltensnormen vermitteln, sondern ihnen auch kulturelle und identitäre supranationale Rückbindungen erlauben, die sie als Gruppe integriert und nach Außen hin abgrenzt.

Die Etablierung einer Europäischen Identität ist also ein wesentlicher Schritt im Prozess der Europäischen Zusammenarbeit und Integrierung. Problematisch erweist sich diese Identitätsstiftung jedoch insbesondere durch die weiterhin bestehenden, starken und oft stereotypen nationalen Identitäten: „Die Vorstellung einer als „Staatsvolk" geeinten und so zur Rechtsgemeinschaft gewordenen Gesellschaft erscheint mit Blick auf die europäischen Nationen also einigermaßen problematisch." (Rossen-Stadtfeld, 2006, 16) Die Nationalidentitäten werden – obschon junge Phänomene in geschichtlichen Dimensionen betrachtet – von vielen Menschen noch als Ursprung und Anker individueller Identität angesehen. Diese Dominanz des nationalen Zugehörigkeitsgefühls für die individuelle Identitätskonstruktion lässt es nur schwerlich zu, Nationalismen zu Gunsten eines suprastaatlichen Kohärenzgefühls abzubauen. Dementsprechend zögerlich und vorsichtig gehen die Europäischen Eliten in ihrer Konstruktion einer Europäischen Identität vor. Der Versuch einer frühen Definition Unionseuropäischer Gemeinsamkeit gelang zwar ansatzweise 1973 im Dokument von Kopenhagen, zahlreiche offene Punkte wurden aber auf einen späteren Zeitpunkt vertagt: „Sie [die neun damaligen EG-Staaten; Anm.] haben die nähere Bestimmung dieser Identität in eine dynamische Perspektive gestellt und beabsichtigen, sie zu einem späteren Zeitpunkt im Lichte der Fortschritte beim europäischen Einigungswerk zu vertiefen." (Kopenhagen 1973)

So wie dereinst auf nationaler Ebene, so ist auch im Kontext der Europäischen Union die politische und geistige Elite Ausgangspunkt der Bewusstwerdung gemeinsamer Merkmale und fürderhin Angelpunkt des sukzessiven Aufbaus einer supranationalen Identität. Nach wie vor sind aber hauptsächlich Politiker und Wirtschaftstreibende die federführenden Kräfte des Europäischen Einheitsgedankens, während noch ein nicht zu vernachlässigender Teil der Unionsbürger und -bürgerinnen eine generelle EU-Skepsis an den Tag legt. Die Medialisierung des Identitätsdiskurses muss deutlich verstärkt werden.

Der Versuch, der Europäischen Union und ihren Bürgern und Bürgerinnen eine Verfassung und damit ein wesentliches Manifest ihrer gemeinsamen Identität zu geben, ist zumindest zum Teil noch nicht gelungen. Dennoch setzt der Vertrag von Lissabon als neueste rechtliche Grundlage des Europäischen Gemeinwesens zahlreiche, wenn auch zurückhal-

tende Akzente in Richtung einer sich verdichtenden gemeinsamen Identität, nicht zuletzt durch die Einführung zentraler politischer Ämter, wie jenes des Präsidenten des Europäischen Rates und des gemeinsamen „Außenministers". Für überzeugte transnationale Europäer bleibt es zu wünschen, dass die Europäische Union die Idee einer auf das Wesentliche und Grundsätzliche konzentrierten Europäischen Verfassung in näherer Zukunft wieder aufgreift und so einen symbolischen Schlussstein auf das Gebäude der transnationalen Europäischen Identitätskonstruktion setzt.

Der vorliegende Essay ist eine Bearbeitung des Kapitels *Europäische Identitätsfindung* aus dem Buch *Wege zur Europäischen Identität. Individuelle, nationalstaatliche und supranationale Identitätskonstrukte* von M. Metzeltin und Th. Wallmann (Berlin 2010).

## Bibliographie:


Markus Ackeret, Chinesische Annäherung an die EU, NZZ, 2. April 2014, 5.

Charles-Olivier Carbonell / Dominique Biloghi / Jacques Limouzin, Frédéric Rousseau / Joseph Schultz, Una historia europea de Europa. ¿de un Renacimiento a otro? (Siglos XV–XX), 2001; französische Fassung 1999.

Peter Cichon, Spanisch als Europasprache, in: Historische Sozialkunde. Geschichte – Fachdidaktik – Politische Bildung, Heft 3 2009, 12ff.

Ernst Robert Curtius, Europäische Literatur und lateinisches Mittelalter, Bern, Franke, 1948 / 31961

Gerda Falkner / Patrick Müller (Hgg.), EU Policies in a Global Perspective, London, Routledge, 2013.

Joschka Fischer / Fritz Stern, Gegen den Strom. Ein Gespräch über Geschichte und Politik, München, Beck 2013, 71, bezüglich des EU-Prozesses.

Hans-Dietrich Genscher, Auch Russland ist Europa!, Tagespiegel, 11. März 2008.

Susan George, Nous, peuples d'Europe, Paris 2005, 132f.

Harold James, Riskantes Bankenhelfer-Syndrom. Interview in: Kurier, 10. September 2013, 9.

Hans Kelsen, Allgemeine Staatslehre, Wien, 1925, 138.

Gertrud Lehnert, Schnellkurs Europäische Literatur, Köln, Dumont, 2006.

Michael Mitterauer, Est Europa nunc unita. Latein als Europasprache, in: Historische Sozialkunde. Geschichte – Fachdidaktik – Politische Bildung, Heft 3 2009, 6.

Helge Rossen-Stadtfeld, Demokratische Staatlichkeit in Europa, in: Bogdan Iancu (Hg.), The EU

as the Paradigm of Future European Statehood, Bukarest, New Europe College, 2006, 16.

Wolfgang Schmale, Geschichte und Zukunft der Europäischen Identität, Stuttgart, Kohlhammer, 2008, 21.

Ulrich M. Schmid, Mit oder gegen Russland?, NZZ, 13. März 2014, 24.

Barbara Seidlhofer / Herbert Schendl, Englisch als europäische Verkehrssprache, in: Historische Sozialkunde. Geschichte – Fachdidaktik – Politische Bildung, Heft 3, 2009, 28.

Timothy Snyder, Integration, Gegenintegration, Desintegration. Was das Habsburgerreich zusammenhielt, warum es zerfiel und was die EU daraus lernen kann, NZZ, 21. Dezember 2013, 25–26, bezüglich des Interesses der kleineren Staaten Osteuropas an der EU.

Gerhard Stickel, EFNIL – Für die Vielfalt der europäischen Hochsprachen, in: Angelika Redder / Konrad Ehlich (Hgg.), Mehrsprachigkeit für Europa – sprachen- und bildungspolitische Perspektiven, Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie 74, Duisburg, 2008, 81.

Gerald Stourzh (Hg.), Annäherungen an eine europäische Geschichtsschreibung, Wien, ÖAW, 2002, IX–XX.

Silvio Vietta, Europäische Kulturgeschichte. Eine Einführung, Paderborn, Wilhelm Fink, 2007, 438.

Internetlinks:

http://www.europarl.europa.eu/pdf/eurobarometre/2013/election/EB79.5%20EP%20EUROBAROMETER%20DE%20(DE).pdf

http://www.europa.clio-online.de/Portals/_Europa/documents/fska/Q_2005_FS6-01.pdf

http://www.robert-schuman.eu/fr/declaration-du-9-mai-1950

http://www.cvce.eu/obj/erklarung_von_robert_schuman_paris_9_mai_1950-de-9cc6ac38-32f5-4c0a-a337-9a8ae4d5740f.html

http://www.uni-mainz.de/studium/23528.php

http://www.culture-blog.de/europaeischer-literaturpreis-2009-eu-schriftsteller/

http://www.euprizeliterature.eu/news-dutch.html

http://publications.europa.eu/code/de/de-5000200.htm

http://europa.eu/europago/explore/index.htm

http://europa.eu/europago/explore/init.jsp?language=de

Serianni alla Dante, Gli alleati dell'italiano, 25. September 2009:
http://www.lacompagniadellibro.tv2000.it/home_la_compagnia_del_libro/lingua_italiana/00000751_Serianni_alla_Dante__Gli_alleati_dell_Italiano.html

▶ Oliver Jens Schmitt

## Europäische Geschichte als Geschichte seiner Regionen – eine Perspektive aus dem Südosten des Kontinents[1]

Oliver Jens Schmitt ist Professor für Geschichte Südosteuropas an der Universität Wien, seit 2011 wirkliches Mitglied der philosophisch-historischen Klasse der ÖAW.

1992 erreichte die Vorstellung eines „Europa der Regionen" ihren Höhepunkt, als im Vertrag von Maastricht regionalpolitischen Forderungen insbesondere deutscher Bundesländer Folge geleistet wurde. Zwanzig Jahre später ist von den Plänen, Europa ergänzend zu den Nationalstaaten auch eine regionale Dimension zu verleihen, der „Ausschuss der Regionen" verblieben, der kaum über Einfluss verfügt. Die Region ist in der Europäischen Union primär eine Planungseinheit. Als solche wird sie auch auf jene Staaten Ostmittel- und Südosteuropas übertragen, die der Union in den letzten zehn Jahren beigetreten sind. „Region" weist in der jüngeren europäischen Geschichte vorwiegend zwei Dimensionen auf: eine kulturhistorische mit politischem Potential, sowie eine planerische mit administrativer Funktion. Beide können sich überlappen und weisen dabei die Möglichkeit zum Konflikt auf. Im Jahre 2014 sind im Westen wie im Osten des Kontinents Begriffe wie „Region" und „Regionalismus" wieder von brennender Aktualität: die Unabhängigkeitsreferenden in Schottland und Katalonien auf der einen Seite, die Forderungen Russlands nach einer Regionalisierung der Ukraine auf der anderen Seite verwenden zwar denselben Begriff, stehen aber in konträrer politischer Tradition. Über den Diskussionen um einen Separatismus von innen im Westen des Kontinents und eine Instrumentalisierung von Dezentralisierung und Regionalisierung von außen, d.h. die russische Großmachtpolitik, verliert man leicht aus dem Blick, dass die Einführung von Planungsregionen durch die Europäische Union in Staaten mit zentralistischem Aufbau und ausgeprägter Separatismusfurcht wie etwa Rumänien oder Kroatien auf wenig Gegenliebe stößt und vorwiegend umgesetzt wird, um europäische Fördermittel zu erlangen.

Wer heute von „Region" im Zusammenhang europäischer Geschichte spricht, muss sich diese Dimensionen der Diskussion vor Augen halten. Sie sind aber bei weitem nicht die einzigen Ideologisierungen des Begriffs, die zu besprechen sind, bevor die Frage aufge-

[1] Vorliegender Text ist aus dem Vorhaben „Das Südosteuropa der Regionen" der Balkan-Kommission/Kommission Südosteuropa–Türkei–Schwarzmeerraum hervorgegangen; die wissenschaftliche Leitung lag bei Michael Metzeltin und Oliver Jens Schmitt.

worfen werden kann, wie sinnhaft eine regionale Betrachtungsebene für europäische, in unserem Zusammenhang besonders südosteuropäische Geschichte, wirklich ist. „Das Europa der Regionen" wurde in der Zwischenkriegszeit besonders von französischsprachigen Denkern entworfen, dem russischen Emigranten Alexandre Marc und dem Schweizer Denis de Rougement. Die lange Zeit bestimmende französische Diskussion wurde von spezifisch französischen Konstellationen geprägt: Die Region sollte den zentralistischen Nationalstaat in der Tradition der französischen Revolution ablösen oder doch schwächen. J. Charles-Brun, der 1900 die „Fédération régionaliste française" schuf, stand unter dem Einfluss rechtskonservativer und nationalistischer Vordenker wie Maurice Barrès oder Charles Maurras: Es ging um einen *„regain de vie organique"*, eine *„renaissance des races"*, die aber den Nationalstaat nicht in Frage stellten.[2] Marc und Rougemont gingen nach den Erschütterungen des Ersten Weltkriegs deutlich weiter. Die Denker des „Ordre nouveau", Vertreter eines „Dritten Weges", forderten eine *„décentralisation révolutionnaire fondée sur un régionalisme social, terrien et culturel"*[3]. Dieser „revolutionäre Föderalismus" wandte sich gegen Bolschewismus, Faschismus wie Liberalismus, dessen Individualismus abgelehnt wurde. Nach 1945 entwickelte der Völkerrechtler Guy Héraud einen ethnischen Regionalismus, der von rechtspopulistischen Parteien in west- und mitteleuropäischen Ländern aufgegriffen wurde. „Region" und „Regionalismus" sind so auch ein wichtiges Projekt konservativ-nationaler Denker. Die spezifisch französische Tradition einer regionalistischen antijakobinischen Rechten aber findet sich in anderen nationalen Regionsdebatten weniger oder kaum. Im deutschen Kontext wurde nach 1945 versucht, über die Stärkung regionaler Zusammenarbeit nationale Gegensätze abzuschwächen, so etwa am Oberrhein; zum anderen wurde Regionalismus im nichtethnischen Sinne eines ausgeprägten Föderalismus gefördert. Und letztere Bewegung trug maßgeblich zur Verankerung der regionalen Ebene im Vertrag von Maastricht bei. Während grenzüberschreitende Regionalprojekte weitgehend bürokratische Unternehmungen geworden sind, erweist sich innerstaatlicher Regionalismus, der politisch bereits territorialisiert ist, als politisch handlungsfähig und gesellschaftlich mobilisierend.

Wer also die Frage der Sinnhaftigkeit eines regionalgeschichtlichen Zugangs wählt, befindet sich 2014 anders als noch 2008 in einem intellektuellen Umfeld, das durchaus emotional mit diesem Begriff umgeht.[4]

---

[2] Undine Ruge, Die Erfindung des „Europa der Regionen". Kritische Ideengeschichte eines konservativen Konzepts. Frankfurt am Main/New York 2003, 64–65.

[3] Ruge, Erfindung 71.

[4] Sabine Riedel, Regionaler Nationalismus. Aktuelle Gefahren für die Europäische Integration. SWP-Studie. Stiftung Wissenschaft und Politik. Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. Berlin

Die Geschichtswissenschaft, die Geographie, die Politikwissenschaft bieten eine Fülle von Definitionen für den Terminus Region. Geographen definieren Regionen nach naturräumlichen Gegebenheiten (Küstenregion, Bergregion usw.), nach wirtschaftlichen Kriterien und nach politisch-administrativen Gesichtspunkten (Planungsregionen, Funktionsregionen)[5], während die geisteswissenschaftliche, vor allem die historische Forschung ihr Augenmerk kulturellen Faktoren zuwendet, wobei sie sich mit Teilen der Kulturwissenschaften trifft: hier wird „Region" als Raumkonstrukt verstanden, an das Identitätsformen, Wertevorstellungen, Lebenswelten gebunden sind, die bewusst an einer kleineren Raumeinheit als der Nationalstaat festgemacht werden[6]. Region und Regionalismus gelangen hier in Berührung. Vor gut hundert Jahren warnte der französische Geograph Paul Vidal de la Blache davor, allein naturräumliche Kriterien heranzuziehen *„une individualité géographique ne résulte pas de simples considérations de géologie et de climat. Ce n´est pas une chose donnée d´avance par la nature. Il faut partir de cette idée qu´une contrée est un réservoir où dorment des énergies dont la nature a déposé le germe, mais dont l´emploi dépend de l´homme. C´est lui qui, en la pliant à son usage, met en lumière son individualité. Il établit une connexion entre des traits épars ; aux effets incohérents de circonstances locales, il substitue un concours systématique de forces. C´est alors qu´une contrée se précise et se différencie, et qu´elle devient à la longue comme une médaille frappée à l´effigie d´un peuple. Ce mot de personnalité appartient au domaine et au vocabulaire de la géographie humaine*"[7]. Der Begriff der „Region" soll in unserem Zusammenhang bewusst pragmatisch gehandhabt und nicht als statische oder gar ontologische Größe, sondern als Kategorie verstanden werden, die einem steten dynamischen Prozess unterworfen ist, was sich an den oft starken Veränderungen unterliegenden Raumabgrenzungen (oder Abgrenzungsversuchen) von Regionen äußert, die diachron unterschiedlich intensiver diskursiver Aushandlung unterworfen sind. Da gerade Regionen nicht durchgehend an politische Institutionen und deren Territorialisierung gebunden sind, ist eine genaue räumliche Definition in der Regel kaum möglich; diese fehlende Abgrenzung ist vielmehr Regionen ohne institutionelle Tradition

2006 http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2006_S05_rds_ks.pdf.; Waldemar Lilli, Zur Bedeutung nationaler und regionaler Identität in der Verbreitung europäischer Integrationspolitik, in: Thomas Conzelmann / Michèle Knodt (Hgg.), Regionales Europa – Europäisierte Regionen. Frankfurt am Main – New York 2002, 238 – 254, v.a. 242 „gewachsene regionale Hochburgen".

5 Ursula Bauer, Europa der Regionen – zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Wien 1994, 7–8; s. auch Elisabeth Lichtenberger, Europa. Geographie. Geschichte. Wirtschaft. Politik, Darmstadt 2005; sowie Peter Jordan, Großgliederung Europas nach kulturräumlichen Kriterien. Europa regional. 13/4 (2005) 162–173.

6 Rudolf Hrbek, Region, Regionalisierung, Regionalismus, in: Horst Förster (Hg.), Regionalisierung, Regionalismus und Regionalpolitik in Südosteuropa. München 2008, 14.

7 Paul Vidal de la Blache, Tableau de la Géographie de la France. Paris 1908, 26.

inhärent. Deutlich wird auch, wie stark der Konstruktcharakter, genauer die einer Regions-Konstruktion zugrunde gelegten Kriterien, von der wissenschaftlichen Fragestellung abhängig sind.[8] „Region" ist in unserem Fall in besonderem Maße eine „zweckgebundene Raumabstraktion"[9].

Regionalgeschichte ist für West- und Mitteleuropa ein eingeführter Begriff, die deutschsprachige Tradition kennt darüber hinaus die an feste politische Territorien mit starker Tradition der Eigenstaatlichkeit gebundene Landesgeschichte. Warum soll nun der Südosten des europäischen Kontinents eine besondere Beachtung im Rahmen einer regionalgeschichtlichen Debatte erfahren? Dass die Frage einer Regionalgeschichte für die südöstliche Halbinsel Europas im Gegensatz zur südwestlichen – iberischen – und südlichen – der Apenninhalbinsel – noch nicht gestellt worden ist, müsste zwar allein schon zu denken geben, ist aber nicht hinreichend. Grundlegend scheint mir eine europageschichtliche Perspektive: die Frage, nach welchen Raumeinheiten europäische Geschichte geschrieben werden soll und kann, ist für jede europäische Geschichte, die nicht einfach den Westen des Kontinents zur Norm erklärt, zentral. Die Geschichte des östlichen Europas wird heute als Geschichte von Nationalstaaten und Nationen oder als Geschichte multiethnischer Imperien geschrieben, in beiden Fällen sind die ideologischen Haltungen, die hinter diesen Zugängen stehen, offenkundig. Nach der Klärung allgemeiner ideologischer Befrachtung des Regionsbegriffs scheint die Frage nach seiner Anwendbarkeit in einem gesamteuropäischen Rahmen legitim. Eine solche Operation muss aber unter mehreren Kautelen erfolgen: Region ist ein im Westen und der Mitte des Kontinents entwickelter und gelebter Begriff. Die Gefahr eines mechanischen Transfers liegt auf der Hand. Ein reflektierter Umgang mit dem Begriff, vor allem aber die Frage nach Regions- und Regionalismusdiskursen im europäischen Südosten sollen dem vorbeugen. Zur reflektierten Begriffsverwendung gehört auch, jegliche Essenzialisierung von Raumkonstrukten zu vermeiden und die erheblichen Vorbehalte ernst zu nehmen, die in vielen Staaten Südosteuropas regionalgeschichtlichen Ansätzen und regionalkulturellen Strömungen entgegengebracht werden, die als negativer Faktor für die nationalstaatliche Einheit gelten.[10]

---

[8] Paul Stubbs / Christophe Solioz, Regionalisms in South East Europe and Beyond, in: Paul Stubbs / Christophe Solioz (Hgg.), Towards Open Regionalism in South East Europe. Baden-Baden 2012, 15–48, hier 17.

[9] Detlef Schmiechen-Ackermann / Thomas Schaarschmidt, Regionen als Bezugsgröße in Diktaturen und Demokratien. Comparativ 13/1 (2007), 7–16, hier 9.

[10] Als Beispiele sei die Konferenz zu „Regionalismus und Regionalisierung" in Rumänien angeführt, die im Mai 2013 von der Universität Iași veranstaltet worden ist. Siehe: Regionalism și regionalizare în România. Interpretări istorice și provocări contemporane, hg. von Centrul de Studii asupra Comunismului și Postcomunismului sowie Societatea de Studii Istorice din România. Iași 2013. Vgl. auch Jozsef Benedek, Raum-

Raumbezogene Identität als Regionalismus muss aber nicht unbedingt gegen den Nationalstaat gerichtet sein; vielmehr kann Regionalismus auch ergänzend (aber eben nicht ersetzend) zu nationalen Raum- und Identitätsentwürfen auftreten. Diese Beobachtung nuanciert eine in der älteren Forschung festzustellende dichotomische Entgegensetzung von Nation(alstaat) und Region.[11] Wie die meisten Formen von Identitätsbildung ist Regionalismus durch Einschluss und Ausschluss gekennzeichnet, Mechanismen, die sich von jenen auf Stufe der Nation nicht unbedingt unterscheiden.[12] Die unterschiedliche Bedeutung und Nachhaltigkeit der gefühlsmäßigen Bindung von Gesellschaften an Regionen ist bei deren Analyse von erheblicher Bedeutung, da Regionen im Gegensatz zu Nationalstaaten nicht notwendigerweise an Institutionen gebunden sein müssen. „Weiche Kriterien" wie *„Dialekt, Sitten, Gebräuche, personale Beziehungen und spezifische historische Erfahrungen"* und *„Erinnerungen"* sind im Wesentlichen ausschlaggebend.[13] In diesem Sinne unterscheidet Holm Sundhaussen zwischen *„starken"* und *„schwachen"* Regionen, wobei nicht eine institutionelle oder verfassungsrechtliche Verankerung, sondern das emotionale Bekenntnis und die Verankerung regionsbezogener Denk- und Identitätsmuster von Bedeutung

planung und Regionalentwicklung, in Thede Kahl / Michael Metzeltin / Mihai-Răzvan Ungureanu (Hgg.), Rumänien. Wien u.a. 2006, 123–126; http://www.ziare.com/articole/proiect+regionalizare+romania, 28.11.2013; Stefan Troebst, Vom spatial turn zum regional turn? Geschichtsregionale Konzeptionen in den Kulturwissenschaften, in: Matthias Middell (Hg.), Dimensionen der Kultur- und Gesellschaftsgeschichte. Leipzig 2007, 143–159 mit reichhaltigen Literaturverweisen; vgl. auch die Bemerkung Klaus Von Beymes, Föderalismus und regionales Bewusstsein. München 2007 *„alle Theorien sind im Zeitalter der Postmoderne der Verdinglichung ihrer Grundbegriffe verdächtigt worden"*. Klaus Roth (Hg.), Region, regional identity and regionalism in Southeastern Europe 2 Bde. Berlin 2007–2009. Der erste Band legt räumliche Schwerpunkte auf die ungarisch-slowakische Grenzregion, Makedonien (zwei Beiträge), Siebenbürgen und die Rhodopen. Wichtig ist auch der Aufsatz von Celia Applegate, A Europe of Regions: Reflections on the Historiography of Sub-National Places in Modern Times. The American Historical Review 4 (1999), 1157–1182.

[11] Hans-Joachim Bürkner, Zwischen Naturalisierung, Identitätspolitik und Bordering, in: Wilfried Heller (Hg.), Identitäten und Imaginationen der Bevölkerung in Grenzräumen. Ostmittel- und Südosteuropa im Spannungsfeld von Regionalismus, Zentralismus, europäischem Integrationsprozess und Globalisierung. Berlin 2011, 1–56, hier 32ff.; Peter Haslinger / Klaus Holz, Selbstbild und Territorium. Dimensionen von Identität und Alterität, in: Peter Haslinger (Hg.), Regionale und nationale Identitäten. Wechselwirkungen und Spannungsfelder im Zeitalter moderner Staatlichkeit. Würzburg 2000, 15–37, hier 28.

[12] Haslinger / Holz, Selbstbild 27.

[13] Philipp Ther, Sprachliche, kulturelle und ethnische „Zwischenräume" als Zugang zu einer transnationalen Geschichte Europas, in: Philipp Ther / Holm Sundhaussen (Hgg.), Regionale Bewegungen und Regionalismen in europäischen Zwischenräumen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Marburg 2003, IX–XXIX, hier XVI.

sind.[14] Dieser Gesichtspunkt ist auch deswegen wichtig, weil die politische Umsetzung von regionsbezogenen Projekten – die Regionalisierung – auch als ein „von oben" oktroyierter technokratischer Prozess erfolgen kann.[15] In ihrem Interesse für Konfigurationen von Identitäten trifft sich die Forschung zu Region und Regionalismus mit jener zu Nation und Nationalismus. Gleiches gilt für die Diskussion zu Grenzen und Grenzräumen, die gerade im Zusammenhang der Geschichte des östlichen Europa auf starke Aufmerksamkeit gestoßen ist, durchschneiden doch neuzeitliche Grenzen von Nationalstaaten oftmals regionale Strukturen. „Ethnische Homogenisierungen" des 20. Jahrhunderts haben massiv zur Zerstörung älterer raumbezogener soziokultureller Zusammenhänge beigetragen. Im Sinne des politisch konnotierten Regionalismus, der dem Nationalstaat kritisch gegenübersteht, lotete die Forschung daher „europäische Zwischenräume" aus.[16]

## Planungsregionen der Europäischen Union als Kontrast

Die vielfältigen Formen von Planungsregionen in Südosteuropa können als Kontrastfolie zu dem Regionsverständnis dienen, das diesem Band zugrunde liegt. Die im Juni 2006 eingerichtete Euroregion Adria umfasst 23 Mitglieder, darunter sieben italienische Regionen, drei slowenische Gemeinden und sieben kroatische Gespanschaften; der Herzegowina-Neretva-Kanton in Bosnien-Herzegowina, Albanien sowie Montenegro sind ebenfalls beteiligt. Von oben verordnete Friedensregionen, die der regionalen Stabilität dienen sollen, wurden im konfliktgefährdeten zentralen Balkan geschaffen (Prespa-Ochrid; Gjilan-Kumanovo-Preševo oder Eurobalkan, an dem Bulgarien, Makedonien und Serbien teilhaben). Einen reinen Funktionscharakter weist auf der „Interreg III B Central European, Adriatic, Danubian, South-Eastern European Space" (CADSES) auf, innerhalb dessen Unternehmertum, Umweltschutz und Stadtentwicklung im Rahmen der EU-Planwirtschaft gefördert werden sollen.[17] Diese Funktions- und Planungsregionen sind in der Regel an technokratischen Bedürfnissen ausgerichtet, können aber in Teilen historisch-kulturell gewachsene Raumstrukturen mit einschließen. Ähnliches gilt für derartige Regionen auf nationaler Ebene: das zentralistisch verwaltete Griechenland kennt dreizehn Verwaltungsregionen, die zum Teil mit historischen Regionen übereinstimmen (Epirus, Ionische Inseln, Thessalien, Kreta),

[14] Holm Sundhaussen, Beitrag Šumadija, in: Oliver Jens Schmitt / Michael Metzeltin (Hgg.), Das Südosteuropa der Regionen (im Druck).
[15] Louise Fawcett, Exploring Regional Domains. A Comparative History of Regionalism. International Affairs 80/3 (2004) 429–446; Stubbs-Solioz, Regionalisms 37.
[16] Ther, Sprachliche, kulturelle und ethnische „Zwischenräume".
[17] Stubbs-Solioz 37–38.

zum Teil rein technokratischen Überlegungen folgen (Ostmakedonien/Thrakien)[18]. Weitgehend ohne historisch-kulturellen Bezug sind die Planungsregionen Bulgariens angelegt.

*Induktive Regionalität*

Die obigen Ausführungen verdeutlichen, dass für die bewusst wahrgenommene Existenz einer *„historisch gewachsenen, mehr oder weniger kohäsiven Region"* eine Anzahl von verschiedenen Faktoren in **verschiedenem Grade** konstitutiv ist:

- das Gebiet hat eine gewisse Ausdehnung
- das Gebiet ist wirtschaftlich bedeutsam
- das Gebiet ist Teil eines größeren Staatsverbandes (oder mehrerer)
- das Gebiet hat eine bestimmte Bevölkerung mit einer bestimmten Zusammensetzung
- das Gebiet umfasst eine Reihe von Ortschaften
- das Gebiet hat mehr oder weniger klar definierbare Grenzen
- das Gebiet ist administrativ eingerichtet und hat tendenziell eine gewisse Eigenständigkeit
- die Bevölkerung des Gebietes hat eine bestimmte materielle und geistige Kultur entwickelt
- die materielle und geistige Kultur der Bevölkerung hat eine gewisse Tradition entwickelt
- es besteht ein internes und ein externes Bewusstsein, dass das Gebiet sich von anderen Gebieten unterscheidet
- es besteht eine deutliche namentliche Bezeichnung des Gebietes
- es bestehen mehr oder weniger ausführliche interne und externe Beschreibungen des Gebietes
- die Bevölkerung des Gebietes betrachtet ihre Identität in einem dialektischen Verhältnis zur Zentralgewalt und zu anderen Gebieten.

Die genaue Gestalt der Faktoren kann sich immer wieder verändern. Das Zusammenspiel der Faktoren kann mehr oder weniger eng sein, der Zusammenhalt der jeweiligen Region kann mehr oder weniger groß sein. Holm Sundhaussen verweist, wie bereits erwähnt, auf die Schärfe oder Unschärfe *„empirisch nachweisbarer oder imaginierter Eigenschaften, die ein Gebiet von seinem Umland klar unterscheiden"*. Die Attribute *„stark"* und *„schwach"* beziehen sich auf dieser Ebene nicht auf das regionale/regionalistische Potenzial eines

[18] Spiridon Paraskewopoulos, Die Regionen Griechenlands, in: Förster (Hg.), Regionalisierung 151–162, hier 153.

Raumes, sondern nur auf die Möglichkeiten einer genauen definitorischen Erfassung. Gebiete mit starker Identität und wirtschaftlichen Möglichkeiten können zu selbständigen Staaten werden. Gebiete mit schwacher Tradition können wieder in anderen Einheiten absorbiert werden. Verschwundene Gebiete können latent bleiben und vor allem bei ausreichendem historischem Bewusstsein wieder aufleben. Diachron gesehen haben also Regionen einen mehr oder weniger dynamischen Prozesscharakter.
Holm Sundhaussen fasst den Zusammenhang von Raum, Institution und regionalem Sinn in historischer Dynamik in seinem Beitrag zu dem Band „Das Südosteuropa der Regionen" folgendermaßen prägnant zusammen. Er weist dabei sowohl auf das Potential wie auch die Brüchigkeit regionalgeschichtlicher Ansätze hin:

*„Regionen können sich zu Staaten entwickeln, womit sie den Charakter als Region per definitionem verlieren. Oder sie können dadurch verschwinden, dass die konstitutiven Merkmale ihre vormalige Bedeutung oder abgrenzende Funktion einbüßen. Regionen können aber auch nach einer Phase des Verschwindens reaktiviert werden, – auf einer Landkarte ebenso wie in den Köpfen. Sie können geteilt und wieder zusammengeführt werden. Das Reizvolle an Regionen ist, dass sie die dominanten historischen Paradigmen der Staats- und Nationalgeschichte durchbrechen und Fixpunkte für alternative oder multiple Identifikationen – auch jenseits der Staats- oder Nationalgeschichte – bieten können".*[19]

## Das Südosteuropa der Regionen: Grundlegende Betrachtungsweisen

Das Projekt „Das Südosteuropa der Regionen" beruht auf einer Idealstruktur der Analyse, die mit den Beiträgern in Arbeitssitzungen besprochen und in den Beiträgen nach Möglichkeit umgesetzt worden ist. Je nach Region werden „Diskurse" aus verschiedenen Betrachtungsweisen behandelt, einer intraregionalen, einer interregionalen und einer nationalstaatlichen. Berücksichtigt wird auch die Darstellung einer Region gegenüber konkurrierenden Ethnien, gegenüber konkurrierenden Staaten sowie gegenüber Drittländern. Gegebenenfalls wird auch die „Außensicht", also die nichtsüdosteuropäische Perspektive, miteinbezogen (z.B. britische Vorstellungen von Siebenbürgen oder Epirus). Bei der Außen- bzw. Fremdwahrnehmung spannt sich der Bogen von irredentistischen Vorstellungen bis zur Exotisierung von Räumen. Herausgearbeitet werden, wo es das Fallbeispiel nahelegt, die Wahrnehmung und Bewertung naturräumlicher Spezifizität, das Erzählen von und das Erinnern an (aber auch das Vergessen von) Regionen, der Umgang mit kultureller Vielfalt im räumlichen Rahmen der Region und damit die Bedeutung der regionalen Identitätsbildung im südosteuropäischen Kontext. In diachroner Perspektive besonders wichtig

[19] Sundhaussen, Šumadija.

ist der Umgang mit den im 19./20. Jahrhundert geschaffenen Grenzen der Nationalstaaten, die oft gewachsene Raumstrukturen durchtrennten. Besondere Beachtung erfahren Regionalbewegungen in den entstehenden Nationalstaaten. Verfolgt man einen regionsdiskursgeschichtlichen und zugleich zwischen Regionen vergleichenden Ansatz, ergeben sich folgende Analyseebenen:

- Analyse intraregionaler Diskurse, oft mit konkurrierenden Diskursproduzenten
- Untersuchung außerregionaler Diskurse erster Ebene, d.h. innerhalb derselben politischen Großeinheit (Nationalstaat) sowie benachbarter politischer Großeinheiten (in der Regel benachbarte Nationalstaaten oder konkurrierende Raummodelle, die außerhalb der Region, aber innerhalb Südosteuropas und dessen unmittelbaren Anrainern hervorgebracht und/oder vertreten werden)
- Darstellung außerregionaler Diskurse zweiter Ebene, d.h. Diskurse in deutlicher räumlicher Distanz zur Region und zur Großeinheit Südosteuropa.

Ausgegangen wird von der historisch-kulturell konstituierten Mesoregion, deren Idealtypus mit Namen über einen längeren Zeitraum belegt und in der räumlichen und kulturellen Kognition dort lebender Menschen und auch in der Wahrnehmung außerhalb der Region selbst beobachtet werden kann; sie kann, muss aber nicht über eine politische Tradition als Verwaltungseinheit verfügen bzw. heute eine Verwaltungsregion bilden. Mit diesen, bei der *Induktiven Regionalität* weiter aufgeschlüsselten Kriterien lassen sich eine ganze Reihe Mesoregionen erfassen, die zu untersuchen sind: Dalmatien, Herzegowina, Slawonien-Syrmien, die Vojvodina, Siebenbürgen, die Moldau, die Walachei, Makedonien, Kosovo, Epirus, Thessalien. Die Aufzählung macht jedoch deutlich, wie stark die Unterschiede sind zwischen Regionen, die nicht nur dem Namen nach, sondern auch als politischer Begriff diachron seit der Antike belegbar sind wie Dalmatien, wenngleich dessen räumliche Grenzen starken Veränderungen unterworfen waren, und Regionen, deren Name zwar in der Antike belegt ist, aber keine ununterbrochene Verwendung kennt. Letzteres ist der Fall bei Regionen wie Epirus oder Thessalien, die am Ende des 18. Jahrhunderts unter dem Eindruck ihrer geographischen, vor allem aber kartographischen Verwendung im westlichen Europa als Raumtermini mit legitimatorischer Funktion von nationalgriechischen Aktivisten wieder belebt wurden und die heute als Funktionsregionen des heutigen griechischen Staates bestehen, sich aber nur in geringem Maße zu regionalen Identifikationen entwickelt haben. Hier trifft die Definition Daniel Ursprungs von *„gelehrten Begriffen mit geringer Relevanz für die Situation vor Ort"* weitgehend zu.[20] Denn gerade aus der Antike

[20] Daniel Ursprung, Walachei, in: Schmitt / Metzeltin (Hgg.), Das Südosteuropa der Regionen.

stammende Regionsnamen wurden oftmals im mittleren und westlichen Europa im Sinne einer klassischen Bildung erinnert, während sie in Südosteuropa selbst vergessen gingen: Thessalien war im Mittelalter oft als „Große Walachei" (Megáli Vlachía) bekannt, Epirus auch als „Albanien". Die Namenauswechslungen deuten auf ethnische Verschiebungen hin. In beiden Fällen handelt es sich um „Wiederentdeckungen", jedoch durch aus der Region stammende Gelehrte und Politiker.[21]

Dass Regionen auch von Außenstehenden, Politikern, Diplomaten und auch Wissenschaftlern geschaffen werden können, bildet ein weiteres wichtiges Moment der Analyse. „Bulgarien" fällt in diese Kategorie. Wesentlich von der internationalen Diplomatie geschaffen wurde der Sandžak von Novi Pazar. Stärker aber als in „Bulgarien" bildete sich dort im 20. Jahrhundert unter spezifischen politischen Bedingungen ein regionales Bewusstsein aus, d.h. dass sich innerhalb eines ursprünglich von außen geschaffenen künstlichen Rahmens regionalbezogene Identifikationen entwickelten.

Siebenbürgen, die Walachei und die Moldau hingegen bestehen seit dem Mittelalter als politische Einheiten mit (zeitweilig) Attributen der Eigenständigkeit, während die Vojvodina in ihrer heutigen Form ebenso wie Kosovo in seiner heutigen Raumausdehnung auf die administrative Gliederung des sozialistischen Jugoslawien nach 1945 zurückgehen, auch wenn der Regionsname im Falle des Kosovo seit dem Mittelalter belegt ist und als Erinnerungsort in der serbischen Kultur seit dem ausgehenden 14. Jahrhundert eine herausragende Stellung einnimmt. Staatliche Attribute einer Region müssen aber nicht bedeuten, dass damit ein besonders ausgeprägtes Regional- oder Landesbewusstsein verbunden wäre (Beispiel Walachei).

Mesoregionen können zwischen Nationalstaaten liegen. Im Falle der Republik Moldau, des Kosovo und Makedoniens stimmen Mesoregionen mit modernen Staaten überein, wobei jedoch Makedonien und die Moldau als Geschichtsregionen jedoch über heutige Staatsgrenzen hinausgehen und beide Fälle auch Unterschiede aufweisen. Bei der historischen Moldau gestaltet sich die Lage so, dass das historische Zentrum der Region heute in Rumänien liegt und in dessen zentralistischem Staatsaufbau nicht mehr die Rolle eines politisch-kulturellen Anziehungspunkts für einen regional begründeten Moldovenismus darstellt. Dieser ist vielmehr in Teilen der Gesellschaft der Republik Moldau verankert. Auf heute verschwundene Eigenstaatlichkeit oder weitgehende Autonomie, ebenfalls mögliche Definitionskriterien für einen institutionell rückgekoppelten Regionenbegriff, verweisen die Namen Walachei – Metropolitanregion des rumänischen Staates seit 1859 – oder

[21] Diese Namenauswechslungen lassen sich gut in den großen geographischen Lexika des 18. Jahrhunderts verfolgen, so zum Beispiel für Thrakien in El gran diccionario histórico von Luis de Moreri (Paris / Leon de Francia, 1753, s.v.): „Romania, provincia de la Europa, es del Turco, busquese Thracia."; „Thracia, dilatada provincia de Europa, llamada ahora Romania."

Siebenbürgen, dessen politische Eigenständigkeit im Dualismus vom ungarischen Zentralstaat aufgehoben wurde, eine Tradition, die der rumänische Zentralismus nach 1918 gegen anfangs heftigen Widerstand auch rumänischer Siebenbürger übernahm.

Mesoregionen können in ihrer semantischen Konzeption bis zum Grad Null tendieren. So stellt Nenad Stefanov für Bulgarien fest: *„Der Blick auf Bulgarien, der versucht, historische Regionen auf dem Gebiet des heutigen bulgarischen Staates ausfindig zu machen, scheint ins Leere zu schweifen"*[22]. Tatsächlich lassen sich auf dem Gebiet des heutigen Bulgarien kaum Mesoregionen ausmachen. „Bulgarien" war die Kernregion des osmanischen Rumelien, aber Rumelien gehört zu den „verschwundenen Regionen". Einwände wie zu „Bulgarien" lassen sich auch gegen die Šumadija, also Zentralserbien, erheben. Dass dennoch Beiträge zu diesen ganz offensichtlich für einen Forschungsrahmen konstruierten Regionen aufgenommen werden, hängt mit einer grundlegenden methodischen Überlegung zusammen: Es soll Südosteuropa nicht als Raum funktionierender Regionen analysiert bzw. es sollen nicht nur Räume untersucht werden, denen Regionsattribute zugewiesen werden können. Vielmehr soll auch aufgezeigt werden, wo ein regionalgeschichtlicher Ansatz eher ins Leere geht. Damit wird dem Fragecharakter des wissenschaftlichen Vorgehens Nachdruck verschafft. Nicht eine Affirmation des Regionalen in einer von Nationalstaaten geprägten Großregion, sondern die ergebnisoffene Diskussion der Sinnhaftigkeit des Konzepts „Region" (wie anderer Raumkonzepte) steht im Mittelpunkt. Der ins Leere schweifende Blick ist daher nicht theoretischer Defekt, sondern im Gegenteil integraler Bestandteil eines Vorhabens, das nicht Regionen katalogisiert, sondern nach vorhandenem oder eben nicht vorhandenem regionalen Sinn fragt.

Wie alle Raumeinheiten sind Mesoregionen, d.h. in unserem Zusammenhang Regionskonstruktionen unterhalb der Ebene großregionaler Konstrukte wie Südosteuropa und oberhalb von Kleinregionsgebilden, keine ontologisch und diachron gültigen Einheiten, sie sind auch nicht homogen, sondern ihrerseits oftmals durch kleinregionale Konstrukte (die *pays* von Paul Vidal de la Blache) unterteilt, die bisweilen stärkere identitäre Raumbindungen ihrer Bewohner kennen als die in unserem Zusammenhang behandelten Mesoregionen. Solche kleinere Regionsbildungen können aus Verwaltungstraditionen hervorgehen (z.B. Moldau: Ţara de sus und Ţara de jos, „Oberland" und „Unterland", d.h. die nordwestliche und die südöstliche Moldau) oder naturräumlich sowie soziokulturell bedingt sein, wobei kleinräumige Formen politischer Autonomie, z.B. in Bergregionen des osmanischen Reiches, konstitutiv sein können (Suli und Himara in Epirus).

Zeitlich wird die Entwicklung vom Altertum bis zur Gegenwart untersucht, und zwar dort, wo eine begriffliche und kulturelle Kontinuität eines Regionsbezuges vermutet werden

[22] Nenad Stefanov, Bulgarien, in: Schmitt / Metzeltin (Hgg.), Das Südosteuropa der Regionen.

kann, gleichgültig, ob die Analyse diese Hypothese bestätigt oder widerlegt (gemeint sind Beispiele wie Dalmatien, Epirus, Thessalien, Makedonien oder Thrakien). Eine epochenübergreifende Darstellung legt besonderen Wert auf Kontinuität und Brüche in der Geschichte von Regionen, zumal diese Kategorien in politischen Konflikten auch heute oft als Argumente verwendet werden (z.B. im Kosovokonflikt). Oder mit den Worten Holm Sundhaussens ausgedrückt: *„Sinnvoller und pragmatischer Weise kann es sich bei den Merkmalen der historischen Region nur um ein longue-durée-Phänomen handeln, wobei über die jeweilige Dauer von Fall zu Fall und je nach Fragestellung entschieden werden muss. Eine historische Region hat jedenfalls eine eigene Geschichte, die mehr ist als die bloße Addition ihrer Teile"*[23].

Die Bestimmung dieser Raumeinheiten als Gegenstand der hier vorlegten Einzelstudien hat unweigerlich auch Auswirkungen auf die Beantwortung der übergeordneten Forschungsfrage. *„Regionalismus ist positiv besetzt, ob er von der Bevölkerung gewollt wird oder nicht"*, hält Klaus von Beyme mit Blick auf das westliche Europa fest.[24] Für Südosteuropa kann seine Formulierung in dieser apodiktischen Form nicht aufrechterhalten werden. Von Beyme führt auch aus, dass, *„regionalistische Identitätspolitik... immer stark auf lebensweltliche Erfahrungshorizonte bezogen"* sei.[25] Und dieser Gesichtspunkt ist im unserem Zusammenhang nochmals besonders hervorzuheben. Regionalismus wird in vielen Staaten und Gesellschaften Südosteuropas als Bedrohung der oftmals erst in jüngster Zeit erworbenen nationalen Selbständigkeit betrachtet, als Gefährdung nationaler Einheit vor dem Hintergrund fragiler Staatlichkeit und umstrittener Identitätsvorstellungen. Er kann auch als „trojanisches Pferd" postmoderner (west-)europäischer Staatskonzepte wahrgenommen werden. Allein der Vorschlag von Untersuchungseinheiten kann solche Überlegungen auslösen. Die Kartierung Südosteuropas nach „Regionen" steht tatsächlich im Widerspruch zur Mehrheit der in diesem Großraum vertretenen Raumvorstellungen. Sie erfolgt aber in Form einer offenen Frage.

Zusammenfassend können die ausgewählten Fallbeispiele folgendermaßen in ihrem diachronen Entstehen angeordnet werden:

a) Bereits in der Antike belegte Regionen: Dalmatien, Epirus, Thessalien, Makedonien, Thrakien, wobei damit keineswegs die territoriale oder gar bewusstseinsmäßige Kontinuität dieser Raumeinheiten impliziert ist. Einzig Dalmatien wurde als Raumbegriff in der Region selbst kontinuierlich verwendet.

[23] Sundhaussen, Šumadija, in: Schmitt / Metzeltin (Hgg.), Das Südosteuropa der Regionen.
[24] Von Beyme, Föderalismus 118.
[25] Von Beyme, Föderalismus 21.

b) Im Mittelalter entstandene Regionen, die in der Regel an politische Herrschaft und Institutionenbildung gebunden sind: Slawonien, Herzegowina, Siebenbürgen, Walachei, Moldau.
c) Regionen, die auf Territorialpolitik und Grenzziehungen im Zeitalter der Imperien und Nationalstaaten zurückzuführen sind: Bukowina, Kosovo, Sandžak von Novi Pazar, Vojvodina.
d) Hinzu kommen Räume, die keine deutlich wahrnehmbare regionale Tradition besitzen und zu Vergleichszwecken analysiert werden: „Bulgarien", Šumadija.

Bemerkenswert ist, dass sich kaum prägende Regionskonstruktionen auf die lange osmanische Herrschaft zurückführen lassen.

*Versuch einer Bilanz*

Bereits die methodischen Kautelen legen nahe, dass ein auf Regionen beruhender Ansatz zur Betrachtung der Geschichte Südosteuropas kein neues nachhaltiges Konzept darstellt. Zu ungleich sind die historischen Strukturen, die einem solchen Zugang zugrunde liegen müssten. Das oben erstellte Schema ist nicht nur Forschungshypothese, sondern spiegelt auch die Vielfalt regionalräumlicher Gliederung des Großraumes Südosteuropas wider. Die Mesoregion kann als Betrachtungseinheit weder die Analyseeinheit der Großregion Südosteuropa ersetzen noch macht sie einen an modernen nationalen Grenzen orientierten Zugang überflüssig, wo dieser sinnvoll ist, d.h. besonders für die Epoche seit der Herausbildung von Nationalstaaten. Deutlich ist, dass die Zugehörigkeit zu großen Reichen einen langfristigen Einfluss auf das Raumdenken in Regionen ausübte. Nicht umsonst kann man *grosso modo* in Südosteuropa einen Nordteil mit zumindest seit der Frühen Neuzeit gut fassbarem Regionalbewusstsein und einen osmanisch geprägten Südteil feststellen, in dem das Denken in Mesoregionen vor der Bildung der Nationalstaaten mit wenigen Ausnahmen wie etwa Bosnien kaum fassbar ist und danach wegen der zentralistisch strukturierten Staatsmodelle kaum Möglichkeit zur Entfaltung besaß. Selbst dort, wo wie in Griechenland, auf antike Regionsnamen zurückgegriffen wurde, vermochte sich auf dem Festland die Region als Bezugspunkt emotionaler Identifikationen nicht zwischen die Ebenen des Lokalen und des Nationalen zu schieben. Das Beispiel Thessaliens ist in dieser Hinsicht schlagend, während größere Inseln wie Korfu oder Kreta nicht zuletzt wegen ihrer langen Zugehörigkeit als Verwaltungseinheiten der Republik Venedig, aber auch wegen ihres Inselcharakters einen anders gelagerten Fall darstellen.

Im Nordteil Südosteuropas ist zu differenzieren zwischen Gebieten mit habsburgischer (und venezianischer) Herrschaftstradition und den beiden rumänischen Fürstentümern Walachei und Moldau. Ständische oder ständeartige Strukturen der politischen Vertretung

sowie generell institutionelle Traditionen allein können, müssen aber nicht regionales Denken fördern. Strukturell etwa sind die Unterschiede zwischen der frühneuzeitlichen Walachei und Moldau nicht groß – doch bildete sich in der Moldau eine ausgeprägte Tradition regionalen Denkens und eines entsprechenden kulturellen Gedächtnisses aus, das eng an die moldauische Staatlichkeit gebunden war. Nicht umsonst erlahmte dieses Raumdenken mittelfristig – der moldauische Regionalismus war zunächst 1866 politisch noch äußerst handlungsfähig – nach dem Zusammenschluss mit der Walachei (1859) und verschwand im nivellierend-zentralistischen rumänischen Einheitsstaat des 20. Jahrhunderts fast vollständig. In Rumänien bildet die Moldau heute eine peripherisierte Zone. Die Walachei, in der dieses raumgebundene Geschichtsbewusstsein weniger stark entwickelt war, entwickelte sich nach 1859 zu einer Zentralzone des Einheitsstaates, in der für regionale Raumentwürfe buchstäblich kein Platz war. Überhaupt ist es bemerkenswert, dass den Metropolitanzonen der Nationalstaaten auf früher osmanischen Gebiet eine regional(istisch)e Tradition räumlicher Identifikationen fehlt: dies gilt für die Walachei ebenso wie für die Šumadija, „Bulgarien" oder das in dem Band nicht behandelte Attika.

Doch auch wo sich starke regionalistische oder auf Regionen als Raumeinheit bezogene Diskurse feststellen lassen wie etwa in Dalmatien, Slawonien, der Vojvodina oder Siebenbürgen, erweist sich eine Modellbildung als schwierig. Dalmatien etwa bildete lange Zeit nicht den primären Bezugspunkt von Identifikationen seiner Bewohner: an der Küste waren Identifikationen an die Stadtkommunen gebunden, deren Geschichte als Erinnerung bis in die Antike oder das frühe Mittelalter zurückgeführt wurde. Die in der Frühen Neuzeit in das Hinterland zugewanderte katholische und orthodoxe Bevölkerung wurde in diese kommunal geprägte Selbstwahrnehmung nicht eingebunden. Die Verwendung des Regionalnamens als Verwaltungsbegriff durch die venezianische Herrschaft (mit vielen Unterbrechungen vom frühen 12. Jahrhundert –1797) wirkte sich kaum aus, da Venedig keine gesamtdalmatinischen Foren der politischen Teilhabe, etwa einen Landtag, einrichtete. Erst unter habsburgischer (bzw. der kurzen französischen) Verwaltung wandelte sich Dalmatien auch zu einer politischen Einheit mit Partizipation der regionalen Eliten. Anders gelagert sind die bis 1526 der Stephanskrone, spätestens seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert der Habsburgermonarchie unterstehenden Gebiete, in denen auf Landtagen privilegierte Eliten über lange Zeiträume ein Landesbewusstsein ausbildeten, das sich auf Institutionen, aber auch kulturelle Formen der Selbstvergewisserung (Landesgeschichtsschreibung) stützte. Im Zeitalter der sich ausbildenden Nationalbewegungen wurde dieses Bewusstsein zu einem der Identifikationsbezugspunkte für Bevölkerungsschichten, die in der Vormoderne von politischer Teilhabe ausgeschlossen gewesen waren. Die Vojvodina bildete zwischen 1848–1860 einen serbisch geprägten Teilstaat in der Habsburgermonarchie. Auch nach dessen Aufhebung diente die Region als Kristallisationspunkt der ser-

bischen Nationalbewegung in der Monarchie. Eine vergleichbare Funktion besaß für die sich bereits im 18. Jahrhundert formierende rumänische Nationalbewegung in der Habsburgermonarchie die Region Siebenbürgen. In beiden Fällen war die Teilhabe an institutionalisierten Formen der regionalen politischen Vertretungen eine zentrale Forderung. In beiden Fällen veränderte sich aber dieser Bezug nach der Eingliederung der Regionen in die von Serben bzw. Rumänen dominierten Staaten der Zwischen- und Nachkriegszeit (Königreich SHS/Jugoslawien bzw. Rumänien). Rumänien verstand sich als unitarischer Nationalstaat und bekämpfte jegliche Formen regionaler Identifikationen der Titularnation. Die erheblichen Schwierigkeiten der Integration sehr unterschiedlicher Landesteile und die rigide Zentralisierung riefen jedoch regionalistische Gegenreaktionen hervor, die in der Zwischenkriegszeit in Siebenbürgen (und daneben in Bessarabien) besonders stark waren. Die Furcht vor nichtrumänischen Bevölkerungsgruppen – vor allem den siebenbürgischen Ungarn – sowie vor Irredentismus setzte der politischen Wirksamkeit regionalistischer Strömungen der Siebenbürger Rumänen bis heute Grenzen. Ähnliches gilt für Dalmatien, das im 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Objekt eines ausgeprägten nationalpolitischen Konflikts zwischen italienischem Irredentismus und jugoslawischem Staatsnationalismus bzw. kroatischem Nationaldiskurs war und in dem die von kroatischer Seite empfundene Notwendigkeit nationaler Einheit kaum Raum lässt für regionale Regungen, die einen rigiden Zentralismus ergänzen würden. Teilweise wird sogar in kroatischen Diskursen und der Amtssprache der Begriff Dalmatien ganz vermieden und durch „Südkroatien" ersetzt.

Zu berücksichtigen sind bei der Untersuchung von diachronen Diskurstraditionen auch Binnenwanderungen in den nach 1918 entstandenen Staaten, d.h. aus dem rumänischen Altreich nach Siebenbürgen bzw. aus serbisch besiedelten Gebieten Jugoslawiens in die Vojvodina, wobei die Neuzuzüger regionalistische Identifikationen ihrer bereits in den Regionen ansässigen Konationalen nicht durchgehend übernahmen. Auch der Regionalismus der Vojvodina-Serben ist vom Verhältnis zu den nichtserbischen Bevölkerungsgruppen, wieder in erster Linie den Ungarn, gekennzeichnet, während die Binnenmigration von Serben in die Vojvodina stärker von zeitlich fassbaren Schüben (so am Ende des Zweiten Weltkriegs nach Flucht und Vertreibung der Deutschen sowie im Zuge des Zerfalls des sozialistischen Jugoslawiens) charakterisiert ist. Regionalistische Identifikationen von Siebenbürgen-Rumänen und Vojvodina-Serben stehen somit auch im Spannungsfeld von kultureller und politischer Abgrenzung gegenüber Konationalen und der Furcht, den magyarischen Nationalismus zu alimentieren.

Regionalistische Identifikationen richten sich aber nicht nur gleichsam nach innen, sondern auch an neue Adressaten im Zuge der EU-Integration. Hier stellt sich beispielsweise die Identifikation mit der Vojvodina als ein Raum, der „europäischer" als Serbien südlich von

Donau und Save ist, als regionalistische Option im binnenserbischen Diskurs dar; ähnliche Abgrenzungsmuster finden sich abgeschwächt auch bei Siebenbürgen- und Bukowinarumänen.

Besonderes Interesse beansprucht bei der Analyse regionaler Traditionen die imperiale Raumpolitik seit dem Altertum: die römische Provinzeinteilung, die ihrerseits auf ältere Raumtermini zurückgriff, findet sich in bis heute weiterlebenden oder wieder belebten Regionsnamen (Dalmatia, Epirus, Dardania, Thessalia, Macedonia, Thracia), während andere Teile der römischen Verwaltungsterminologie verschwunden sind (Moesia, Scythia). Die byzantinische Themeneinteilung nahm auf diese Begrifflichkeit nur bedingt Rücksicht; zudem verschoben sich im byzantinischen Mittelalter auch Raumbegriffe wie Makedonien, das Teile des heutigen Thrakiens bezeichnete. Wenig Bezug auf regionale Raumbegriffe nahm auch die osmanische Verwaltungsbegrifflichkeit; wenn sie vorosmanische regionale Traditionen mit einbezog, tat sie dies mit der Ausnahme Bosniens zumeist in Rückgriff auf personalisierte Raumstrukturen (Namen vorosmanischer Adelsfamilien: Karli-ili für Epirus, Herzegowina). Von diesen überlebten als Regionsnamen nur die Dobrudscha (nach dem bulgarischen Regionalherrn Dobrotica) sowie die Herzegowina, die aber, wie Hannes Grandits zeigt, kaum Anknüpfungspunkte für regionalistische Identifikationen bietet, die heute ethnische Gegensätze ihrer Bewohner überwinden helfen könnten. Die osmanische Verwaltung schuf vielmehr eine eigene räumliche Untergliederung nach administrativen Einheiten (Sancaks, Vilayets), die teilweise ganz neue Raumzusammenhänge schufen, (etwa der Sancak Paşa, der Gebiete umfasste, die von der heutigen europäischen Türkei über Südbulgarien, Nordgriechenland, Makedonien bis nach Albanien reichten, und ältere Raumstrukturen ganz neu ordnete.[26] Die spätosmanische Provinz Kosovo (gegründet 1877) hatte, wie Eva Frantz ausführt, ihren Sitz in Skopje und umschloss Gebiete vom Sandžak Novi Pazar und dem heutigen Südserbien (Niš) bis in die heutige Republik Makedonien. Die Neuerungen in der osmanischen Raumbegrifflichkeit bringt am besten der Terminus „Rumelien" zum Ausdruck, der für den Kernraum des osmanischen Balkans galt, wie Nenad Stefanov zeigt. Wie spät etwa die aus der Antike stammende Begriffe „Thrakien" und „Makedonien" im osmanischen Sprachgebrauch auftauchten, zeigt Mehmet Hacısalihoğlu. Innerregional, d.h. vor allem im osmanisch beherrschten Südosteuropa selbst, treten Regionsnamen zur Gliederung von Raum erst seit dem Ende des 18. Jahrhunderts auf, wobei der neugriechischen Geographie besondere Bedeutung zugekommen ist.

Das Verschwinden von Regionsnamen im innerregionalen Gebrauch – vor allem im Mittelalter und der osmanischen Zeit – stand der Tradition west- und mitteleuropäischer

[26] Rosica Gradeva, Administrativna sistema i provincialno upravlenie v bălgarskite zemi prez XV vek, in: Bălgarskijat petnadeseti vek. Sofija 1993, hier 42f.

Kartographie und Raumerfassung entgegen, die gerade antike Regionsnamen weiter verwendete und damit am Leben hielt.[27] So bemerken H. Chauchard / A. Mütz, in ihrem Cours méthodique de géographie à l'usage des établissements d'instruction et des gens du monde (Paris 1859): *„Divisions de la Turquie d'Europe. Les Turcs divisent leurs possessions européennes en 4 éyalets, qui sont ceux de: 1. Romélie, 2. Bosnie, 3. Silistrie, 4. des Iles ou du Capuda-Pacha, et en 3 états vassaux ou principautés placées sous l'influence russe, savoir : 5. la Serbie, 6. la Valachie, 7. la Moldavie. Les élayets sont gouvernés pas des begler-beys (c'est-à-dire princes des princes), qui ont la surveillance sur environ trente pachas ou sandchaks (c'est-à-dire porte-bannières). Nous suivrons la division plus naturelle en Romélie, Bulgarie, Macédoine, Albanie, Thessalie, les îles, Bosnie, et les trois principautés de Serbie, Valachie, Moldavie. C'est celle admise par la plupart des géographes et indiquée sur les cartes."*

Die Wechselwirkung zwischen außerregionaler Verwendung von Regionalnamen und deren Wiederaufgreifen seit dem 18. Jahrhundert, wobei südosteuropäische, besonders griechische Diasporagruppen vermittelnd wirkten, ist besonders zu betonen.

Als Thessalien, Epirus, Makedonien und Thrakien wieder auf geographischen Karten erschienen, bedeutete dies aber nicht eine gleichmäßige Verankerung in mentalen Landkar-

[27] Luis de Moreri, El gran diccionario histórico (Paris / Leon de Francia, 1753, s.v.) *„Turquia, ó imperio del Turco, comprehende muchas provincias en Europa, en Asia y en Africa. (...) Tiene en Europa la Romelia, que comprehende la Grecia, la Macedonia, Albania, Thracia con las islas del mar Egeo, &c. (...) Paganle tributos los príncipes de Transilvania, de Moldavia, y de Valachia y le republica de Ragusa. (...) Empero para formar mas justa una idea de este imperio, conviene advertir que se distribuye en 25 gobiernos de los quales ay (...) siete en Europa (...)".* Albert-Montémont, Voyage dans les cinq parties du monde, tome second, Paris1828, 88: *„Neuf grandes provinces forment la Turquie d'Europe continentale, savoir: la Moldavie, la Valachie, la Bulgarie, la Servie, la Bosnie, l'Albanie, la Roumélie, la Livadie et la Morée. Ces deux dernières appartiennet à la Grèce libre".* Dictionnaire géographique universel (...) par une Société de géographes, Paris1833, s.v. Turquie: „La Turquie d'Europe est divisée politiquement en 5 grandes parties: le gouvernement de Romélie, qui, *outre la Romélie propre, comprend encore la Servie, la Bulgarie et l'Albanie; le gouvernement du Capitan-pacha ou Djézaïr, qui se compose des îles de l'Archipel et de quelques parties des côtes du continent; le pachalic de Bosnie, la Valachie et la Moldavie. Chacune de ces parties se divise en sandjaks; la Moldavie et la Valachie sont divisées en districts, et forment des principautés à peu près indépendantes, ainsi que la Servie, que les Turcs comprennent dans le gouv. de Romélie".* Die ersten ausführlichen Beschreibungen südosteuropäischer Autoren entstanden im 18. Jahrhundert an der Peripherie, so Dimitrie Cantemir, Descriptio antiqui et hodierni status Moldaviae, 1714–1717 (Beschreibung der Moldau. Berlin 1769). Erhebliche Bedeutung für das innerregionale Selbstverständnis hatten auch Reiseberichte wie Alberto Fortis´ Viaggio in Dalmazia. Venezia 1774 oder Francesco Griselini, Lettere odeporiche ove i suoi viaggi e le di lui osservazioni spettanti all'istoria naturale, ai costumi di vari popoli e sopra più altri interessanti oggeti si descrivono, giuntevi parecchie memorie dello stesso autore, che riguardano le scienze e le arti utili, Milano 1776 (Versuch einer politischen und natürlichen Geschichte des temeswarer Banats in Briefen an Standespersonen und Gelehrte, Wien 1780).

ten. Makedonien und Epirus entwickelten sich zu „heißen" Raumbegriffen konkurrierender Nationalismen, und gerade die Verwendung des Begriffs „Makedonien" bildet bis in die Gegenwart den Gegenstand ungelöster politischer Kontroversen. Wie „Makedonien" hätte auch „Thrakien" das Objekt multipler irredentistischer Raumdiskurse werden können. „Makedonien"-Diskurse bestehen in erheblicher Tiefenwirkung in Griechenland, der Republik Makedonien, Bulgarien und – heute abgeschwächt – Serbien (freilich in der nationalistischen Variante eines „Neuserbien"), „Thrakien" aber ist im griechischen, bulgarischen und türkischen Diskurs wesentlich schwächer verankert, obwohl es wie der makedonische Raum Schauplatz von Krieg, Flucht und Vertreibung war und bis in die Gegenwart von Minderheitenproblematiken gekennzeichnet ist. Mehmet Hacısalihoğlu, einer der Beiträger des Bandes „Das Südosteuropa der Regionen", macht jedoch deutlich, wie spät „Thrakien"-Diskurse auftauchten, die im Schatten des vieles überlagernden „Makedonien"-Diskurses standen. Der griechisch-bulgarische Gegensatz war diskursiv auf „Makedonien" konzentriert, militärisch und machtpolitisch wurde Thrakien kaum anders behandelt als Makedonien. Der „Thrakien"-Diskurs ist es aber ein Anhängsel der Debatte um „Makedonien". Eine der griechisch-bulgarischen diskursiven Konfliktgemeinschaft vergleichbare Konstellation besteht in der griechisch-albanischen Kontroverse um „Epirus". Wiederum wurde eine antike Terminologie von griechischen Nationalaktivisten eingeführt, vom konkurrierenden albanischen Diskurspartner aber mit zeitlicher Verschiebung zumindest teilweise übernommen und in den eigenen Nationaldiskurs integriert. Während der bulgarische und – wie schon der Name zeigt – makedonische Nationaldiskurs den Begriff „Makedonien" nicht mit eigenen Begriffsbildungen bekämpften, weist der albanische nationale Raumdiskurs das bemerkenswerte Element eigener Terminologiebildung auf, und zwar im abgrenzenden Verhältnis zum griechischen (Epirus) wie zum serbischen Diskurs (Kosovo), abgeschwächter auch zum makedonischen Raumdiskurs: „Südalbanien" für „Epirus" setzte sich nicht durch (aber auch der griechische irredentistische Begriff „Nordepirus" für das südliche Albanien ist außerhalb kleiner nationalgriechischer Aktivistengruppen weitgehend verschwunden), ein mögliches „Ostalbanien" für Kosovo hat sich im binnenalbanischen Diskurs gar nicht entwickelt (wohl aber nach 2000 ein „Ost-Kosovo" für albanisch besiedelte Teile Südserbiens). Stärker verankert sind ein erweiterter Çamëria-Begriff für heutige griechische Gebiete sowie die auf antik-illyrische Terminologie zurückgreifende „Dardania" für Kosovo, während das ebenfalls in den 1990er Jahren und zu Beginn des 21. Jahrhunderts während des Zerfalls Jugoslawiens verbreitete „Ilirida" für das mehrheitlich albanisch besiedelte Westmakedonien kaum nachhaltige Wirkung entfaltete. Ein eigentlicher Regionalismus ist im griechischen „Epirus"- und „Makedonien"-Diskurs jedoch nicht entstanden. Wie im Falle der seit 1912 binnengriechischen Region Thessalien, die nie Gegenstand konkurrierender nationaler Ansprüche gewesen war, bleiben die Identifikati-

onen der Bevölkerung, wie Antonis Rizos ausführt, stärker an kleinere Raumeinheiten, die Herkunftsorte, gebunden; „Thessalien" war in der Raumwahrnehmung Außenstehender lange Zeit deutlich präsenter als in der Region selbst.

Regionsdiskurse dürfen daher in diesem Falle nicht mit einer primären Identifikation mit der Region verwechselt werden. Regionen sind hier vielmehr Chiffren für Territorialkonflikte von Nationalismen, die in ihrer staatlichen Verfasstheit zentralistisch organisiert sind und regionalen Eigenheiten weder im Diskurs noch in der Verfassung echte Bedeutung zukommen lassen.

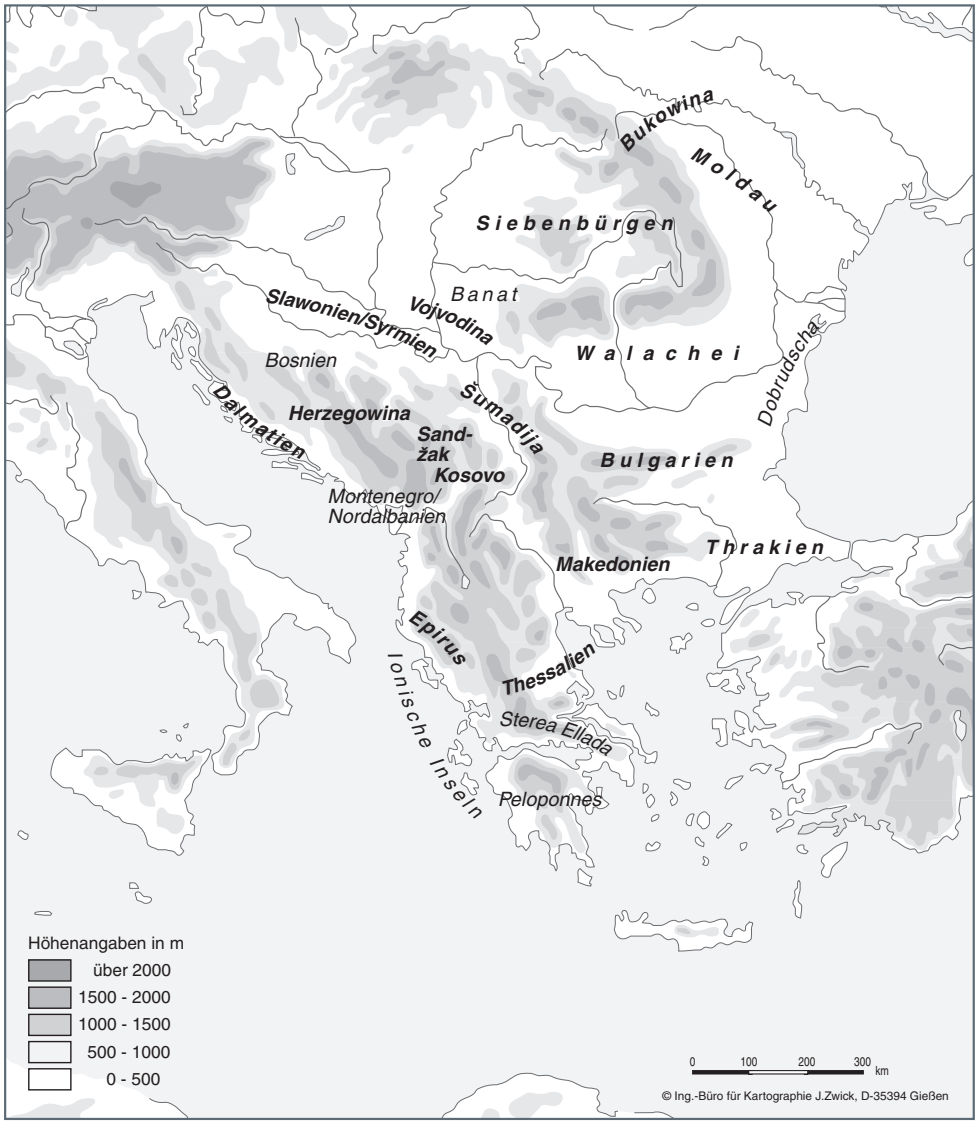
Auf eine zeitlich späte (1878) imperiale Raumpolitik ist auch die Schaffung des Sandžaks von Novi Pazar zurückzuführen. Angelegt als von Österreich-Ungarn militärisch kontrollierte Landsperre zwischen Serbien und Montenegro mit klar definierten Außengrenzen, gewann er im 20. Jahrhundert ein politisch-identitäres Eigenleben, da die mehrheitlich muslimische Bevölkerung im Bezug auf den Sandžak als politische Region eine Möglichkeit der Abgrenzung gegenüber der serbisch-orthodoxen Titularnation erblickte. Dies führte nicht zu einer Selbstbenennung südslawischer Muslime nach dem Regionsnamen, vielmehr bieten sich die Religion, das benachbarte Vorbild des muslimischen Bosniakentums und eine zumindest teilweise Identifikation mit der Türkei als Referenzpunkte an. Die räumliche Zwischenstellung der muslimischen Bewohner des Sandžaks zwischen den mehrheitlich orthodoxen Gesellschaften Montenegros und Serbien, der Krieg in Bosnien-Herzegowina (1992–1995), das Erstarken des türkischen Einflusses auf dem Balkan haben zur Verfestigung der politisch-kulturellen Identifikation der Muslime im Sandžak mit der Region geführt.

Nicht in unmittelbarem Sinne als imperial, doch als hegemonial ist der bereits mehrfach erwähnte raumbildende Einfluss der Europäischen Union zu werten. Dieser Einfluss ist besonders in der Gegenwart stärker geworden, da die Europäische Union Regionen zumindest als Planungseinheiten propagiert. Vom „Europa der Regionen" der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts ist auch in West- und Mitteleuropa nur wenig geblieben. Doch als administratives Konzept wird es von Brüssel in die südosteuropäischen EU-Staaten getragen. Der Umgang mit diesem Konzept ist dabei durchaus widersprüchlich: gerade Rumänien mit seinen potentiell konfligierenden Traditionen von ausgeprägten Geschichtsregionen und nivellierendem Zentralstaat war 2013 Schauplatz einer Diskussion, die das ganze Spektrum von echten Regionalbewegungen bis hin zur Schaffung von Regionen zur Erleichterung der Ressourcenerschließung bei EU-Zentralstellen, durchaus auch zur Erschließung neuer Sinekuren für regionale Politikergruppen, veranschaulicht.

Die obigen Ausführungen zeigen, dass „Region" als Betrachtungskategorie zu bisherigen Raumentwürfen auf imperialer und nationalstaatlicher Grundlage bestenfalls komplementär ist. Dass sie die beiden Raumkonzepte nicht ersetzen kann, wurde aus der

Diskussion der in diesem Band versammelten Fallbeispiele klar. Dennoch ist damit das Potential eines mesoregionalgeschichtlichen Ansatzes nicht erschöpft. Dies wird schon aus der Tatsache deutlich, dass für einige der hier untersuchten Regionen kaum entsprechende Vorstudien vorlagen, der Band also für einzelne Gebiete einen tatsächlich neuen Betrachtungswinkel eröffnet. Tatsächlich sind die Regionen Südosteuropas, insbesondere in früher osmanisch beherrschten Gebieten, nur wenig erforscht. Ein regionalgeschichtlicher Blick erfolgt mit besonderem Gewinn wohl dann, wenn die hier konstruierten Räume derzeitige Grenzen weniger, historisch gewachsene Raumzusammenhänge dafür stärker berücksichtigen; aber auch – und dies ist ebenso wichtig – wenn Kernregionen, die gewöhnlich im Schatten dominanter Hauptstädte der modernen Staaten stehen (Šumadija, Walachei), betrachtet werden. Die Intensität regionalen Raumdenkens erlaubt ferner Rückschlüsse auf langfristige historische Unterschiede in der Großregion Südosteuropa, auf kulturelles Selbstverständnis wie außerregionale Fremdzuschreibungen. Die Diskussion konzentriert sich zwar auf den südöstlichen Teil Europas, die aus ihr zu gewinnenden Einsichten bieten aber die Möglichkeit für gesamteuropäische Perspektiven auf die Phänomene „Region", „Regionalismus" und allfälliges soziokulturelles Potential für eine politisch gewollte „Regionalisierung". Dass dieser politische Wille aber ganz unterschiedliche Ausrichtungen verfolgt, ist aus der Einleitung deutlich geworden: „Region" bewegt Europa heute wieder, als Chiffre für brutale Machtpolitik im Falle der Ukraine, als Vorstufe zur Eigenstaatlichkeit von Territorien, die einst eigene Staaten gebildet hatten wie im Westen Europas, als Planungseinheiten, welche zentralistische Staatssysteme herausfordern, als national-exklusive Projekte oder auch als zivilgesellschaftlich-progressive wie im Falle der rumänischen Moldau. Regionalgeschichte untersucht also nicht eine politisch weniger relevante oder gar „harmlose" oder „unschuldige" Ebene, die als solche dem Nationalstaat entgegengestellt wird. Sie hat das gesellschaftliche Umfeld ebenso kritisch zu bedenken wie die wissenschaftliche Sinnhaftigkeit des Ansatzes.

Karte 1: Historische Regionen Südosteuropas

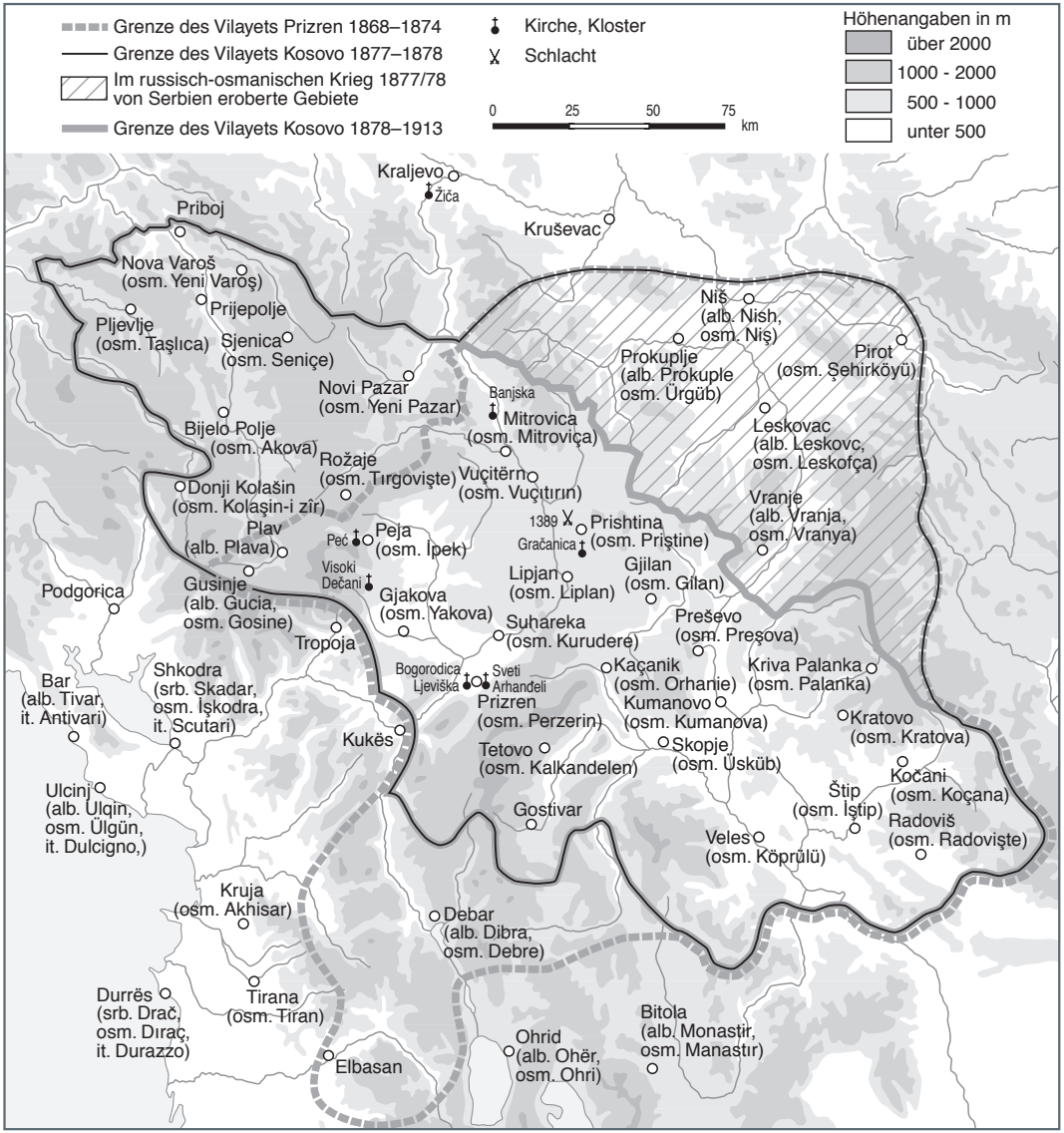



Quelle: Oliver Jens Schmitt / Michael Metzeltin (Hgg.), Das Südosteuropa der Regionen. Verlag der ÖAW (im Druck)

Karte 2: Die Herzegowina als historische Region

Quelle: Oliver Jens Schmitt / Michael Metzeltin (Hgg.), Das Südosteuropa der Regionen. Verlag der ÖAW (im Druck). Entwurf: Hannes Grandits

Karte 3: Die variierenden Grenzen der Region Kosovo




Quelle: Oliver Jens Schmitt / Michael Metzeltin (Hgg.), Das Südosteuropa der Regionen. Verlag der ÖAW (im Druck). Entwurf: Eva Anne Frantz

▶ Gerda Falkner

▶ Patrick Müller

## Die EU in der globalen Politikgestaltung: Gestaltungspotenziale und Hindernisse

Gerda Falkner ist ao. Professorin für Politikwissenschaft und Leiterin des Instituts für europäische Integrationsforschung an der Universität Wien, seit 2013 wirkliches Mitglied der philosophisch-historischen Klasse der ÖAW.

Die Europäische Union (EU) hat sich vielfach zu multilateralen Lösungen für globale Herausforderungen bekannt. Aber wie groß ist ihr konkreter Einfluss auf globale Regime, wenn man verschiedene Politikfelder der EU in den Blick nimmt? Und in welchem Ausmaß konnte die EU globale Politikansätze im Einklang mit ihren eigenen internen Politiken durchsetzen? Diese Fragen behandelte ein mehrjähriges Forschungsprojekt am Institut für europäische Integrationsforschung der Universität Wien.[1] Erfasst wurden zehn wichtige EU Politikfelder mit entsprechendem Regime auf der internationalen Ebene: Handelspolitik, Landwirtschaftspolitik, Lebensmittelsicherheit, Wettbewerbspolitik, Sozialpolitik, Umweltpolitik, Transportpolitik, Migrationspolitik, Nichtverbreitung von Kernwaffen, und Finanzmarktregulierung.

Insgesamt ist die EU in nur sehr eingeschränktem Maße dazu fähig, Ihre eigenen Politiken zu exportieren. Unsere vergleichende Analyse ergab zudem, dass die EU nach außen teilweise Standards vertritt, die von ihren eigenen, internen Regeln abweichen. In anderen Fällen versucht sie, ihre bestehenden Politiken gegen Druck von außen abzuschirmen. Fallweise passt sie ihre eigenen Politiken schließlich auch an globale Regeln an. Die Beziehung der EU zum globalen Regieren ist also keine „Einbahnstraße", sondern ein interaktiver Prozess, der sehr unterschiedliche Formen annehmen kann und auch auf die eigenen Politiken der EU zurückwirkt.

Obwohl sich gezeigt hat, dass die Fähigkeit der EU zum Export eigener Politiken auf die globale Ebene beschränkt ist, ist ein starkes Engagement der EU in Bezug auf das globale Regieren unbedingt empfehlenswert. Wichtige Herausforderungen und Problemlösungsansätze gehen heutzutage über nationale Grenzen, und oft auch über die Grenzen der EU, weit hinaus. Daher muss die EU ihren internationalen Einfluss strategisch einsetzen um zu guten globalen Politikentscheidungen beitragen zu können (siehe die Praxisempfehlungen am Ende des Textes). Im Rahmen einer bewussten Mehr-Ebenen-Strategie können dabei

[1] Falkner, Gerda and Müller, Patrick (Hg.), *EU Policies in a Global Perspective: Shaping or Taking International Regimes*, London and New York: Routledge (2014).

Patrick Müller ist Post-doc Researcher am Institut für europäische Integrationsforschung an der Universität Wien.

sowohl die einzelnen EU-Mitgliedstaaten wie auch die verschiedenen Regionen als administrative oder auch politische Ebenen einen produktiven Platz einnehmen (siehe dazu die Beträge von Metzeltin und Schmitt in dieser Broschüre).

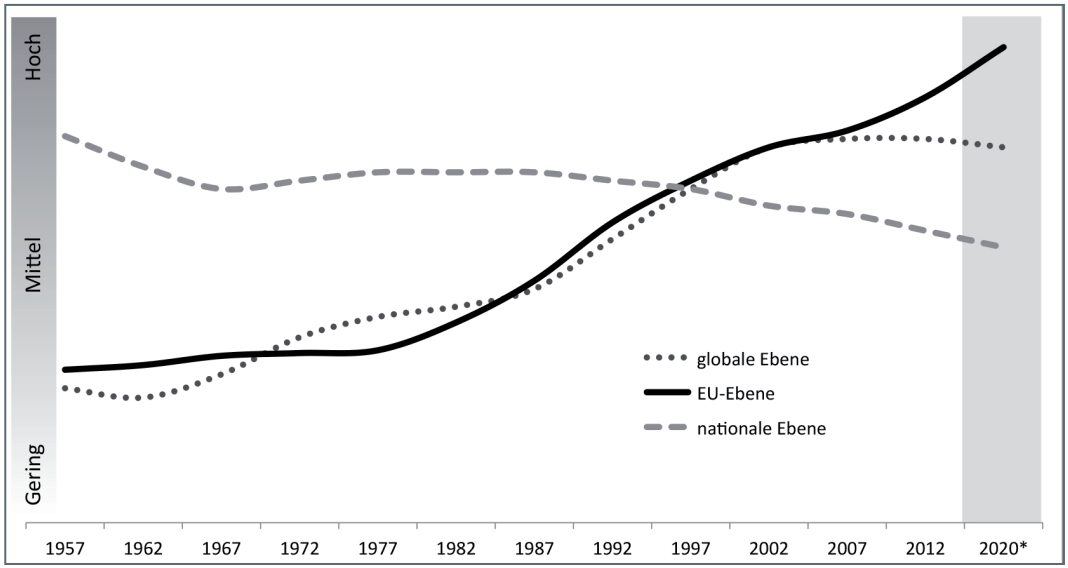
## Mehr Politikgestaltung jenseits des Nationalstaats: Globale Probleme verlangen globale Lösungen

Wie in anderen Gegenden der Welt schätzen auch in Europa die Bürgerinnen und Bürger globale Gemeinschaftsgüter, wie etwa eine gesunde Umwelt, sichere Lebensmittel (trotz langer internationaler Produktionsketten) und weiträumige Sicherheit. Um solche wichtigen Güter sicher zu stellen, hängen wir jedoch in zunehmendem Maße von globalen politischen Lösungen und von internationaler Kooperation ab.

Trotz einiger Unzulänglichkeiten etablierter internationaler Organisationen und globaler Kooperation zeigt unsere Forschung, dass sich **in vielen wichtigen Politikbereichen das politische Gestalten zunehmend auf Ebenen jenseits des Staates und sogar jenseits der EU** verlagert hat.[2] Im Rahmen unseres Forschungsprojektes haben 15 Expertinnen und Experten für die untersuchten Politikfelder evaluiert, welche Änderungen sich jeweils in der Bedeutung für das Regieren auf der nationalen, EU- und globalen Ebene ergeben haben. Auf einer drei-stufigen Skala wurde die Bedeutung der jeweiligen Politikebene als „hoch", „mittel" oder „niedrig" eingestuft. Wie Schaubild 1 verdeutlicht, ist die Bedeutung der Politikgestaltung auf den Ebenen jenseits des Nationalstaates im Zeitverlauf sehr deutlich angestiegen. Im Gegenzug hat die Bedeutung der nationalen Ebene abgenommen, allerdings in vergleichsweise etwas geringerem Maße: Die nationale Ebene hat weniger an Bedeutung abgenommen als die globale und europäische Ebene zugenommen haben. Es handelt sich also heute wirklich um ein System von zunehmender „multi-level governance" über alle drei Ebenen hinweg – national, europäisch und global. An dieser Stelle ist es wichtig anzumerken, dass die nationale Ebene allerdings nicht all ihres Einflusspotentials beraubt wird sobald politische Entscheidungen auf die europäische oder globale Ebene wandern. Einerseits bleibt der Nationalstaat zentral im Bereich der Regeldurchsetzung. Andererseits vertreten die Regierungen ihre Länder sowohl im EU-Ministerrat als auch in internationalen Organisationen, die im Regelfall noch immer ausschließlich Staaten als Mitglieder akzeptieren (und nicht die EU). Daher haben nationale Politikerinnen und Politiker auch auf höheren Ebenen einen gewissen Einfluss.

[2] Zum Reformbedarf bestehender internationaler Organisationen siehe etwa: Stewart, P. (2014), The Unruled World: The Case for Good Enough Global Governance, *International Affairs*, 93(1): 58–73.

Schaubild 1: Die Bedeutung der politischen Gestaltungsebenen in zehn Politikfeldern[3]




## Die EU als Akteur in der globalen Politikgestaltung

Für die EU gibt es gute Gründe zu versuchen, ihre eigenen Politiken auf die internationale Ebene zu exportieren. Eine hohe Übereinstimmung zwischen internen und globalen Politikansätzen ist im besten Interesse der EU, gerade auch ökonomisch betrachtet. Sie reduziert Anpassungs- und Informationskosten für die Mitgliedstaaten und schafft für sie zugleich einen Wettbewerbsvorteil auf globalen Märkten. Die Projektion europäischer Standards nach außen kann aber auch auf normativen Motiven beruhen, wenn die EU versucht ihre Grundsätze und Prinzipien als ein Modell für „global governance" zu verbreiten (etwa auf Ebene der Prinzipien von Rechtstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechten).[4]

[3] Vereinfachte schematische Darstellung. Anmerkungen: (*) steht für Prognose durch die beteiligten Politikfeldexperten unter der Annahme, dass wesentliche Trends gleich bleiben. Mehr Bedeutung für eine der drei Ebenen bedeutet nicht notwendigerweise eine Abnahme woanders. Für methodische Hinweise siehe Falkner und Mueller (2014). Dank an Zdenek Kudra für die Schaubilderstellung.

[4] Manners, I. (2002), Normative power Europe: A contradiction in terms?, *Journal of Common Market Studies* 40(2): 235–258.

Zwei verschiedene Pfade für den Export ihrer Politik stehen der EU zur Verfügung, wenn sie als globaler Politikgestalter wirken möchte. Einerseits kann die EU **horizontal** agieren, also von ihren bilateralen Beziehungen mit Drittstaaten Gebrauch machen. Dabei kann die EU ihre eigenen Regeln beispielsweise in Handels- und Assoziierungsabkommen inkorporieren. Zugleich können EU-interne Politiken per se externe Effekte haben. Beispielsweise können EU-Standards eine starke Anziehungskraft ausüben, weil die EU ein wichtiger Absatzmarkt ist, was Drittländer zur freiwilligen Übernahme von Regelungen veranlassen kann. Andererseits kann die EU als zweiten Pfad zum Politikexport ihr Mitwirken in internationalen Organisationen und Politiknetzwerken nutzen, um ihre Politiken vertikal zu exportieren. Dabei bringt die EU ihre politischen Präferenzen in mulitilaterale Verhandlungen ein.

Um einige prominente Fälle von EU-Politikexport zu benennen, empfiehlt es sich besonders den Bereich der Handelspolitik näher zu betrachten. Hier hat die EU gemeinsam mit den Vereinigten Staaten bis in die Mitte der 1990er Jahre eine zentrale Rolle bei der Gestaltung wichtiger Regeln des Welthandelsregimes gespielt. Auf Grundlage eines bilateralen Deals zwischen der EU und den Vereinigten Staaten über parallele Zollsenkungen wurde im Rahmen der sogenannten Kennedy Welthandelsrunde (1964–67) erreicht, dass das sogenannte Meistbegünstigungsprinzip (englisch: „most favored nation principle“) in das GATT-Regime und später die Welthandelsorganisation (WTO) Eingang fand. Diese zentrale Regel sieht die Gleichstellung von Handelspartnern vor, Handelsbegünstigungen können damit in der Regel nicht mehr nur einzelnen oder wenigen Staaten gewährt werden. In späteren Verhandlungsrunden ist die EU weiterhin gemeinsam mit den Vereinigten Staaten vorgegangen. So wurden wichtige Regeln des globalen Handelsregimes entwickelt, etwa in den Bereichen Anti-dumping-Politik und Eindämmung von Subventionskriegen. Auch der multi-laterale Regelkatalogen während der Uruguay Runde wurde so auf den Weg gebracht. In den frühen 2000er Jahren hat allerdings der Einfluss der EU im Welthandelsregime abgenommen, nicht zuletzt wegen der steigenden Bedeutung von Brasilien, China und Indien. Die EU blieb zwar ein wichtiger Handelsblock, sie konnte allerdings in Welthandelsrunden nicht mehr gemeinsam mit den USA die Themen quasi „diktieren“. Zugleich sah sich die EU, wie auch alle anderen WTO Mitglieder, rechtlichen Herausforderungen gegenüber, die aus der gestiegene „Justizialisierung“ des Welthandelsregimes herrühren. Auch die Möglichkeit, vor ein internationales Gericht gezerrt zu werden und eventuell in einem Verfahren zu unterliegen, hat den Einfluss der EU in einigen Themenbereichen unterminiert (z.B. bei der Lebensmittelsicherheit, die WTO-Regeln unterworfen ist).

Außerdem ist festzustellen, dass der große europäische Binnenmarkt in marktnahen Politikbereichen den Export von EU-Regeln begünstigt hat. Dazu gehören etwa Standards für Produkte und Dienstleistungen, besonders in der Transport- und Umweltpolitik. Beginnend in den frühen 1990er Jahren wurden Lösungen der EU zur Automobilabgasreduktion

auf Ebene der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen (UNECE) eingebracht und wurden so zum globalen Bezugspunkt. Allerdings nimmt in einer zunehmend multipolaren Welt die relative Marktmacht der EU laufend ab. So sieht sich die EU etwa im Bereich der internationalen Luftfahrt gegenwärtig starken Widerständen gegenüber. Insbesondere ihre Pläne durch multilaterale Abkommen Flugemissionen zu senken – oder dies gar einseitig durch die Aufnahme ausländischer Flugzeuge, die die EU anfliegen, in das EU-Handelssystem mit Emissionszertifikaten zu erzwingen – mündeten in einer Kontroverse. Die EU musste letztlich dem Druck von Ländern wie Russland, China und den Vereinigten Staaten nachgeben und hat unlängst nicht-EU Airlines von der Pflicht zur Bezahlung der EU CO2 Emissionen ausgenommen.

Insgesamt ist zudem festzuhalten, dass EU-Politikexport auf die Ebene internationaler Regime ein eher seltenes Phänomen darstellt und oftmals auf technische und weniger politisierte Aspekte der verschiedenen Politiken beschränkt bleibt. Besondere Hürden beim Export von EU-Politiken sind, erstens, auf der internationalen Ebene angesiedelt und umfassen hier die beiden folgenden Punkte:

- Verfahrensregeln in internationalen Organisationen: Mit wenigen Ausnahmen, wie etwa die WTO, sehen internationale Organisationen nur Staaten als Mitglieder vor. Sie erlauben im besten Fall Beobachterstatus für die Europäische Kommission oder, besonders selten, für andere EU Institutionen wie die Europäische Zentralbank. Zugleich nimmt auch die zunehmende Verrechtlichung und Justizialisierung internationaler Regime Entscheidungen zunehmend aus den Händen der EU und nationaler Regierungen.
- Globale Interessenspositionen: Die Fähigkeit der EU für Politikexport ist sehr begrenzt, wenn ihre politischen Präferenzen mit jenen anderer mächtiger Akteure in Konflikt stehen. Dies beinhaltet die Vereinigten Staaten, aber zunehmend auch die sogenannten BRIC Ländern (Brasilien, Russland, Indien, und China).

Hürden für EU-Politikexport liegen, zweitens, auch im inneren Verantwortungsbereich der EU.

- Mangel an Einigkeit in der EU: EU-interne Konflikte entweder zwischen den Regierungen oder innerhalb der supranationalen Institutionen wie der EU-Kommission unterminieren ihre Verhandlungsmacht im internationalen Kontext. Mit einer Stimme zu sprechen wird zusätzlich noch dadurch verkompliziert, dass die Kompetenz für Außenrepräsentation der EU zwischen verschiedenen Politikfeldern sehr unterschiedlich geregelt ist. Besonders komplex ist dies in den Bereichen geteilter interner Kompetenzen zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten.

- Ein Mangel an internationaler Attraktivität der EU-Standards: Aus globaler Perspektive ist es oft so, dass die EU als ein Club reicher Länder angesehen wird mit hohen regulativen Standards, die für die meisten anderen Länder unerreichbar scheinen.

## Konklusionen und praktische Handlungsempfehlungen

Sowohl die EU als auch die einzelnen Regierungen sind angesichts der dringenden grenzüberschreitenden Probleme und internationalen Herausforderungen gut beraten, einen aktiven Beitrag zum globalen Regieren zu leisten. Um eine größere gemeinsame Hebelwirkung zu erzielen, wird die Rolle der einzelnen 28 Mitgliedstaaten dabei oft eine eher indirekte sein müssen, also über die EU gebündelt und vermittelt.

In den Mitgliedstaaten und auf Ebene der Bürgerinnen und Bürger scheint von zentraler Bedeutung, dass die **zunehmende Rolle des Regierens jenseits des Staates stärker zur Kenntnis** genommen wird. Essenzielle Probleme können heute anders gar nicht mehr gelöst werden. Ein einschlägiges Beispiel dafür ist der Kampf gegen den Klimawandel. Einzelne EU-Mitgliedstaaten oder auch die EU insgesamt können und sollten zwar ambitionierte politische Entscheidungen treffen, um den Klimawandel zu bekämpfen. Damit dieses Problem aber letztlich wirklich effektiv angegangen werden kann, muss der Kampf gegen die Treibhausgase unbedingt multilaterale Erfolge auf globaler Ebene bringen, die alle wichtigen Verursacher von Treibhausgasen weltweit mit einbeziehen.

Unsere Forschungsergebnisse zeigen sehr klar, dass **heute der Einzelstaat nicht länger ausreicht**, um das Wohlergehen und die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Das gilt sowohl theoretisch wie auch praktisch. Im Gegensatz zu dem, was populistische Kampagnen oft insinuieren (nicht zuletzt auch im Rahmen der Wahlen zum Europäischen Parlament 2014), könnten nach einem allfälligen Austritt aus der EU die einzelnen Länder keineswegs ihre eigenen Interessen besser wahrnehmen. Ganz im Gegenteil, sie wären weiterhin auf internationale Regime zur effektiven Problemlösung angewiesen. Gleichzeitig hätten einzelne Regierungen aus Europa, die ja im Weltmaßstab überwiegend nur sehr kleine Staaten vertreten, dann jedoch viel weniger Einfluss auf die Gestaltung internationaler Politik.

Um den Einfluss der EU auf globale Politikgestaltung zu verbessern und um das internationale Renommee der EU zu steigern, empfehlen sich folgende Schritte:

Die einzelnen Regierungen sollten davon überzeugt werden, dass es besser ist, ihre Kräfte zu bündeln und der EU zu erlauben, sie in internationalen Organisationen zu vertreten. Das kann mit sich bringen, dass Mitgliedstaaten ihr Abstimmungsverhalten an die Position der Kommission anpassen oder sogar ihre Abstimmungsrechte in internationalen Organisationen zugunsten der EU-Kommission aufgeben. Es beinhaltet auch, dass die EU insge-

samt in internationalen Organisationen Mitglied wird, wo sie bislang als Beobachter oder aber meist gar nicht zugelassen ist. Dies würde ihre Problemlösungsfähigkeit steigern.

Weiter deutet unsere Studie darauf hin, dass die EU ihre Ressourcen in einer zunehmend multipolaren Welt sehr gezielt und wohlüberlegt einsetzen sollte, wenn sie globale Politikergebnisse entscheidend mitgestalten möchte. In einer auf den Einzelfall hin maßgeschneiderten Strategie sollte die EU jeweils vertikale (EU – global) und horizontale (zwischenstaatliche) Wege zum Export eigener Vorstellungen oder Standards miteinander verbinden. Es wird den Einfluss der EU stärken, wenn sie ihre Ziele zugleich in internationalen Verhandlungen wie auch parallel dazu direkt mit relevanten Drittstaaten verfolgt.

Schließlich zeigt unser Projekt auch, dass sich die EU bewusst sein sollte, dass ihre Möglichkeiten zur globalen Politikgestaltung in einer zunehmend multipolaren Weltordnung begrenzt sind. Dies beinhaltet, dass die EU Partnerschaften aufbaut und zu funktionierenden globalen Institutionen beiträgt, die allen wichtigen Akteuren eine entsprechende Vertretung ermöglichen (insbesondere auch den BRIC-Ländern). Im Tandem mit den Vereinigten Staaten zu arbeiten, reicht einfach nicht länger aus um die globale Weltordnung mitzugestalten. ■

# Diskussionsbeiträge

## Michael Gehler

Michael Gehler ist Professor für Neuere und Neueste Deutsche und Europäische Geschichte und Inhaber eines „Jean-Monnet Chairs" für vergleichende europäische Zeitgeschichte und die Geschichte der europäischen Integration an der Universität Hildesheim, seit 2013 Direktor des Instituts für Neuzeit und Zeitgeschichtsforschung der ÖAW, seit 2008 korrespondierendes Mitglied der philosophisch-historischen Klasse der ÖAW im Ausland.

Die Ausführungen von Michael Metzeltin zu den europäischen Erinnerungsorten und zur europäischen Identität regen zur weiteren Diskussion an. Dem britischen Historiker Harold James kann zugestimmt werden, dass die Europäische Union keine konventionelle Supermacht, sondern ein ‚kreatives patchwork' ist, wobei man ihre Vorgeschichte einbeziehen muss. Die EWG war zunächst kein Imperium und die EU ist derzeit erst ein Imperium im Werden. Waren die EWG und die EG noch Regionalmächte mit hegemonialen Tendenzen im Europa der 1960er, 1970er und 1980er Jahre, so wäre die EU von heute schon als ein europäisches Hegemonialgebilde mit imperialen Zügen zu verstehen. Ich habe unlängst gefragt, ob sie als ein postmodernes Imperium bezeichnet werden kann.[1] Hinzufügen könnte man noch: zur Verhinderung einer neuerlichen deutschen Hegemonie. Es ist hierbei vor allem eine noch zu diskutierende und politisch eminent bedeutsame Identitätsfrage, warum es möglich war und wie es gelungen ist, die EU zu einem post-nationalen, postmodernen und gerade eben nicht-imperialen Imperium zu formen, das nicht gleich zu setzen ist mit „vormodernen" Imperien (wie dem Heiligen Römischen Reich) oder „modernen" Imperien (wie der Habsburgermonarchie, dem osmanischen, dem zaristischen und oder dem Wilhelminischen Reich).

Zur ergänzen wäre noch, dass es ein weit verbreitetes, ja politisch sogar bewusst verbreitetes Missverständnis ist, wonach die europäische Integration von Anfang nur wirtschaftlich angelegt gewesen und ein politisches Unternehmen erst später geworden sei. Dazu kann man sagen, dass die Integration mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) im Sinne der Ideen von Jean Monnet von Anfang an ein höchst politisch motiviertes Vorhaben gewesen ist, v. a. zur Einhegung und Einbindung des westdeutschen Industrie- und Wirtschaftspotentials und damit auch zur politischen Kontrolle der Bundesrepublik.

Der Verweis Metzeltins auf die Erklärung der EG zur europäischen Identität aus dem Jahre 1973 ist wichtig und notwendig, denn diese ist fast schon vergessen. Übersehen kann man aber in diesem Zusammenhang nicht, dass Fragen der europäischen Identität bereits im

[1] Michael Gehler, Die Europäische Union – ein postmodernes Imperium?, in: Michael Gehler / Robert Rollinger (Hg. unter Mitwirkung von Sabine Fick und Simone Pittl), Imperien und Reiche in der Weltgeschichte. Epochen übergreifende und globalhistorische Vergleiche, 2 Bde, Teil 2, Wiesbaden 2014, S. 1255–1307 und im Überblick: Ders., Europa. Von der Utopie zur Realität (Haymon Taschenbuch 138), Innsbruck / Wien 2014.

europäischen Widerstand gegen den Faschismus während des Zweiten Weltkriegs eine Rolle spielten, die auch zum Haager Kongress von 1948 und zur Gründung der Europarats 1949 geführt haben.

Wenn mir hier noch eine weitere Ergänzung gestattet ist, dann ist auch auf europäische Identitätsdebatten im Rahmen der transnationalen Parteienkooperation zu verweisen, die bereits seit der zweiten Hälfte der 1940er Jahre in ihren Foren solche Anliegen aufgegriffen und beschlossen hat. Ich verweise auf die seit 1947 bestehenden Nouvelles Equipes Internationales (NEI), ihre 1965 geschaffene Nachfolgeorganisation, die Europäische Union Christlicher Demokraten (EUCD), und die 1976 im Vorfeld der ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament (1979) gegründete Europäische Volkspartei (EVP).

Was die Frage angeht, wo Europas Grenzen liegen und wo es endet, gibt es eine klare Antwort: Es sind nicht nur der von Gerald Stourzh schon benannte Europarat mit seiner 1953 verabschiedeten Menschenrechtskonvention, sondern auch der gemeinsame Rechtsbestand der EU, genannt „acquis communautaire", die Kopenhagener Kriterien von 1993, die zur Bedingung der Aufnahme von neuen Mitgliedern bestimmt worden sind, und nicht zuletzt die EU-Grundrechtscharta von 2000, die auch Bestandteil des Unionsvertrags von Lissabon geworden ist, der seit 2009 in Kraft ist. Wer diese Grundsätze nicht teilt, gehört jedenfalls nicht zur Europäischen Union und kann sogar von ihr ausgeschlossen werden. Das sind klare Grenzen.

Zu Oliver Jens Schmitt und seiner wichtigen Systematisierung der verschiedenen Typen von Regionen möchte ich nur eine kleine Anmerkung machen: Das politische Schlagwort „Europa der Regionen" kam im deutschlandpolitisch bewegten Vorfeld bzw. bei der strittigen Ratifizierung des Maastrichter Vertrages Anfang der 1990er Jahre auf. Es führte zur stärkeren Betonung des Subsidiaritätsprinzips und zur Schaffung des „Ausschusses der Regionen" (AdR) mit Sitz in Brüssel, auch wenn dieser nur konsultative Funktion hat. Diese Entwicklung diente auch dazu, regionalistische Begehrlichkeiten oder gar sezessionistische Tendenzen in Mitgliedstaaten der EU hintan zu halten. Man kann tatsächlich am historischen Faktum schwerlich vorbei, dass Regionen Züge von Nationen annehmen und sich dabei auch zu neuen Staatswesen weiter entwickeln können. Das kann auch eine Gefahr bzw. zu einer Sprengkraft für die EU werden.

Gerda Falkners Beitrag kann ich nur beipflichten. Die Schärfung des Bewusstseins für die Existenz eines dynamischen Mehrebenensystems kann viel zu einem besseren Verständnis über Sinn und Zweck der EU beitragen und vor allem zur Klärung der Frage, wieso die EU-Ebene inzwischen keine *quantité negligeable* mehr, sondern für die Nationalstaaten im globalen Kontext eine notwendige und unverzichtbare Arena, Bühne oder – neutraler und in den Worten Falkners formuliert – eine tragende Ebene geworden ist. Das ist übrigens auch eine Frage des Selbstverständnisses der Europäischen Union und damit ebenfalls ein Baustein für ihre Identität, einer noch zu stärkenden EU-Identität. ■

## Barbara Horejs

Barbara Horejs ist Direktorin des Instituts für Orientalische und Europäische Archäologie der ÖAW, seit 2011 Mitglied der Jungen Kurie der ÖAW.

Die drei Impulsvorträge reflektieren in ihrer Zusammenstellung die vielfältigen und komplexen Ebenen zu Fragen europäischer Integration und Identität aus jüngerer historischer, gegenwärtig politischer und regional-kultureller Perspektive. Die damit einhergehende verständliche Fokussierung auf das aktuelle politische System der Europäischen Union könnte durch einen weiteren Blick auf das kulturelle, geographische und (prä)historische System Europa ergänzt werden, das durchaus andere Perspektiven zu europäischen Identitäten eröffnen vermag.

Aus meiner Sicht ist der Blick auf die Kulturgeschichte des Kontinents in einem tieferen chronologischen Kontext zu identitätsbildenden Ursachen und identitätsstiftenden Auswirkungen wesentlich. Lange vor der Gründung von Nationalstaaten und allen damit einhergehenden Symbolen und politischen Systemen lassen sich überregionale kulturelle Identitäten definieren, die Gesellschaften nachhaltig geprägt haben. Diese sprach-, grenzen- und regional übergreifenden Kulturräume sind zweifelsohne im *Kulturellen Gedächtnis* verankert, wenn auch in unterschiedlichen Intensitäten reflektiert und erforscht. Aus archäologischer und prähistorischer Perspektive sind gemeinsame Wurzeln und die darauf basierenden korrespondierenden Entwicklungen von Kulturtechniken und sozio-kulturellen Entwicklungen ein wesentliches Element in dieser komplexen Thematik. ■

## Thomas Olechowski

So wie auch meine Vorredner in der Diskussion habe ich Bedenken dagegen, Europa mit der EU gleichzusetzen, besonders, wenn es um das Thema „europäische Identität" geht. Als Jurist möchte ich zunächst auf den Europarat und die von ihm beschlossene Europäische Menschenrechtskonvention sowie auch auf die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hinweisen. Für die europäische Identität noch wichtiger erscheinen mir aber Großereignisse wie der Eurovisions-Songcontest oder die UEFA-Fußball-Europameisterschaft. Allen vieren ist gemeinsam, dass sie tatsächlich den ganzen Kontinent vereinen – und auch große Gebiete umfassen, die rein geographisch zu Asien gehören.

Wir müssen uns also darauf einstellen, dass sich eine europäische Identität, wenn überhaupt, dann auf ein wesentlich größeres Gebiet als das der EU bezieht und nicht einfach mit der Unionsbürgerschaft einher geht. Sie wird daher auch nicht einfach jene Stelle einnehmen, die bis dahin das Nationalgefühl hatte. Das ist vielleicht auch ganz gut so, denn die EU ist von ihrer Konzeption eben gänzlich verschieden als die Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts. Ein differenzierender Europabegriff ist viel besser in der Lage, Staaten an den Grenzen des Kontinents einen ihnen angemessenen Platz zuzuweisen, als dies ein europäischer „Superstaat" könnte. Gerade die aktuellen Entwicklungen in der Türkei und in der Ukraine zeigen, dass wir neue Lösungen für neue Probleme benötigen. ■

Thomas Olechowski ist ao. Professor für Rechtsgeschichte an der Universität Wien, seit 2013 wirkliches Mitglied der philosophisch-historischen Klasse der ÖAW.

## Gerald Stourzh

Gerald Stourzh ist emer. o. Professor für Geschichte der Neuzeit an der Universität Wien, seit 1983 wirkliches Mitglied der philosophisch-historischen Klasse der ÖAW.

Neben dem Europa der 28 – der Europäischen Union – soll das Europa der 47 – der Europarat mit seinem System des Menschenrechtsschutzes – nicht vernachlässigt werden. Dieses „größere Europa" inkludiert alle europäischen Staaten im weitesten Sinne (Russland bis Kamtschatka, auch Aserbeidschan, Georgien und Armenien) mit Ausnahme Weißrusslands und des Kosovo. Die Staaten Ost- und Südosteuropas sind schrittweise in den Jahren nach der Wende von 1989 beigetreten. Die weitaus bedeutendste Rolle innerhalb des Europarates spielt die 1950 unterzeichnete und 1953 in Kraft getretene Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Zu den in dieser Konvention geschützten Rechten zählen u.a. das Recht auf Leben (Art. 2), das Verbot der Folter (Art. 3), das Recht auf ein faires Verfahren (Art. 6) – ein besonders häufig eingeklagtes Recht, ferner das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit (Art. 9), sowie das Recht auf Freiheit der Meinungsäußerung (Art. 10) – ein ebenfalls häufig beanspruchtes Recht.

Die wichtigste Institution der Konvention ist der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte mit Sitz in Straßburg, gegründet 1959. Seine Kompetenz erstreckt sich über alle 47 Mitgliedstaaten des Europarates, von Dublin bis Wladiwostok, von Reykjavik bis Baku. Jedes Mitgliedsland entsendet einen Richter an den Straßburger Gerichtshof. Gegenwärtiger Präsident ist ein Luxemburger, Dean Spielmann. Die Geschichte des Gerichtshofs teils sich in zwei Phasen, von der Gründung bis 1998, und von 1998 bis in die Gegenwart. Bis 1998 war dem Gerichtshof die Europäische Kommission für Menschenrechte vorangestellt, die zunächst alle nach Straßburg gerichteten Beschwerden zu prüfen hatte und, soweit die Beschwerden nicht aus formellen Gründen zurückgewiesen wurden, was häufig geschah, für eine nicht gerichtsförmige Lösung zuständig war. Nur in selteneren Fällen wurden Beschwerden an den Gerichtshof zur Entscheidung weitergereicht. Die Richter des Gerichtshofs waren bis 1998 nur nebenamtlich als Richter tätig. Das enorme und sprunghafte Anwachsen von Beschwerden in den 1990er Jahren, im Zusammenhang mit dem Beitritt zahlreicher vor allem osteuropäischer Staaten, machte eine Reform unausweichlich, die 1998 vollzogen wurde. Die Europäische Kommission für Menschenrechte wurde abgeschafft, dafür werden die Richter nunmehr hauptamtlich bestellt. Wie beim deutschen Bundesverfassungsgericht und im anglo-amerikanischen Rechtskreis (aber nicht in Österreich) ist die Veröffentlichung von abweichenden Rechtsmeinungen einzelner Richter zulässig. Die Stellung der Menschenrechtskonvention

im Rechtssystem der einzelnen Staaten ist unterschiedlich. In Österreich hat die Menschenrechtskonvention seit 1964 Verfassungsrang.

In den Mittelpunkt der Tätigkeit des Gerichtshofs schon in den 1980er und 1990er Jahren trat die „Individualbeschwerde", d.h. Beschwerden von Einzelpersonen wegen behaupteter Verletzung der ihnen gemäß der Europäischen Menschenrechtskonvention zustehenden Rechte – allerdings erst nachdem alle innerstaatlichen Rechtsbehelfe ausgeschöpft worden waren. Bis 1998 lag die Zulassung von Individualbeschwerden im Belieben der einzelnen Mitgliedstaaten – die Bundesrepublik Deutschland hatte bereits 1955, England erst 1966, Frankreich gar erst 1981 der Individualbeschwerde zugestimmt. Seit 1998 muss jeder Mitgliedstaat die Individualbeschwerde anerkennen. Damit ist ein bislang weltweit einzigartiges Instrument des individuellen Menschenrechtsschutzes geschaffen worden. Für die Einreichung von Individualbeschwerden gibt es übrigens keinen Zwang, einen Rechtsanwalt beizuziehen.

Obgleich Berichte über einzelne Entscheidungen des Straßburger Gerichtshofs häufig in der Tagespresse erscheinen, dürfte doch die enorme Ausweitung der Tätigkeit des Gerichtshofs in der österreichischen Öffentlichkeit nicht allgemein bekannt sein. In den neuen Mitgliedstaaten in Osteuropa richten sich die Hoffnungen buchstäblich tausender Menschen auf den Gerichtshof, der allerdings nur einen sehr kleinen Teil der eingebrachten Beschwerden behandeln kann. Mit 31. Oktober 2013 waren 18.850 gegen Russland anhängig, 14.600 gegen Italien, 13.400 gegen die Ukraine, 12.450 gegen die Türkei, 11.800 gegen Serbien, 6.300 gegen Rumänien, 3.150 Fälle gegen Bulgarien, 2.850 Fälle gegen Großbritannien, 2.500 gegen Georgien, 2.000 gegen Polen, und 19.700 gegen alle übrigen 37 Mitgliedstaaten des Europarates. Von Urteilen, die die Verletzung mindestens eines Artikels der Menschenrechtserklärung aussprachen, betraf im Jahre 2013 die höchste Zahl Russland mit 129 Urteilen, gefolgt von der Türkei mit 124 Urteilen, Rumänien mit 88 Urteilen und die Ukraine mit 69 Urteilen.[1]

Der Gerichtshof hat sein Jahren unter der Überlastung durch die enorme Zahl an Beschwerden zu leiden; mehrere prozedurale Reformen zu einer Besserung der Situation sind in den letzten Jahren durchgeführt worden, erste Anzeichen einer Erleichterung machten sich im Vergleich von 2012 zu 2013 bemerkbar.

Manche Regierungen der Mitgliedsländer sind in Hinblick auf bestimmte Urteile dem Gerichtshof nicht freundlich gesinnt; Beispiele lassen sich u.a. aus Russland, der Türkei und Großbritannien anführen. Doch allen Schwierigkeiten und Widerständen zum Trotz

[1] Vgl. „Analysis of Statistics 2013", erschienen Jänner 2014 sowie „ECHR Facts & Figures 2013", beide abrufbar im Internet unter „European Court of Human Rights".

stellt der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte den „bemerkenswertesten Mechanismus für den internationalen Schutz der Menschenrechte dar, der jemals existiert hat.“[2]

[2] „The „most remarkable mechanism for the international protection of human rights which has ever existed.“ A. W. Brian Simpson, im Vorwort zu Ed Bates, The Evolution of the European Convention of Human Rights, Oxford 2010. Aus der zahlreichen Literatur sei hervorgehoben: Christoph Grabenwarter / Katharina Pabel, Europäische Menschenrechtskonvention. Ein Studienbuch, 5. Aufl. Wien 2012, sowie: Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Hg., Vom Recht auf Menschenwürde. 60 Jahre Europäische Menschenrechtskonvention, Tübingen 2013.

## Erich W. Streissler

Gibt es – noch – eine „europäische Identität", zumal nach der Weltwirtschaftskrise von 2008–2009? Gibt es noch ein „Gefühl der Solidarität und der Gleichheit, mit dem Willen eine Nation zu sein"?

Der Text von Michael Metzeltin postuliert eine bürokratische, berufspolitische und gebildete Führungsschicht, die hochgradig mit dem Rest der Gesellschaft integriert ist. Diese aber gibt es nicht mehr. Die staatstragende Schicht macht inzwischen höchstens ein Drittel der jeweiligen Bevölkerungen europäischer Länder aus. Bei der großen Mehrzahl aller Parlamentswahlen in diesen Ländern bewegen sich spätestens seit Beginn unseres Jahrtausends die Anteile der Nichtwähler zwischen 35 und 40 Prozent. Darin drückt sich zunehmend ein Desinteresse, eine Nicht-Identifizierung mit dem eigenen Staat und zugleich mit dessen Teilhabe an Europa aus.

Andererseits ist ein erheblicher Teil der Wahlteilnehmer als Protestwähler zu bezeichnen. Dazu zählen in Europa beispielhaft insbesondere die Klientel von Beppe Grillo und Marie Le Pen. In Österreich lassen sich seit der letzten Nationalratswahl mehr als 48 (!) Prozent aller Wähler als Protestwähler bezeichnen: Sie wählten Parteien, deren Programme ausdrücklich gegen die der bisherigen Regierungsparteien gerichtet sind.

Die einheitlich und geschlossen gedachte Gesellschaft des Impulstextes steht im Gegensatz zu der für Österreich annähernd zutreffenden Vierteilung in Unternehmer, unselbständig Beschäftigte, Bürokraten und Pensionisten. Näher betrachtet zerfallen einerseits die Unselbständigen in (oft arbeitslose) Hilfsarbeiter und (meist beschäftigte) Facharbeiter, andererseits die Unternehmer in Handel- und Gewerbetreibende, in neuaufstrebende Unternehmer, zumal im Umweltbereich, sowie altetablierte, eher absteigende Unternehmer. Auffallend ist dabei eine neue Zwischengruppe mit vollen 240.000 Vertretern, die Ein-Personen-Unternehmer sind.

Dass die in krisengefährdeten Zeiten zahlreichen Arbeitslosen, ja allgemeiner: die Bezieher von Sozialleistungen, eine politische Identität nicht mit Europa, sondern bestenfalls mit der einzelstaatlichen Obrigkeit verspüren, die ihnen Sozialleistungen zuweist, versteht sich von selbst.

„Identität" und „Nation" werden also zunehmend durch zerklüftete Vielfältigkeiten aufgehoben und ersetzt werden. ■

Erich W. Streissler ist emer. o. Professor der Volkswirtschaftslehre, Ökonometrie und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Wien, Obmann der Kommission Internationale Wirtschafts- und Finanzpolitik der ÖAW, seit 1992 wirkliches Mitglied der philosophisch-historischen Klasse der ÖAW.

## Waldemar Zacharasiewicz

Waldemar Zacharasiewicz ist emer. o. Professor für Anglistik mit besonderer Berücksichtigung der Amerikanistik an der Universität Wien, Obmann der Kommission The North Atlantic Triangle: Social and cultural exchange between Europe, the USA and Canada, seit 2000 wirkliches Mitglied der philosophisch-historischen Klasse der ÖAW.

Aus der Sicht des Literatur- und Kulturwissenschaftlers, der die Methoden und Ergebnisse der komparatistischen Imagologie berücksichtigt, wäre zum gestrafften mündlichen Referat von Michael Metzeltin eine Ergänzung angebracht:

In den im Impulstext detailliert angeführten offiziellen Dokumenten über den langen Einigungsprozess auf politischer Ebene und im Bereich der Wirtschaft und der von Befürwortern einer echten europäischen Wertegemeinschaft 1995 festgeschriebenen Charta der „Europäischen Identität" werden vom Referenten zurecht die anhaltenden Defizite im europäischen „Identitätsgefühl" angesprochen und acht Faktoren aufgezählt, die für die Ausbildung einer europäischen Identität nötig sind und deren Förderung geboten erscheint. Die Ausbildung des zunächst von einer Elite getragenen Bewusstseins eines gemeinsamen Wertekanons, der in offiziellen Texten formuliert ist (u.a. bei den Konferenzen von 1992 bzw. 2007) und die Offenheit des geographischen Territoriums, das eine Erweiterung durch den Beitritt weiterer Staaten zulässt, sind zweifellos wichtige Aspekte. Auch die gemeinsame Aufarbeitung der von Konflikten geprägten europäischen Geschichte, die Bewahrung der sprachlichen Diversität trotz erheblicher Kosten und der pragmatischen Tendenz zu einer einzigen Arbeitssprache, das Bemühen um übernationale literarische Texte und von Synthesen bei ihrer Darstellung, sowie um europäische Symbole und ihre Vermittlung im Erziehungs- und Bildungssystem werden zurecht als wichtige Elemente und Faktoren bei der erwünschten Genese eines europäischen Identitätsgefühls dargestellt.

Neben diesen Faktoren aber ist aus imagologischer Perspektive auch die *Bedeutung der Wahrnehmung des Kulturraumes Europa von Außen* zu berücksichtigen. Es lässt sich unschwer zeigen, dass z.B. schon im 18. Jh. Europa von jenseits des Atlantiks summarisch als die – zeitweilig sehr kritisch gesehene – Alte Welt wahrgenommen wurde. Es gibt beispielsweise pointierte Aussagen von Thomas Jefferson, von Michel-G. Jean de Crèvecoeur und anderer, die auf eine scharfe Abgrenzung abzielten und die demokratische Gesellschaft in den USA mit der feudalen europäischen kontrastierten. Andererseits war Europa aufgrund seines kulturellen Erbes aber im Laufe der wechselvollen Beziehungsgeschichte mit anderen Großräumen auch Muster und Ziel für Generationen von Bildungsreisenden und so z.B. von unzähligen amerikanischen ‚Expatriates'.

Die vereinheitlichende Wahrnehmung Europas trotz aller nationalen Differenzierungen[1] und ihre Verfestigung in Heterostereotypen Europas und seiner Regionen hat aber auch nachweisbare Auswirkungen auf das Selbstbild und Identitätsgefühl „der Europäer" und ihrer verschiedenen Varianten/Subspecies. Die in den letzten beiden Jahrzehnten stärker entfalteten Tourismusstudien, die auf imagologischen Untersuchungen aufbauen, haben z.B. wiederholt gezeigt, dass die durch verschiedene Medien geförderten Erwartungen der Besucher hinsichtlich des aufgesuchten Raumes ihrerseits bei den Gastgebern nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen die Bereitschaft weck(t)en, zumindest positiven Heterostereotypen zu entsprechen. Dies hat nicht selten auch ein entsprechendes Autostereotyp und Identitätsgefühl generiert.[2] Auch wenn hier eine starke regionale Differenzierung wirksam ist, hat die Außenwahrnehmung zweifellos auch Einfluss auf das eigene Identitätsgefühl der Europäer (gehabt).

Die (zumindest vage) Hoffnung auf eine Einbeziehung in das zu Europa gehörende Territorium mit seinen wirtschaftlichen Möglichkeiten, aber auch seinen demokratischen Werten (inklusive der uneingeschränkten Achtung der Menschenrechte) hat sich bis in die unmittelbare Gegenwart auch als Orientierungs- und Inspirationsquelle für viele Staaten außerhalb der EU erwiesen. Die Erfahrungen in Gesprächen und öffentlichen Diskussionen mit Hunderten von jungen Graduierten aus dem Osten und Südosten Europas von außerhalb der EU bei den alljährlichen Seminaren des Europäischen Forums Alpbach inklusive eines Seminars zum Bild Europas (Alpbach 2005) bestätigen diese Überzeugung.

Zu den Ausführungen von Oliver Jens Schmitt zu „Südosteuropa der Regionen" wäre nur kurz anzumerken, dass der zum Begriff des Nationalstaates komplementäre Begriff der Region bei aller Differenzierung und unterschiedlichen Funktion auch außerhalb Europas im Zusammenhang mit Globalisierungstendenzen sehr stark verwendet wird. So haben etwa postmoderne Kultur- und Literaturkritiker in Kanada den Begriff der Region erfreut aufgegriffen und – was bei der Ausdehnung des Landes nicht erstaunt – seine Bedeutung unterstrichen. Im Zuge der Schwächung der Souveränität nationalstaatlicher Einrichtungen angesichts der Globalisierung und der Macht multinationaler Konzerne haben sie im Konzept des „Glocal" quasi kosmopolitische Einstellungen mit regional-lokaler Verwurzelung vereint und dies als großen Fortschritt in der Überwindung von nationalen

---

[1] Vgl. die Beiträge in Waldemar Zacharasiewicz, ed. *Transatlantische Differenzen: Transatlantic Differences*, Wien: Böhlau 2004.

[2] Vgl. u.a. Baranowski, Shelley, and Ellen Furlough, eds. *Being Elsewhere: Tourism, Consumer Culture and Identity in Modern Europe and North America*. Ann Arbor: University of Michigan Press, 2001; Rudy Koshar, Tourists' Guidebooks and National Identities in Modern Germany and Europe. In: *Journal of Contemporary History*, Vol. 33, No 3, 1998; etc.

Grenzen bezeichnet.[3] Trotz verschiedener separatistischer Tendenzen auch in europäischen Nationalstaaten – etwa Großbritannien und Spanien – scheint im europäischen Rahmen eine weitere regionale Differenzierung und eine stärkere Akzeptanz des damit implizierten Subsidiaritätsprinzips im Zuge einer klaren inner-nationalstaatlichen Regelung vertretbar und kein großes Problem für ein europäisches Identitätsgefühl bzw. für die europäische Kohärenz zu sein. ■

[3] Vgl. Frank Davey. Postnational Arguments: *The Politics of the Anglophone Canadian Novel since 1967*, Toronto 1993, Christian Riegel and Herb Wyile, eds. *A Sense of Place: Re-Evaluating Regionalism in Canadian and American Writing*, Edmonton, 1997.

# Europa aus der Sicht eines Zeitzeugen

Leopold Rosenmayr, Familien-, Jugend- und Altersforscher, ist emer. o. Professor der Soziologie und Sozialphilosophie an der Universität Wien, ehem. Leiter des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Sozialgerontologie und Lebenslaufforschung in Wien, seit 1990 wirkliches Mitglied der philosophisch-historischen Klasse der ÖAW.

Leopold Rosenmayr

## Mein großes und mein kleines Europa

Zeus, der oberste Gott der griechischen Mythologie war noch kein Europäer, sondern ein von seiner Mutter vor dem grausamen Vater versteckter, in einer Höhle auf Kreta aufgewachsener Grieche. Dann erst baute er sein Reich am Olymp auf. Durch seine Selbstverwandlung in einen Stier, noch dazu in einen zärtlichen, gelang es ihm, die Tochter des phönizischen Königs Agenor, in die er sich verliebt hatte, sanft, aber entschieden, auf seinem Rücken zu entführen.

Sie, die Königstochter aus Phönizien, einem historischen Bereich des heutigen Nahen Ostens, hatte sich dem wollhaarigen, freundlichen Wesen mit dem breiten Rücken anvertraut. So schwamm Zeus mit ihr durchs Meer in seine Heimat Kreta. Dort verwandelte er sich in seine olympische Herrschergestalt und liebte das von ihm entführte Mädchen mit dem Namen „Europa", was auf Griechisch soviel wie „Frau mit der weiten Sicht" heißt. Die „Weitsichtigkeit" kam von außen zu uns, und sie kam durch eine Frau. Wir Europäer sollten diese kulturelle Begründung unseres Kontinents durch eine einsichtige und in die Zukunft blickende Frau nie vergessen.

Ein Mythos war geboren – und Europa wurde in der Tat zu jenem Kontinent, der den höchsten Einfluss auf alle anderen Kontinente der Welt gewann.

Die Gründungsfrau „Europa" entstammte einem Abschnitt der syrischen Mittelmeerküste, in dem sich uralte Kulte, aber auch damals zeitgemäße Verwaltungsformen aus Babylonien und Ägypten erhalten hatten. Insofern ergaben sich dort auch Vorbilder für die Entwicklung Griechenlands als eines Mutterlandes von Europa.

Europa und der Stier: Es gibt viele Darstellungen der beiden in der bildenden Kunst der Antike.

Europa: Nur eine Sage, ein Mythos, von dem man sich im Grunde achselzuckend abwenden kann? Oder doch mehr?

Viele Sagen und Mythen tragen moralische Appelle, tragen zeitlose Botschaften in sich, und es lohnt sich, sich mit ihnen zu beschäftigen.

Könnte diese Buntheit und Vielschichtigkeit der Europäisierung, die aus der Sage hervortritt, nicht auch als ein aktueller Besinnungshintergrund dienen? Gerade angesichts von „Europa-Müdigkeit" und gedanklicher Ermattung vieler Bürgerinnen und Bürger,

angesichts der ewig gleichen ökonomisch orientierten Beschwörungen vom großen Nutzen der Zugehörigkeit zur Europäischen Union?

Sollten wir nicht unsere Müdigkeit überwinden und uns auf die Zukunft unseres Kontinents hin orientieren? Also auch Handlungsmöglichkeiten im eigenen Milieu überprüfen?

## 1. Stadtwanderung meiner Großeltern als Europäisierung

Man erlaube mir einen Erinnerungs-Sprung zu dem für mich persönlich besonderen, Jahrhunderte später erfolgten Einwanderungsgeschehen meiner Vorfahren:

Meine vier Großeltern waren Einwanderer in die europäische Hauptstadt des damaligen Habsburgerreichs, nach Wien. Ich bin ein Wiener der dritten Generation.

Diese meine Vorfahren kamen ohne Geld, mit nur wenigen Jahren Schulbildung, im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts aus den Armutsregionen des Wald- und Mühlviertels und dem südlichen Mähren, in die sich machtvoll erweiternde Großstadt an der Donau.

Meine Mutter wurde im Jahr 1900 in Wien geboren. Sie hatte schon als Kind von ihrer aus Mähren eingewanderten Mutter tschechisch gelernt. Dann übernahm sie am Keplerplatz im 10. Bezirk, in Favoriten, das kleine Wäschegeschäft ihrer Mutter. 1910 sprach jeder dritte Einwohner in Favoriten tschechisch. Meine Mutter hörte ich noch in dem von ihrer eingewanderten Mutter übernommenen Geschäft mit jenen Kunden tschechisch reden, die sich auf Deutsch nicht so gut auszudrücken vermochten.

Meine Mutter beschäftigte als Heimarbeiterinnen tschechische Einwanderer-Frauen im 10. Bezirk. Für die Kunden meiner Mutter nähten diese Heimarbeiterinnen aus dem Stoff des mütterlichen Geschäftes Schürzen oder Hemden.

Ich war als Kind im Volksschulalter stolz darauf, in einem Rucksack, mit dem Roller, zu den Frauen Vetijska und Carva, letztere wohnhaft in der Hasengasse in Favoriten, Stoffe auszuliefern und geschneiderte Produkte für das Geschäft meiner Mutter wieder abzuholen.

Ich fuhr besonders gerne zu der tschechischen Näherin Frau Carva vom Keplerplatz in die Hasengasse, denn dann konnte ich die steilen Wege im Waldmüllerpark mit dem Roller hinunterbrausen und doch rechtzeitig mit der fertigen Ware ins Geschäft meiner Mutter zurückkehren. Mit Frau Carva konnte ich mich auf Deutsch gut verständigen. Aber es war eine Verständigung mit einer Frau fremder Herkunft.

Eine wirkliche Berührung mit der ehemaligen europäischen österreichisch-ungarischen Monarchie erlebte ich, als ich als 13-Jähriger den Feriensommer gemeinsam mit einer ungarischen Familie in Veszprém verbrachte. Meine Aufgabe war, die ungarischen Kinder mit der deutschen Sprache vertraut zu machen.

Der von mir ernsthaft versuchte Deutschunterricht für Magdus, 14 Jahre, Géza, 13 und Gyula, 11 Jahre, misslang völlig. Ich bekam keine Chance, sie in Deutsch zu unterrichten. Sie jedoch brachten mir Ungarisch bei. Ich trug immer ein Vokabelheft und einen Bleistift mit mir, auch im öffentlichen Schwimmbad, das wir regelmäßig besuchten.

Sie lachten, wenn ich ungarische Worte falsch aussprach, aber das störte mich nicht. Ich liebte den fremden Klang dieser ungarischen Sprache und suchte ihn nachzuahmen. Das war „mein Europa“: etwas Fremdes, dem man aber näher kommen konnte.

Ich verliebte mich in Magdus (Magdalena), und sie mochte mich auch, besonders wenn ich ihren Fahrradschlauch zu kleben imstande war. Dieser Beistand für Magdus war ein kleines Stück von meinem „kleinen“ Europa. Es kam zwischen Magdus und mir aber weder zu Umarmungen noch zu Küssen. Das war im damaligen Europa für 13-Jährige noch undenkbar.

Irgendwann las ich Jahrzehnte später, dass Maria Theresia (1717–1780) neben Italienisch und Französisch, das am Wiener Hof auch für ihre private Korrespondenz diente, darüber hinaus fließend Latein sprach, der damaligen Amtssprache in Ungarn. Sie hatte das schon in ihrer Kindheit zu lernen begonnen. Nach ihrer Krönung zur ungarischen Königin 1741 in Preßburg (heute Bratislava) nahm sie beim Festessen nach den Zeremonien die neu erworbene Stephanskrone ab, weil diese Krone sie stark am Kopf drückte, und legte sie ganz ungeniert auf den Tisch vor sich hin.

Die ungarischen Magnaten und Festgäste, die zuerst ob dieser „Respektlosigkeit“ zusammenzuckten, jubelten ihr begeistert zu, als Maria Theresia in ungarischer Sprache mit einem Lächeln ihre kleine Schwäche erklärte.

So spielte sich das Europa der Kaiserin-Königin ab, nachdem ihr König Friedrich II. von Preußen aus ihrem Habsburgerreich Schlesien, und damit einen wichtigen Teil der Monarchie, zu seinem eigenen europäischen Machtgewinn militärisch entrissen hatte.

Durch meine Großväter und Großonkel entwickelte ich, Jahrhunderte später, als nach dem Ersten Weltkrieg Geborener, ein bitter enttäuschtes Verhältnis zu dem zusammengebrochenen Europa-Konstrukt „Monarchie“. Mein Großvater führte mich schon als Volksschüler ins Wiener Arsenal (Heeresgeschichtliches Museum), wo ich erstmals den blutigen Rock des in Sarajewo erschossenen österreichischen Thronfolgers sah. Ich hatte als Heranwachsender damit umzugehen, dass eine mächtige Monarchie, der ich hätte angehören können, einfach „zerfallen“ war.

Mein Vater hasste aus seiner Zeit als schlecht behandelter, kriegsgefangener österreichischer Fähnrich im Ersten Weltkrieg in Italien, die Italiener. Er wollte nie mehr dieses Land betreten. Er musste jedoch, fast dreieinhalb Jahrzehnte später, von 1945 an, zweieinhalb Jahre in sowjetischer Gefangenschaft ums Überleben kämpfen. Das war „sein“ Europa.

## 2. Erste friedliche Europa-Erfahrung nach meiner Zeit als Soldat im Zweiten Weltkrieg

Und ich? Ich erfuhr zur selben Zeit, als 20-Jähriger, Europa als einen blutendenden Kontinent, wo Feinde einander gnadenlos gegenüber standen, um einander wechselseitig „unschädlich" zu machen, als Besatzer, Partisanen oder Widerstandskämpfer den jeweiligen „Feind" gefangen zu nehmen und „umzulegen", wie das schreckliche und unwürdigste aller Wörter über das Töten eines Menschen lautete.

Ich lernte zwischen 1943 und 1945 als deutscher Wehrmachtssoldat Menschen aus Italien, Albanien, Griechenland, Serbien, dem Kosovo, Rumänien, Kroatien, Bulgarien, Deutschland, Österreich kennen, ganz aus der Nähe, in Schützenlöchern und in der Deckung bei Bombenangriffen, oder bei der Flucht in einen Wald, wo man sich zu verstecken hatte. Ich erlebte Menschen auch als waffentragende Feinde, von denen ich aus deren Waffen beschossen wurde.

Ich erfuhr dies alles auf europäischem Boden, alles in einer umfassenden Fluchtbewegung von Saloniki in Griechenland über Mazedonien, Serbien und Kroatien nach Slowenien, meist zu Fuß, bis in die Nähe von Cilli (Celje), wo ich in Gefangenschaft slowenischer Partisanen geriet, im Frühjahr 1945.

Ich hatte das Glück, nur kurze Zeit in einem slowenischen Gefangenenlager verbringen zu müssen. Am Abend wurden die Stacheldrahtrollen für den nächsten Tag zum Aufbau eines Verhaus um das Lager herangerollt. Da wagte ich es am Morgen, mit einem Zweiten zusammen, auszubrechen, beschossen von den Maschinengewehren der Wächter. Es gelang uns, durch unsere Zick-Zack-Technik des Laufens, die Flucht in den Wald und schließlich über die Berge, durch Niemandsland, bis zur österreichischen Grenze an der Drau.

Ich war nicht allein bei der Flucht aus dem Gefangenenlager der Slowenen. Dieser Zweite war ein gleichaltriger Grieche namens Kostas, den ich, nachdem er unweit von Athen als Partisan festgenommen worden war, zu meinem Helfer für meine Aufgaben als Wehrmachts-Dolmetscher machen konnte. Ich hatte sein Leben dem Kommandeur des Jägerregiments 22 der 11. Luftwaffenfelddivision, dem Obersten Glitz, abringen können.

Kostas entschloss sich, mich in meine Heimat zurück zu begleiten, eine Tat des „Kleinen Europas", eine große von seiner Seite.

Wir langten nach langer Flucht durch die Wälder an der Drau unweit Lippitzbach auf der einen und Ruden auf der anderen Seite des Flusses an. Da war auch eine ersehnte Brücke nach Österreich.

Der Wachposten auf der Draubrücke, Soldat eines London-Irish-Regiments der 8th Army, die gegen Feldmarschall Rommel des deutschen Afrika-Korps in Nordafrika gekämpft

hatte, hob weder seine Maschinenpistole an, noch rief er so etwas wie „Hände hoch", als wir, wenn auch ohne Waffen, aber doch in deutscher Uniform, daherkamen.

Er trug eine hellbraune Mütze mit einem grünen irischen Federbusch und fragte uns auf Englisch, wohin wir nun gehen wollten. Er herrschte uns nicht an, er befahl nichts in bellendem Ton, wie ich ihn in der deutschen Wehrmacht gewohnt war. Er erteilte uns, dem entwaffneten Feind, einfach eine Routine-Order. Er wollte uns in ein Kriegsgefangenenlager bei Klagenfurt schicken. Ich erklärte ihm, ich „müsse" nach Wien heimkehren. Dort sei meine Familie.

Wir verhandelten. Es war ein friedliches Gespräch, das sich da entspann. Es war eine mir damals unbekannte Welt des Verhandelns, der Demokratie, und auch des neuen, des „anderen" Europa. Es war wie ein Schock, der mir die Augen öffnete und die Seele erweiterte.

Der Wachposten schickte uns zu einem AMGOT-Offizier, einem „Allied Military Government Officer", einem regionalen Chef der britischen Besatzung, wie ich erst später erkennen sollte. Und dieser nahm mich, als Alternative zur Festnahme für ein Kriegsgefangenenlager, mit meiner Zustimmung als Dolmetscher in seinen Dienst.

Nach dem grausamen Krieg hatte ich den britischen Iren, den Wachsoldaten, als Friedenskraft auf der Brücke empfunden. Es war das tiefgreifende Erlebnis einer Versöhnung, das ich auf der Draubrücke diesem Soldaten der Achten Armee verdanke. Dieses Erlebnis 1945 ermutigt mich heute, nach wie vor auf ein Europa zu vertrauen, das in sich versöhnt ist und durch wechselseitige Beziehungen zusammenwächst.

Um das britische Kriegsgefangenenlager zu vermeiden, wurde ich wieder Dolmetscher, nun bei einer anderen Armee. Für zwei Jahre trug ich auch deren Uniform. Den grünen irischen Federbusch von der damals von mir getragenen Mütze habe ich mir aufgehoben.

## 3. Philosophie und Geschichtsdeutungen als Nachkriegsstudien in Wien

Dann kamen der Nachkrieg und mein Lernen. Erst durch meinen Lehrer, den Philosophen Alois Dempf, der nach erzwungenem siebenjährigen Schweigen an der Universität Wien dort wieder zu unterrichten begonnen hatte, wurde ich mit übergreifenden Geschichtsdeutungen in verschiedenen Weltkulturen, vor allem in Europa, vertraut. Ich verstand aus Dempfs Vorlesungen zur Geschichte der Philosophie, dass Denken weiträumig und Nationen übergreifend sein kann, und als Denken auch sein muss.

Dempf sah in den spätmittelalterlichen europäischen Stadtkulturen, den religiös-theologischen Entwicklungen und kirchlichen Vorgaben, entscheidende Modelle gesellschaftlicher Selbstorganisation und damit auch Voraussetzungen für persönliche Selbstgestaltung.

Wir können heute die Durchdringung des Kontinents mit Ideen verstehen – von „Europa" war noch nicht die Rede – durch die Mönchsorden wie Benediktiner und Zisterzienser, oder auch der Bettelorden wie Dominikaner und Franziskaner.

So entstanden durch deren Schüler in den Oberschichten des Mittelalters bereits europäische Netzwerke. Die Geistlichen hatten ihnen das Alphabet und mehr beigebracht. Europa begann zu entstehen, lange bevor es so benannt werden konnte.

Nicht nur Thomas von Aquin, Sohn eines kleinen Grafen in der Nähe von Neapel, der als gelehrter Dominikaner in Paris unterrichtete und dort großen Zulauf gewann, der Schotte Johannes Duns Scotus, oder der Religionsphilosoph und Prediger Meister Eckhart, die sowohl am Rhein, als auch an der Seine oder in Flandern lehrten und predigten, sie waren Männer der übernationalen Kirche, einem Ausgangsbereich späterer europäischer Einigungen.

Diese Männer pflegten einen Denkstil des Diskurses samt dessen auch gegeneinander gerichteten Argumenten. Sie vermochten im 13. Jahrhundert eine Vielzahl von Denkmöglichkeiten zu ein- und derselben Problematik aufzuzeigen, wie es uns heute im Weltzeitalter der Demokratisierung und Individualisierung in Europa und darüber hinaus entspricht, oder wieder mehr entsprechen sollte.

Durch die Städte, ihre Architekten, Bildhauer, Maler, Dichter und Künstler wie auch die Händler, die später weit über die Region von Florenz hinaus bis nach Ägypten erfolgreich waren, bildete sich eine überregionale Kultur heraus. So entstand ab dem 15. Jahrhundert ein Selbstbewusstsein mit einer ebensolchen Ausstrahlung. Das war das Werk der Renaissance, in der sich Kunst und Wissenschaft zur damaligen uns heute überblickbaren Gegenwartsmacht erheben konnten.

## 4. Das entstehende Europa schafft „Pfade wechselseitig verbindender Schöpfungen"

Wer heute an Europa denkt, muss nicht nur an die Philosophie und Theorie im spätmittelalterlichen Paris und Köln des 13. Jahrhunderts denken, sondern muss sich auch die geistigen Bewegungen künstlerisch gestalteter Stadtkulturen wie besonders in Florenz, Siena, Bologna, Padua, Köln und Prag vergegenwärtigen.

Es war schon ab 1200 eine Einheit der Bildung durch die Gründung von Universitäten entstanden. Durch die Wanderung von Studenten bildete sich ein überregionaler Bereich heraus, der eine geistige Heimat in Städten mit verschiedenen europäischen Umgangssprachen hervorbrachte. Die Professoren begannen dann in den Landessprachen zu unterrichten, verzichteten auf das Latein im Unterricht.

Bei diesem allgemeinen, örtlich identitätsschaffenden Aufstieg, kam es zu politisch-wirtschaftlicher Entfaltung. Durch die Traditionen und Schulen der Maler, Architekten und

Bildhauer und durch den Aufstieg wissenschaftlichen Wissens in Medizin, Jurisprudenz, Theologie und anderen Disziplinen, entstanden dank der Universitäten bei den jungen Menschen auch neue Gefühle und Einsichten in Richtung auf Gemeinsamkeit. Man könnte sie „Pfade der wechselseitig verbindenden Erkenntnis" nennen.

Schließlich strömte im 15. Jahrhundert auch byzantinische Weisheit und Kunst als Einflussmacht in das Italien der Renaissance, besonders nach Siena. Vielfalt in der Kunst, durch Polarisierung von Florenz einerseits und Siena andererseits, wo aus dem 1453 von den Osmanen eroberten Byzanz geflohene, dort tätig gewesene Maler Aufnahme fanden. Schon eine Europäisierung?

Es waren ethnisch-regionale und sprachliche Besonderheiten, die jeweils eigene Charaktere und Stilrichtungen ausformten. Dies entwickelte sich zum Teil gemeinsam mit den Prozessen der Entstehung von Nationen besonders deutlich ab dem 16. Jahrhundert.

Der Grazer Anglist und Ideenhistoriker Franz Karl Stanzel hat in seinem 1998 veröffentlichten Buch „Europäer – ein imagologischer Essay" die „Erfindung der Nation" nachzuzeichnen versucht.

Wie wäre heute die Erläuterung der „Erfindung Europas" anzugehen? Welche Wissenschaften sollten hierzu eine gewisse Führerschaft übernehmen? Dabei müssten sich neben der historischen Ökonomie auch Disziplinen wie soziale Ethnologie, Konflikt- und Kommunikationsforschung, Neuzeitgeschichte unter besonderer Berücksichtigung der Aufklärung, eine Rolle spielen. Was können uns Rückblicke in eine frühe Vorgeschichte bieten?

Papst Pius II. schrieb bald nach der Einnahme Konstantinopels durch die Osmanen 1453 warnend, dass sich „Europa" – er verwendete diesen Begriff – wegen der eigenen Schwäche nunmehr keine „Bürgerkriege" mehr leisten dürfe. Das Wort „Europa" kam so zum ersten Mal in einer zugleich kirchlichen wie politischen öffentlichen Äußerung vor.

Der mit Recht berühmte französische Historiker Jacques Le Goff wies in seinem Buch „Die Geburt Europas im Mittelalter", München 2004, auf einen dramatischen Entwurf europäischer Selbstintegration und Verteidigung hin, den wir dem gemäßigten Hussiten Georg von Podiebrad verdanken.

Als König von Böhmen schlug Podiebrad vor 500 Jahren vor, die Fürsten Europas sollten sich zu einem allgemeinen Aufruf zum Frieden in Europa entschließen. Angesichts von ständigen, sich immer wiederholenden Raubzügen und Kriegen, war dies wie ein Schrei nach Neuerung. Die Herrschaftsmächte sollten in verschiedenen europäischen Städten auf Frieden abzielende Versammlungen abhalten, schlug Podiebrad vor. Die Mächte sollten auch Abstimmungen über eine gemeinsame Politik durchführen.[1]

---

[1] Jaques Le Goff, Die Geburt Europas im Mittelalter, München 2004, 253–254.

In der realen Herrschaft in Europa um 1500 wurde schließlich der Habsburger Kaiser Maximilian „alleiniger Herrscher über ein riesiges Gebiet, das sich von Triest bis Amsterdam" erstreckte.[2]

Das Haus Österreich entwickelte sich zur führenden Großmacht in Europa. Wenn es uns heute in Österreich nur gelänge, wenigstens fördernden Einfluss in der EU und eine intelligente Schlüsselrolle zu gewinnen!

## 5. Blick in die Zukunft zur „kulturellen Konstitution" Europas

Nach diesem kurzen Blick in die Geschichte sollten wir noch zu einer Überlegung für die Zukunft kommen. Dabei könnte die Erarbeitung einer umfassenden und detaillierten, validen Übersicht über das Europaverhältnis der Österreicher und Österreicherinnen eine Rolle spielen. Diese Übersicht müsste verschiedene Generationen und Altersgruppen in Österreich umfassen, verschiedene Bildungsstufen und Arbeitsverhältnisse, die als Hintergrund für Erklärungen der Einstellungen dienen könnten. Es wird so viel herumbefragt, aber über differenzierte Einstellungen zu Europa in Österreich und ihre Gründe wissen wir bis heute nichts Verlässliches.

Die Gewinnung eines solchen Befundes wäre auch als Aufgabe einer europaorientierten österreichischen „Akademie der Wissenschaften" in Wien anzusehen. Es müsste sich bei dieser Forschung um große Gruppen repräsentativer Populationsdaten handeln und nicht um die Gegenüberstellung von Aussagen von einzelnen Vertretern politischer oder administrativer Organisationen.

Europa ohne Diskussion einer kulturellen Vorstellungswelt kann sich heute nur schwer konstituieren. Und um eine solche kulturelle Konstitution geht es heute. Nationen bedurften bei ihrer Konstituierung der Rückverweise auf ihre Ursprünge, ihre Heldentaten, ihre gewonnenen Schlachten und ihre verteidigten Burgen. Heute kommt es auf etwas Anderes an.

Immanuel Kant sah die Menschengeschichte als „unaufhörlichen Entwurf". Ein „immerwährender Friede", so Kant, wäre dabei „für uns heilsam". Die Europapolitik sollte von beidem, der Friedenserhaltung, aber auch dem von Kant verlangten Zukunftsentwurf, ausgehen.

Es gab Nachkriegspolitiker in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die man uns in ihrer Größe und Weitsicht heute neu vorstellen sollte. Sie waren keine Helden, aber sie waren das, was in der Geschichte wichtiger ist, nämlich kreative Gründer.

Wir brauchen Wissenschaftler, Journalisten und Schriftsteller, Männer und Frauen, die uns Bilder von Europa in Kunst und Wissenschaft, in Philosophie und Politik entwerfen und

[2] Ebd., 250.

mit all den notwendigen gegenwärtigen Kontroversen vor Augen führen. Europa braucht die im Namen der Phönizierin, Europa, die sich auf den Rücken von Zeus in seiner Stiergestalt zu setzen getraute, bereits ausgedrückte Weitsichtigkeit. Heute sogar den Rundblick in die ganze Welt.

Europa wird in uns Kraft aus verschiedenen Quellen, sowohl aus Erlebnissen als auch aus Kritik gewinnen können, wenn „die Intellektuellen" selber es wirklich wollen und sich an die Arbeit für Europa machen.

## 6. Europa braucht einen Platz in den Herzen seiner Menschen

Es zeigt das Studium, wie sich in vielen Ländern Europas die gotische Baukunst und Plastik verschieden ausprägten, wie uns dies unser großer Wiener Kunsthistoriker Max Dvořak, aber auch später sein Kollege Karl Maria Swoboda, schon früh zu erfassen gelehrt hatten. Europäische Gemeinsamkeit in der Gotik entstand bei durchdringender Verschiedenheit z.B. einerseits bei französischer und andererseits bei böhmischer Gotik. Aber das Europäische lebt in den Domen und Stadtkirchen der Gotik, und es lebt dort weiter, wenn es nur gesehen wird.

Das Geheimnis einer geistig-kulturellen Zuneigung zu Europa, liegt in der geradezu bohrenden Suche des Gemeinsamen bei der Anerkennung der Vielfalt und dessen, was fast für jeden von uns in verschiedener Weise als fremdartig gesehen und erlebt wird.

Muss man nicht die Musik der ungarischen oder italienischen Sprache als Europäer lieben? Den Reichtum von Vielfalt im Gemeinsamen zu erkennen und schätzen zu lernen, ist eine europäische Aufgabe. Sie ist verschieden von der Einheit und dem Einheitswillen der USA. Europa ist ein spezifisches welthistorisches Modell.

Die Geburt Europas in den Herzen und Emotionen bedarf einer neuen kulturellen Bereitschaft. Von nationalen Überzeugungen ging der zerstörerische Nationalismus aus, der uns in den Ersten und Zweiten Weltkrieg trieb. Heute müssen neue Ziele geboren oder erweitert werden, verbunden mit dem Ideal des Friedens.

Man sollte das gemeinsame Europa geradezu schweben lassen, damit es uns verbinde in einem Geist innerer Zustimmung, bei oft sehr verschiedenen äußeren Bedingungen und Ansprüchen.

Wir suchen den Frieden, aber auch den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg. Friede lässt sich weniger leicht zu Zielen von Begeisterungen erheben und mit Erfolg den Menschen nahebringen als Aggressionen. Nur wer sich selber mit diesen Friedensbemühungen ernst nimmt, behält heute Gestaltungskraft.

Ich selber floh als 20-Jähriger gefangen genommener Soldat eines geschlagenen deutschen Heeres zurück in eine fremdbesetzte Heimat Österreich. Ich war im Nachkrieg

ab 1945 auf der Suche nach einer umfassenden Identifikation mit Mächten, die Wissen, Einsicht und Frieden sowie Bereitschaft zu einer gemeinschaftlichen Selbstverteidigung vermitteln konnten.

Heute leben wir, lebe ich mit meinem auf Erneuerung bedachten Sinn, für ein zu schaffendes Europa, und mit dem Willen, es sozial und politisch zu fördern. Tue ich es auch an den richtigen Stellen?

Ich konnte das Aufflackern von Neuem als Stipendiat in Paris in den Jahren von 1949 bis 1951 in den Ateliers der großen Maler und Bildhauer angesichts von neuen Kunstentwürfen kennen lernen. Dieser Prozess warf viel meiner früheren Vorstellungen von Kunst und Literatur um. Es war „das Neue" der abstrakten Kunst, das mich in Paris der frühen 1950er Jahre faszinierte. Es war auch ein neues Europa, das ich kennen lernen konnte.

Und am Abend konnte ich Paul Celan in seiner kleinen Pariser Wohnung besuchen, der uns seine neuen Gedichte vorlas, einmal auch die „Todesfuge", unvergesslich langsam und sanft.

Europa wurde so zur Landschaft meiner Tränen, der Ort der Verletzungen, Verwundungen und des Sterbens meiner „Kameraden" – um mich herum im Krieg. Dieses unauslöschlich eingeprägte Geschehen des Zweiten Weltkriegs, das ich erlebt hatte, vollzog sich im Paris der frühen 1950er Jahre unter dem Eindruck eines völlig Neuen in der Kunst und Literatur noch einmal in meiner Erinnerung.

Die Kunst der großen Meister, die ich in der Pariser Gegenwart ab 1949 erleben konnte, hatte eine für mich „eröffnende" Kraft. Diese Neuorientierung im Großen führte mich auch zu meinem „kleinen Europa".

## 7. Auflösung von Traditionen und Ausbreitung der Individualisierung

Wir brauchen heute nicht nur einen erweiterten Horizont der Einsicht, sondern auch eine neue politisch-kulturelle Tätigkeitsbereitschaft, wie sie uns Albert Camus gelehrt hatte. Europa braucht „Wiederbeleben" von verschiedenen Seiten zur Stärkung von politischer Einhelligkeit.

Alle sozialpolitischen und ökonomischen Grundsatzüberlegungen zu Europas Gegenwart und Zukunft müssen heute davon ausgehen, dass die in Europa neben und miteinander lebenden Gesellschaften enormen Änderungen ausgesetzt sind und auch in nächster Zukunft ausgesetzt sein werden. Es kommt, beobachtbar im Alltag, zu neuen Sozialformen.

Diese beginnen sich am demographischen Skelett sozialer Strukturen abzuzeichnen, wie sie sich aus dem kürzlich von acht europäischen Wissenschaftlichen Akademien veröffentlichten Text „Mastering Demographic Change in Europe" samt abschließenden Empfehlungen erkennen lassen. Ich möchte einiges daraus hier wiedergeben und durch Ergebnisse eigener Forschungen an einigen Stellen ergänzen.

Die Veränderungen in Europa sind zwar sozial und ökonomisch differenziert, aber in der gesellschaftlichen Gesamtschau massiv als solche erkennbar, so z.B. der Anstieg der mittleren Lebenserwartung bei Frauen wie bei Männern. In den letzten 100 Jahren sind in Europa 30 Jahre Lebenserwartung dazugekommen. Haben Politik und Gesellschaft umfassend genug darauf reagiert?

Die Zahl der über 100-Jährigen hat sich in Deutschland in den letzten 30 Jahren verzehnfacht. Der Bundespräsident gratuliert dort erst zum 105. Geburtstag.

Erziehung und Bildung, wie sie teils durch die Familie, teils durch die verschiedenen Stufen schulischer Instruktionen vermittelt und als Informations- und Beeinflussungswissen durch die Medien nahe gebracht werden, bringen Veränderungen gegenüber traditionellen Wertsystemen mit ihren Regelungen des Verhaltens mit sich. Der aktuelle Einfluss löst vielfach Traditionen auf. Die über 80-Jährigen müssen sich neu organisieren, an neue Medikamente und Medien gewöhnen.

Individualisierung schreitet durch die längere und intensivere Beteiligung an Ausbildungssystemen voran. Globalisierung erfolgt durch die Beeinflussung und Überredung von allgemeinen Informationssystemen von Propaganda und Werbung mit dem Hintergrund politischer und ökonomischer Interessen.

## 8. Mehr Achtsamkeit und Schöpferwillen für eine übernationale Gemeinsamkeit

Das Individuum muss in Zukunft enorme Dispositionsfähigkeit über sich selbst gewinnen. Sonst kann es im Rahmen dieser Einflusssysteme das Gefühl und die Überzeugung eigener Entscheidungsfähigkeit zur Steuerung im Lebenslauf nicht gewinnen und entfalten. Wer hilft dabei? Die Kirchen, die Parteien, Freundschaften, die es auch wirklich sind?

Durch die Erklärung der acht wissenschaftlichen Akademien unterstützt, wird die fast durchgehend von Sozialwissenschaftlern unterstützte Verlängerung der Lebensarbeitszeit als eine wichtige Herausforderung in Europa anerkannt. Ihre Berücksichtigung wird verlangt.

Um die Fortführung von Arbeit über die in Österreich besonders niedrigen Pensionsgrenzen hinaus zu ermöglichen, entsteht demgemäß auch die Forderung einer neuen differenzierten gesundheitsbezogenen Achtsamkeit. Diese muss auf den gesamten Lebenslauf bezogen und nicht erst im späten Leben angesetzt werden.

Wandlungsfähigkeit bis hinein ins späte Leben zur Fortführung des bisherigen Berufs, oder zum Beginn eines neuen Tätigkeitsfeldes, ist gefragt. Aber das ist derzeit noch kein Thema, auch nicht in der Politik. Entstehen soll diese Wandlungsfähigkeit auch durch Entdeckung von bisher im Leben zurückgestellten oder sich selber gar nicht bewusst gewordenen Talenten und Begabungen für kreative Tätigkeiten.

Das sich nun neu konstituierende Europa muss Vielfalt bis in den Alltag als z. T. auf sprachliche Überbrückungen bauendes Geflecht von Netzwerken einschließen. (Ich sollte eigentlich ägyptisch und türkisch können, um im Umfeld der Wiedner Hauptstraße in Wien einkaufen zu gehen. Sollten die in Wien tätigen Altershelferinnen aus der Slowakei nicht gelegentlich auch von ihren „Klienten" ein paar Worte in ihrer slowakischen Muttersprache hören?)

Akzeptanz und Bündnisse mit Fremden setzen eine Verstärkung der Selbstvergewisserung voraus. Und letztere dient schließlich der Selbstverwirklichung. Nur wer sich in einer neuen Weise – z.B. der Effizienzerhöhung in der alltagszugewandten Selbstsorge – die Grundlagen für seine Einfälle zu schaffen vermag, schafft die Herausbildung neuer, eigener Kompetenzen.

Mehr Input in eine neu erkannte und in ihren Umrissen neu entworfene Persönlichkeit dient der Steigerung der Handlungsfähigkeit der Gesamtpersönlichkeit. Der dramatische Anstieg der Lebenserwartung und das Wirksamwerden von neuen Erwartungen an sich selbst, müssen auf einem Grundvertrauen des Menschen auf sich selber beruhen und davon getragen werden.

In seinem Traktat *„Von der Würde des Menschen"* (1487) drückte der Philosoph Pico della Mirandola bereits die Ansicht aus, dass der Mensch auch „Schöpfer seiner selbst" zu sein habe, um dem von ihm gewählten Leben zu entsprechen.

Vor genau diese vor mehr als 500 Jahren von Pico della Mirandola formulierte Forderung stellen uns Individualisierung und Globalisierung heute. Das bedeutet nicht Überheblichkeit, sondern Dienst an sich selber samt der Abzweigung von Diensten für andere. Kurse zur Verbesserung des Umgangs mit Kommunikationstechnologien können ein Element sein. Besonders wichtig ist Erkenntnis von Neuem durch Bewegungsdienst am eigenen Körper.

Gesellschaftlich notwendig werden daher über 60 Jahre hinaus die Begünstigung der Erhaltung der Arbeitsfähigkeit und der Anreiz hierzu.

## 9. Das neue Europa braucht Menschen, bereit zu Selbstkritik und Sozialkritik

Es ist erfreulich, dass die acht Europäischen Akademien in einer Forderung nach der Ausdehnung von Produktivität und Kreativität ins spätere Alter Übereinstimmung finden konnten. Das verlangt erhöhte Investitionen für weiterführendes sowohl körperliches als auch geistiges Training auf verschiedenen Ebenen.

Ich möchte diesem Vorschlag die psychosomatische Ebene als Förderung von dem vielzitiertem „well-being" auch durch eigene Leistung hinzufügen. Ohne Beteiligung an Kreativität in den verschiedensten Formen ihrer Realisierung durch Leistung, lässt sich auch schwer eine Mentalität der Befriedigung über das eigene Leben erreichen. Eine

solche innere Zufriedenheit ermöglicht eine „positive Abstrahlung" ins eigene Milieu und darüber hinaus. Rückblicke mit Elementen mit Selbstkritik. Ernste Fragen wie „Was hätte ich besser machen sollen?", stützen die Alltagsbewältigung im letzten Lebensdrittel. Europa soll auch für die Altgewordenen Heimat bieten.
Zielstrebigkeit und Lebensbewältigung, so lehrte Freud, seien ohne Idealbildung nicht zu leisten. So lehrte der Meister der Einblicke ins Seelenleben. Für das späte Leben empfahl er die „Ich-Umarbeitung". Sie erbringe die Revision, aber auch die Weitergestaltung einer aus eigenem Antrieb in sich weitergeführten „unendlichen" Analyse.

Ohne inneres Gespräch, sei es in der individuellen Einsamkeit, oder in der Bereitschaft zur Offenlegung eigener Schwächen in der Zweisamkeit, könne die Überwindungskraft der im späten Leben auferlegten Einschränkungen nicht gewonnen werden. Das sei ein Pfad der Sinnfindung, fügte Viktor Frankl dieser Lehre von Freud hinzu.

In der Fähigkeit zur Selbstbestimmung liegt ein entscheidender Faktor für eine befriedigende Lebensführung. Hans Strotzka formulierte dies in seinem Werk *„Fairness, Verantwortung und Phantasie"* (Wien 1983). Strotzka versuchte zu zeigen, dass wir nicht leben können, „wenn wir der Irrationalität nicht einen gewissen Spielraum lassen". So verstehen wir auch besser, dass Fantasie ein Mittel ist, um Ziele und Zustände zu erreichen und um innerlich bejahte Wege zu Freude und Freundschaft erst finden zu können. Mehr Kunst und Literatur muss ins eigene Leben kommen.

Gesundheit als Kapazität bereitet den Weg zur Erschließung der Spannkraft. Erst diese ermöglicht es, das Leben entscheidend selbst zu bestimmen. Eine Eigenkraft individueller und gesellschaftlicher Gestaltung vermag sich herauszubilden. Sie fördert ihrerseits Gesundheit als Kapazität.

Medizinische Forschung und Therapie und wohl auch die sich langsam durchsetzenden Werte und Erfahrungen im neuen Europa, tragen zu prophylaktischen und rehabilitativen Konzepten und Maßnahmen bei. Für die Generationen der Älteren und Alten wird nun eine größere Handlungsfähigkeit sichtbar. Die älteren und alten Menschen der Zukunft werden sich nicht mehr bloß auf das Gegensteuern nach Erkrankungen verlassen.

Lebensentwicklung dürfte im Alter nicht mehr als gehobene Form der „Resteverwertung" unter optimierenden Bedingungen aufgefasst werden.

Bewältigen, „Coping", so wichtig es ist, kann als notwendige, aber keinesfalls als zureichende Bedingung gelten, um Sinngebung zu gewährleisten. Neuere theoretische Vorstellungen zum „Coping"-Begriff weisen nach Ursula Lehr ja auch in diese Richtung. „Sinn" und Selbstwirksamkeit sind eng verbunden. „Selbstwirksamkeit", Wirken des „locus of control" im Subjekt, vermag zu einem erhöhten Gefühl und Bejahung von Tätigkeit zu führen. Tätigkeit wiederum, – besonders die sinnbewusste –, wird als Stützung des Selbstwertgefühls wirksam. Dadurch lässt sich eine von Reduzieren und Kompensieren

verschiedene Linie finden, nämlich eine auf Sinngebung und selbst gewähltes Handeln zielende. Sie verweist über die Selbstgestaltung auf eine aufbauende psychisch-geistige Entwicklung. Das Aufbauen von neuen Kapazitäten ist Teil dieser Entwicklung als notwendige Bedingung. Zielstellungen müssen zu Antriebskräften werden.

Im Zusammenhang mit der von ihm als lebensnotwendig angesprochenen Selektivität, ohne die sich Selbstwirksamkeit nicht herausbilden kann, sprach der Philosoph Max Scheler vom Ziel eines „gehobenen Sammlungsniveaus". Lebensführung in der Spätphase der Existenz verlange erhöhte Konzentration, nicht bloß Reduktion von Tätigkeiten. Man verdiene das Alter nicht, indem man sich zurückziehe. „Der nicht jede Gelegenheit ergreift, damit beginnt der Mensch", so Elias Canetti zur Charakterisierung von Selektivität.

Bewusstsein sei intentional, schrieb Edmund Husserl. Daher könne es sich intensiv zielklärend und „ziel-innig" entwickeln. Bewusstsein wird von der „Hinwendung des achtenden Blickes auf das vordem Unbeachtete" gelenkt. Zum „cogito", dem Urprozess denkenden Erfassens, gehört nach Husserl ein ihm immanenter „wollender Blick auf".

Intentionalität kann durch „Achtsamkeit" auch die Brüche und Einbrüche des Alterns, die entropieanalogen Kollapse überdauern. So kann auch „Negentropie", wie sie Erwin Schrödinger in ihren Wirkungen entdeckte, ihre Chancen erhalten. Allerdings muss dabei – wie Henri Bergson vom modernen Menschen forderte – um allgemeine Bewusstseinsvertiefung gekämpft werden.

Eine Bereitschaft zu ständigem psychologischen „Herummodeln" an sich selbst, müsse auf jeden Fall entstehen. Darin sah der Philosoph Richard Rorty eine Vorbedingung für Entwicklungschancen im Leben. An sich herummodeln muss man wohl bis zum Schluss, will man nicht „veralten" oder unter das Diktat von Abbau und Reduktion, Ordnungsverlust und Dekompensation sowie schließlich seelischer Geringschätzung durch sich selbst und seine Umwelt geraten.

Durch neue Forschungen konnten wir zeigen, dass hiezu auch das eigene Sinn-Verständnis erforderlich ist. In der Selbsterklärung darüber, welche lebensfördernden Folgen eine bestimmte Zielsetzung für mich haben kann, wird ja bereits Sinn gesucht.

Sowohl bei niedriger als auch bei hoher Bildung hebt die Selbstwirksamkeit das Niveau der Zufriedenheit im Maße der ausgeübten eigenen Aktivität.

## 10. Europa braucht klare Bejahung durch aktive Menschen

In den letzten 30 Jahren ist die Individualisierung in der Lebensgestaltung enorm gewachsen, sie hat gesellschaftlich neue Freiheitsbereiche, aber auch Unsicherheiten und neue Risken mit sich gebracht. Umso mehr ist die hier in ihrer Wirksamkeit dargestellte Selbstklärung gefordert, auch die Förderung einer Selbstbezogenheit, die Ideale

hervorzuheben vermag. Ohne diese Bejahung der eigenen Kreativitätschance vermag keine Gesellschaft, auch die postmoderne nicht, die dringend notwendigen kulturellen Entwicklungen z.B. der Generationenintegration, der Selbstverantwortung usw. zu leisten. Sie ist ein entscheidender Teil im Verstärken der Selbstwirksamkeit. Europa muss in der Bejahung durch seine aktiven Menschen entwickelt werden. Diese Selbstwirksamkeit und deren immer wieder erneute Überprüfung werden zur europäischen Voraussetzung.

Europa wächst und bewährt sich nicht nur durch kluge Wirtschaftspolitik, sondern auch durch ein Vertrauen, das von einzelnen Menschen getragen wird.

Es geht um eine Gemeinsamkeit in der Lebensbewältigung in Frieden, und um sozialen Ausgleich. Wir bedürfen der sozialen Annäherung bei der Zunahme von Verschiedenheiten in unserer sozialen Welt. Dann können wir in einer europäischen Friedensallianz mit Chancen wechselseitiger Annäherung Gemeinsamkeiten finden, durchhalten und „leben". Das Friedensziel wäre auszubauen, im Namen einer „weit in die Zukunft schauenden Frau", d.h. übersetzt in unsere Sprache: „Europa".

Kraft und Ausdauer und auch Begeisterung sind notwendig, Flüchtlingsströme aufzufangen, alte Ressentiments zwischen Nationen, ja Hass zwischen Volksgruppen zu überwinden. „Das Neue" liegt in einer neuen Menschlichkeit und Zwischenmenschlichkeit in Europa. Hilfsbereitschaft, vor allem für Flüchtlinge, die als Verfolgte oder Hungernde dem Tod entkommen wollen, wird gesteigert werden müssen.

Es gibt für jede und jeden, der es ergreifen will, ein „großes" und ein „kleines" Europa. Das Große liegt in einer Grundgesinnung und einer starken Zukunftshoffnung. Verbunden damit kann das Kleine sein, in dem wir Einstellungen der Nachbarschaft und Hilfsbereitschaft (auch Einwanderern oder Flüchtlingen gegenüber) als Beispiel der Weitsichtigkeit „Europas" geben.

Weltbürgertum ist unverbindlicher als Europäer zu sein, man kann das Weltbürgertum durch Reisen, längere Aufenthalte in der Rolle des Forschers, des Beobachters, des Planers von Hilfstätigkeit gewinnen. Man kann als Reisender in sich selber Kulturwissen sammeln, und mit dem Charme des Weitgereisten dies auch nach außen hin ausdrücken.

Als Europäer hingegen bleibst Du in Deiner Herkunft verwurzelt. Und man kann gerade aus der Einsicht in diese Verwurzelung eine „Erweiterung des politischen Horizonts" wagen.

Hans Göttel, der Leiter des Forums Europahaus Burgenland, empfiehlt uns dies: um Europäer zu werden, müsse man eine Umerziehung auf sich nehmen, wie sie schon vor mehr als 300 Jahren Jan Amos Comenius (1592–1670), der Humanist, Erziehungsphilosoph und Mitbegründer einer modernen Pädagogik, durch ein gezieltes Entwicklungskonzept gefordert hatte.

## 11. Wechselseitige Erkundung fördert Denken im Sinn von Gemeinsamkeit

Die älteren, vor allem die ältesten Generationen in Österreich, mögen sich in Erinnerung an die physischen und psychischen Verwundungen, Morde und Tötungen der Kriege und Vernichtungsaktionen des 20. Jahrhunderts mit einem Europa als dem Garanten inneren Friedens auch zwischen einstigen Feinden begnügen. Wir dürfen die Grauen der Vergangenheit nicht verdrängen, müssen aber auch gezielt vorausschauen.

Die jungen Menschen verlangen auch den Blick in die Zukunft. Sie sind gegenwarts- und zukunftsorientiert, suchen nach Netzwerken einer neuen Sinnhaftigkeit und Annäherung. Das Europa der Zukunft wird vermehrt Einrichtungen aufbauen müssen, die, intellektuell und ästhetisch, neue Abenteuer der Wissensvermehrung über Anrainer und Nachbarn erbringen.

Der Reiz der Vielfalt und wechselseitigen Erkundung lockt. Die Jungen wollen wählen, was sie anzieht, womit sie sich in einem neuen Verhalten identifizieren können. So können sie eine Entwicklung bejahen, die sie selber zu gestalten vermögen. Dann kommt auch die Motivation, sich an dem ein oder anderen europäischen „Projekt" aktiv zu beteiligen. Das steht zu hoffen.

Dazu wird es auch hochgebildeter, aber mit dem modernen Medienbetrieb in verschiedener Hinsicht vertrauten Europapolitiker in Österreich bedürfen, welche die neuen Tendenzen der Jungen zu Selbsterweiterung und der Gewinnung von neuen Idealen verstehen. Und die es ebenso verstehen, wenn schon nicht zu begeistern, so wenigstens doch zu ermutigen.

Leidenschaft erweckt das bisher noch Unbekannte. Und in Europa, vom Balkan bis in die Fjorde des hohen Nordens, ist uns noch sehr viel wechselseitig unbekannt. Es reicht nicht, dafür nur auf überdimensionierten Wohlfühl- und Wohlstandsschiffen im Mittelmeer oder in der Nordsee zu kreuzen. Aus Luxus entsteht kein Europa.

Vielleicht könnten Künstler, Literaten und Philosophen in neu erfundenen Symbolen und Riten durch Bild und Sprache das nahebringen, was in dem aus der jüdischen Weisheit inspirierten Satz „Alles Leben ist Begegnung" Martin Buber im Grunde schon ausgedrückt hat. Kann man den Begegnungsbegriff nicht auch auf real geschaffenes Leben Europas anwenden?[3]

Vielleicht muss jede Europäerin, jeder Europäer versuchen, selber ein kleines, erlebtes und so als gestaltbar erfahrbares Europa in sich zu bauen und einen Weg zu finden, dies auch nach außen auszudrücken.

Wie kein anderes ist das europäische Projekt ein umfassendes Erziehungsprojekt. Das ist notwendig zur Überwindung von vielen im Lauf der Jahrhunderte zugespitzten Verschiedenheiten, die einstmals nötig waren für den Aufbau von Nationen.

---

[3] Vgl. Gershom Scholem, Die jüdische Mystik, 10. Auflage, Frankfurt 2013.

Das europäische Projekt von heute ist eines der Gewinnung von Nähe und Kooperation, gerade mit dem Verschiedenen und früher oft ausdrücklich Feindlichem.

Erziehung heißt ja Widersprüche ertragen und sie zu einer neuen, auf mehr Toleranz und Anerkennung des Anderen abgestimmte Vereinigung hin zu entwickeln.

Auf welchen Stolz kann sich Europa heute gründen? Sind Aufklärung, Einsicht und Bildung als Verbindungsgeschehen stark und dauerhaft genug?

Sollen wir, wie in der Urzeit der Sage, wieder nach irgendeiner Königstochter Ausschau halten, einem Super-Model, einer ganz besonderen Kulturministerin?

Wo setzt uns einer wie Dag Hammerskjöld Zeichen für unseren Weg zur Gemeinsamkeit? Als Generalsekretär der Vereinten Nationen hat er in seinen Schriften, aber auch den von ihm geleiteten Friedensprozessen, Vorbildliches geleistet. Wo kommt gar Begeisterung und Begründung für den europäischen Weg auf?

Dass wir bei den neuen Entwicklungen in Europa auf Stahlhelme der Kriegsführung verzichten können, ist nicht genug. Ökonomische Besserungen für diese Zukunft zu schaffen, ist gewiss nötig, aber begeistert das noch irgendjemanden?

Und gerade die Begeisterung brauchen wir.

Leben ohne Kulte von Denkwürdigkeiten ist auch in unserer späten Moderne schwer vorstellbar, weil wir in einer Welt des „Aufmerksam Machens" leben. Und doch sind noch keine Bemühungen unternommen worden, z.B. für alle EU-Mitglieder einen Europa-Tag im Jahr zu institutionalisieren. Das wäre ein Tag, für den Wissenschaftler und Künstler, in die Vergangenheit wie in die Zukunft blickend, Ideen zu Europa für den Alltag präsentieren.

Wichtig wären Gestaltungen, die aus der Gegenwartskunst heraus sowohl monumentale, als auch kleine Zeichen schaffen. Wir brauchen Visionen der Begründung von schöpferischer und gedeihlicher Zusammenarbeit im neuen Europa.

Es gab doch eine europäische Renaissance und eine europäische Aufklärung in sehr verschiedenen Ausprägungen. Gerade wir in Österreich wissen das, besonders auch durch Maria Theresia und ihre mitregierenden und beratenden Professoren und Diplomaten.

Lassen Sie uns erneut Begeisterung gewinnen, einschließlich Klugheit und Mut, im „großen" wie im „kleinen" Europa!

Die Zukunft gehört immer denen, die eine innere Gläubigkeit entwickeln. Der bedeutet Mut für Neues, aber auch Beharrlichkeit in Bewährtem. Ideale müssen zusammenwachsen, um bestehen zu können. ■

**Impressum:**

**Herausgegeben vom:**
Präsidium der Österreichischen Akademie der Wissenschaften
Dr. Ignaz Seipel-Platz 2, 1010 Wien
www.oeaw.ac.at

**Herausgeberin des Bandes:**
o. Univ.-Prof. Dr. Brigitte Mazohl

**Redaktion:**
Dr. Marianne Baumgart

**Grafische Gestaltung:**
Mag. Angelika Eckel, Öffentlichkeit & Kommunikation

Abbildungen:
Cover sowie S. 1 und S. 2: Foto: Wikimedia Commons, Silje Bergum Kinsten/norden.org
S. 5: Foto: ÖAW, Sepp Dreissinger; S. 8: Foto: privat; S. 35: Foto: Jutta Benzenberg; S. 58: Foto: Franz Pfluegl; S. 59: Foto: privat; S. 66: Foto: privat; S. 68: Foto: F. Ostmann; S. 69: Foto: privat; S. 70: Foto: ÖAW, Reinhard Öhner; S. 73: Foto: privat; S. 74: Foto: DAS PORTRAIT; S. 78: Foto: privat

**Druck:** Wograndl Druck, 7210 Mattersburg

Alle Rechte vorbehalten.

Copyright © 2014

Die inhaltliche Verantwortung und das Copyright für die jeweiligen Beiträge liegen bei den einzelnen Autorinnen und Autoren.